

Geschäftsbericht 2008
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg zieht Bilanz

Von der Kameralistik zur Konzernbilanz

Noch rechnen die öffentlichen Haushalte nach dem Prinzip der Kameralistik, erfassen also vor allem Ein- und Auszahlungen. Das Problem: Die Kameralistik betrachtet vor allem Kassenstände und verliert andere Vermögensposten aus den Augen. Eine öffentliche Rechnungslegung nach kaufmännischen Prinzipien schafft dieses kurzfristige Denken ab.

Kameralistik

- Die Kameralistik erfasst lediglich die laufenden Einnahmen und Ausgaben.
- Keine Erfassung und Bewertung von Vermögen und Schulden.
- Langfristige finanzielle Verpflichtungen werden nicht berücksichtigt.
- Ein Vergleich der tatsächlichen Vermögenslage zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist nicht möglich.

Doppik/Konzernbilanz

- Die Doppik erfasst Vermögen und Schulden und bildet auch die Vermögensveränderungen und den Ressourcenverbrauch ab.
- Es werden Aufwendungen und Erträge gegenübergestellt.
- Abschreibungen, Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen werden berücksichtigt.
- Geeignetes Instrument, um eine Vergleichbarkeit der Vermögenslage mit anderen Bundesländern herzustellen.

Haushaltswahrheit und -klarheit bedingen ein doppeltes Rechnungswesen. Die Kameralistik suggeriert einen nicht vorhandenen finanziellen Spielraum. Nur die Doppik stellt Vermögen und Schulden sowie das gesamte Ressourcenaufkommen bzw. den -verbrauch transparent dar.

Hamburg zieht Bilanz

Vorwort des Finanzsenators

Mit diesem Geschäftsbericht legt die Freie und Hansestadt Hamburg die zweite konsolidierte Konzernbilanz vor.

Neben Hessen, das vor Kurzem als erstes Flächenland eine Eröffnungsbilanz erstellt hat, ist Hamburg mit der Einführung der kaufmännischen Rechnungslegung Vorreiter der Haushaltsmodernisierung in Deutschland. Beide Länder haben diesen Weg gewählt, weil die historisch übernommene kamerale Darstellung des Haushalts finanzpolitisch wichtige Informationen ausblendet und nicht mehr den heutigen Steuerungsbedarfen entspricht. Noch gilt in der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der Kameralistik, im Wesentlichen also die Erfassung von Ein- und Auszahlungen. Die Kameralistik beobachtet vorrangig ihre Kassenstände, verliert aber andere Vermögensposten und Schulden aus den Augen. Die Doppik mit der kaufmännischen Bilanzierung schafft dieses kurzfristige Denken ab.

Gerade in Zeiten besonderer finanzpolitischer Herausforderungen kommt es darauf an, das gesamte Potenzial einer leistungsorientierten Verwaltung mithilfe moderner betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente auszuschöpfen. Nur wer Vermögen, die Höhe der Abschreibungen und Rückstellungen eines Landes kennt, kann Anreize für wirtschaftliches Handeln setzen. Nur eine an Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit orientierte kaufmännische Rechnungslegung schafft diese Transparenz. Zur staatlichen Doppik gibt es keine Alternative.

Der Konzern Hamburg besteht aus der Kernverwaltung sowie 390 Unternehmensbeteiligungen und ist mit 93.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern größter Arbeitgeber in der Region. Die Bilanzsumme von 63,3 Mrd. Euro entspricht in der Größenordnung der eines mittleren deutschen DAX-Unternehmens. Das Ergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit von Staat und öffentlichen Unternehmen war 2008 erneut positiv. Insgesamt wird durch hohe Abschreibungen infolge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Der Konzern Hamburg verfügt über ein positives Eigenkapital von 1,7 Mrd. Euro. Die Verschuldung im Konzern konnte um 333 Mio. Euro reduziert werden.

Hamburg hat alle Chancen, sich auch in der Wirtschaftskrise zu behaupten. Um die Herausforderungen zu meistern, sind ein einheitlicher Politikansatz und das Zusammenwirken aller Ressorts erforderlich. Das zeichnet eine nachhaltige Finanzpolitik aus, die Aufwands- und Ertragsseite in Einklang bringt und die dauerhaft Verantwortung für kommende Generationen wahrnimmt. Hierzu gehören insbesondere ein Ausgleich zwischen der Stärkung der Wachstumskräfte und der notwendigen Konsolidierung des Haushalts sowie die Beendigung des Substanzverzehr. Hamburg wird den Weg von der Kameralistik zur Konzernbilanz konsequent weiter beschreiten.

Inhalt



- 1 Hamburg zieht Bilanz
- 4 Hamburg: Wachsen mit Weitsicht
- 6 Eckdaten Konzern Hamburg
- 8 Lagebericht und Konzernlagebericht
 - Finanzpolitische Rahmenbedingungen
 - Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg
 - Nachtragsbericht
 - Risiko- und Chancenbericht
 - Prognosebericht



- 48 Konzernabschluss
Konzernbilanz
Konzernergebnisrechnung
Konzernanlagenspiegel
Anhang zum Konzernabschluss
- 90 Jahresabschluss für die Kernverwaltung
Bilanz
Ergebnisrechnung
Anlagenspiegel
Anhang zum Jahresabschluss
- 142 Weitere Informationen
Beteiligungsübersicht 2008
Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses
Glossar
Impressum

Hamburg

Wachsen mit Weitsicht

Nachhaltigkeit Wachsen mit Weitsicht bedeutet, auch in Krisenzeiten die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu schaffen.



Fundament Auch wenn das Herz der Stadt derzeit langsamer schlägt, bleibt der Hafen in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise eine feste Basis für den Wirtschaftsstandort Hamburg.



Potenzial Hamburg ist die Stadt mit den besten wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland, zeigt die Feri-Studie für »Capital«. Für die »Wirtschaftswoche« ist Hamburg die deutsche Metropole mit der stärksten Dynamik. Und das Prognos-Institut stellt im »Handelsblatt« fest: Das Wachstumspotenzial der Stadt ist bundesweit spitze.



Innovation Hamburg ist Standort für moderne Informationstechnologien und Medien, Life-Science, Nanotechnologie und die Förderung von regenerativen Energien.



Starke Partner Die Zusammenarbeit in der Metropolregion bildet die Basis für Erfolge in Luftfahrt, Hafen und Logistik. Starke Nachbarn und internationale Verbindungen sichern und fördern Wachstum und Beschäftigung in der Region.



Zukunft Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten investiert Hamburg in Kinder und Bildung, in Forschung und Entwicklung, in Wirtschaft und Infrastruktur.



Eckdaten Konzern Hamburg

Transparenz über die wirtschaftliche
Betätigung der Stadt und ihrer
390 Unternehmen und Beteiligungen:

Operatives Ergebnis positiv, Gesamtergebnis negativ:
Jahresfehlbetrag durch Abschreibungen infolge der internationalen
Wirtschaftskrise. Das Eigenkapital des Konzerns beträgt 1,7 Mrd. Euro.

93.000 Beschäftigte

Der Konzern FHH ist damit größter Arbeitgeber am Wirtschaftsstandort.



63,3 Mrd. Euro Bilanzsumme

Die Bilanzsumme entspricht der eines mittelgroßen deutschen DAX-Unternehmens.

Verringerung des Schuldenstands

Im Vergleich zum Vorjahr geht die Verschuldung um insgesamt 333 Mio. Euro zurück.

Lagebericht und Konzernlagebericht

2000

12 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

14 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 15 Konjunkturelle und weltwirtschaftliche Entwicklung 2008
- 17 Inflation, Zinspolitik
- 18 Staatsverschuldung
- 19 Demografische Entwicklung
- 19 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
- 21 Unternehmensneugründungen
- 22 Bildung, Forschung und Entwicklung
- 23 Umwelt und Nachhaltigkeit

24 Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg

- 24 Wesentliche Ereignisse im Jahr 2008
- 30 Vermögens- und Finanzlage
- 34 Ertragslage

37 Nachtragsbericht

39 Risiko- und Chancenbericht

- 39 Konjunkturabhängige Risiken
- 40 Strukturelle Risiken
- 41 Demografische Risiken
- 41 Sonstige Risiken
- 42 Risikomanagement der Gebietskörperschaft
- 43 Chancen

44 Prognosebericht

- 44 Bilanzrechtsmodernisierung
- 44 Föderalismusreform
- 45 Steuergesetzesänderungen
- 46 Ausblick



*Konzernabschluss für die gesamte
öffentliche Gebietskörperschaft*

Mit diesem Geschäftsbericht legt die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) für das Geschäftsjahr 2008 den kaufmännischen Jahresabschluss für die Kernverwaltung und den zweiten Konzernabschluss für die gesamte öffentliche Gebietskörperschaft vor.

Unter dem Aspekt der »Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit« verfolgt die FHH damit ein klar definiertes Ziel: eine dauerhaft solide und die Belange späterer Generationen berücksichtigende nachhaltige Finanzpolitik auch und besonders in Zeiten von Krisen.

Zurzeit wird der doppische Jahresabschluss der Kernverwaltung – wie auch der Konzernabschluss der Stadt – noch freiwillig und zusätzlich zur kamerale Rechnungslegung erstellt. Im Vergleich zur Kameralistik, die lediglich Einnahmen und Ausgaben eines Jahres betrachtet und somit als rein zahlungsorientiertes Rechnungswesen nichts über den Stand des Vermögens, die Vermögensveränderungen oder den tatsächlichen Ressourcenverbrauch aussagt, schafft die Doppik jedoch eine völlig neue Transparenz. Im Abschluss 2008 wird dies besonders deutlich: Während der doppische Jahresabschluss der Kernverwaltung durch Abschreibungen und Risikovorsorge einen Fehlbetrag von 2,3 Mrd. Euro ausweist, verzeichnet der kamerale Betriebshaushalt der Stadt einen Rekordüberschuss von 1,3 Mrd. Euro.

*Mehr Transparenz durch
doppische Rechnungslegung*

Da in der kamerale Haushaltsführung weder bereits entstandene noch wirtschaftlich verursachte Verpflichtungen der öffentlichen Hand erfasst und so wichtige finanzpolitische Informationen ausgeblendet werden, bietet ein solches System keine befriedigende Datengrundlage für Entscheidungsträger. Im Gegenteil: Es leistet politischen Entscheidungen Vorschub, die den kurzfristigen Nutzen in den Vordergrund stellen und aus denen künftig erhebliche und unüberschaubare Belastungen für den Haushalt erwachsen. Auch Öffentlichkeit und Bürger werden über den Zustand des Gemeinwesens durch diese Art der Darstellung nicht hinreichend informiert.

*Vergleichbarkeit von Aufgaben-
bereichen innerhalb der FHH
und mit anderen Bundesländern*

Der Jahres- und Konzernabschluss ist darüber hinaus ein angemessenes Instrument, um eine Vergleichbarkeit verschiedener Aufgabenbereiche sowohl innerhalb der FHH als auch mit anderen Bundesländern herzustellen. Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlichem Maße Aufgaben in selbstständige Einrichtungen, Unternehmen und Anstalten ausgegliedert. Neben Aufgaben sind dabei viele Vermögensgegenstände – aber auch Schulden – an öffentliche Unternehmen und andere Einrichtungen ausgelagert worden.

Die heutigen Vergleiche der öffentlichen Haushalte auf kamerale Basis berücksichtigen nicht die Unterschiede der Organisation der Aufgabenwahrnehmung in den Ländern und Kommunen. Solange nicht sämtliche ausgegliederten Verwaltungseinheiten unabhängig von ihrer Rechtsform in die Vergleichsbetrachtung einbezogen werden und der tatsächliche Aufwand für öffentliche Leistungen kalkuliert wird und solange die Vermögenslage und die Vermögensveränderungen außer Betracht bleiben, sind die Angaben schwer vergleichbar.

Die Problematik ist hinlänglich bekannt. Sie zeigt sich auch in den Diskussionen über die Verteilungsgerechtigkeit unter den Ländern und zwischen Bund und Ländern. Die kamerale Statistiken, die als Grundlage für den Länderfinanzausgleich oder für Bundesergänzungszuweisungen dienen, sind unvollständig und zeichnen ein falsches Bild der finanziellen Lage der Länder. So bleiben die Gesamtschulden und das tatsächliche Gesamtvermögen der öffentlichen Gebietskörperschaften unberücksichtigt. Der direkte Ergebnisvergleich 2008 macht dies überdeutlich: Die krisen- und konjunkturbedingten Vermögensveränderungen und Risikovorsorgen werden im kamerale Haushalt nicht dargestellt. Zur Transparenz der Doppik gibt es keine Alternative.

Keine Alternative zur Doppik

Die Kernverwaltung und die öffentlichen Unternehmen des Konzerns Hamburg haben 2008 insgesamt erfolgreich gewirtschaftet. Obgleich die Konjunktur infolge der Finanzkrise im zweiten Halbjahr 2008 bereits merklich abkühlte, waren das Verwaltungsergebnis und das Konzernergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit erneut positiv. Insbesondere die Steuererträge stiegen aufgrund der stabilen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der Lohnzuwächse im Jahr 2008 um insgesamt 801 Mio. Euro. Die Ergebnisse werden jedoch durch die Auswirkungen der Finanzkrise überlagert, in deren Folge Abschreibungen auf einzelne Beteiligungen vorzunehmen waren, die auch durch die insgesamt positiven Ertragsentwicklungen nicht kompensiert werden konnten. Allerdings können die durch außerplanmäßige Abschreibungen 2008 im Wert berichtigten Finanzanlagen bei einer absehbaren dauerhaften konjunkturellen Stabilisierung und bei insgesamt verbesserten Ertragsaussichten der Unternehmen in künftigen Abschlüssen im Wert nachgeholt werden (Wertaufholung), um die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zum Bilanzierungszeitpunkt richtig darzustellen.

Erneut positive Ergebnisse aus laufender Geschäftstätigkeit

Die FHH erwirtschaftete 2008 im Konzern aus laufender Geschäftstätigkeit einen Überschuss in Höhe von 986 Mio. Euro. Das Konzernfinanzergebnis – in erster Linie die Zinsverpflichtungen der FHH und ihrer Tochterorganisationen sowie Abschreibungen – minderte das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und das Außerordentliche Ergebnis um 2.772 Mio. Euro. Der Konzernjahresfehlbetrag beträgt 1.890 Mio. Euro.

Überschuss aus laufender Geschäftstätigkeit im Konzern von 986 Mio. Euro

Im Jahresabschluss der Kernverwaltung erwirtschaftete die FHH 2008 im Verwaltungsergebnis einen Überschuss von 864 Mio. Euro. Diesem Überschuss standen Kapitaldienste, die auf die Altschulden des Landes zu leisten waren, und außerplanmäßige Abschreibungen von 2.352 Mio. Euro infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise gegenüber. Das Finanzergebnis des Einzelabschlusses minderte das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit um insgesamt 3.196 Mio. Euro. Im Ergebnis weist Hamburg im Bereich seiner Kernverwaltung einen Fehlbetrag in Höhe von 2.332 Mio. Euro aus.

Positives Verwaltungsergebnis von 864 Mio. Euro

Um die Effekte der Finanzkrise bereinigt, würde die FHH im Bereich ihrer Kernverwaltung einen doppelten Jahresüberschuss in Höhe von 179 Mio. Euro ausweisen.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Der Senat hat als erste Regierung eines deutschen Bundeslandes seine finanzpolitischen Vorgaben an den strengen Maßstäben des kaufmännischen Rechnungswesens ausgerichtet und klare Ziele definiert: In Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuererträge soll die doppische Ergebnisrechnung mittelfristig ausgeglichen sein.

Wirtschafts- und Finanzkrise lässt 2009/2010 Steuer-mindererträge erwarten

Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und des einhergehenden konjunkturellen Abschwungs sind nach den Ergebnissen der Steuerschätzungen von Mai und November 2009 allein für den Doppelhaushalt 2009/2010 Steuer-mindererträge in Höhe von insgesamt rund 1,8 Mrd. Euro zu erwarten. Für die mittelfristige Planungsperiode 2009 bis 2013 ist nach dem derzeitigen Erkenntnisstand gegenüber den ursprünglichen Planungen mit Mindererträgen bei den Hamburg verbleibenden Steuern von insgesamt rund 5,9 Mrd. Euro zu rechnen.

Nach dem für die deutsche Nachkriegsgeschichte beispiellosen Einbruch der ökonomischen Aktivität seit Herbst 2008 zeichnet sich nach Auffassung führender Wirtschaftsforschungsinstitute eine Stabilisierung ab. Mehr als eine stagnierende Entwicklung bis Ende 2009 und schleppende Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im Jahr 2010 ist jedoch nicht zu erwarten. In den Jahren 2009 und 2010 ist somit weiterhin von einer nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auszugehen.

Ziel des Senats: Schnelle Überwindung der Krise durch Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung

Angesichts des Ausmaßes der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist momentan prioritäres Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Senats, die Krise schnell zu überwinden. Im Rahmen dieser Zielsetzung hat sich der Senat dafür entschieden, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Investitionen, Beschäftigung und Wachstum zu stützen. Vor dem Hintergrund der mittelfristig prognostizierten Steuerausfälle ist dafür zur Haushaltsfinanzierung die vorübergehende Wiederaufnahme der seit 2007 beendeten Nettoneuverschuldung unumgänglich.

In Fortsetzung seiner auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Finanzpolitik wird der Senat allerdings die krisenbedingte Nettoneuverschuldung im Rahmen des neuen »Sondervermögens Konjunkturstabilisierungsfonds Hamburg« an klare Tilgungsregelungen binden, um die Verschuldung der FHH und die korrespondierenden Zinsverpflichtungen mittel- und langfristig zu stabilisieren beziehungsweise zurückzuführen. Zu diesem Zweck hat der Senat noch im Jahr 2009 Schritte einer weiteren aufgabenkritischen Haushaltskonsolidierung eingeleitet, die die zwischen 2002 und 2007 begonnene Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen wird. Konkrete Konsolidierungsmaßnahmen wurden im November 2009 beschlossen und auf den Weg gebracht.

*Krisenbedingte Netto-
neuverschuldung mit klaren
Tilgungsregelungen*

Die Konsolidierung der Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit wird flankiert von einer Konjunkturoffensive 2009/2010 im Investitionsbereich. Hiermit sollen die negativen Folgen des weltweiten Abschwungs gemildert, Arbeitsplätze gesichert und die Rückkehr zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum unterstützt werden. Insgesamt sollen in Hamburg für Stabilisierungsmaßnahmen rund 230 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes sowie 77 Mio. Euro aus ergänzenden Mitteln der FHH eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen für Folgejahre bereits geplante Investitionsvorhaben (rund 108 Mio. Euro 2009 und rund 100 Mio. Euro 2010) vorgezogen werden.

*Konjunkturstabilisierungs-
maßnahmen in Hamburg*

Mit den geplanten zusätzlichen Investitionen werden innovative Wirtschaftsfelder gefördert und der Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Gesundheitsstandort Hamburg gestärkt. Die Infrastruktur als Lebensader der Stadt wird an wichtigen Stellen modernisiert, um die FHH wettbewerbsfähig zu halten und für den Aufschwung zu rüsten. Hamburg soll sich als internationale Metropole mit hoher Dynamik und Innovationskraft sowie kultureller Vielfalt fortentwickeln. Die Entwicklungsdynamik der Metropole wird mit dem Konjunkturprogramm gezielt unterstützt, um nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie ökologische Qualität mit besonderem Fokus auf neue wirtschaftliche Stärken zu fördern.

Begreift man die Bürgerinnen und Bürger auch als Anteilseigner »ihrer« Stadt, so liegt es in ihrem eigenen und dem Interesse ihrer Kinder und Enkel, den Wert des Gemeinwesens zu mehren, mindestens aber zu erhalten. Die Frage ist also, ob alle Generationen für ihre Lasten selbst aufkommen oder ob sie auf Kosten künftiger Generationen leben und fortlaufend das in Jahrzehnten geschaffene Vermögen der Stadt verzehren. Der Herausforderung, den Vermögensverzehr zu beenden, muss sich ganz Hamburg stellen. Mit der Doppik und dem neuen Konzernrechnungswesen besitzt die FHH heute einen Kompass, um den Weg einer soliden und für alle Generationen gerechten Finanzpolitik konsequent zu verfolgen.

*Hamburg – ausgerichtet auf
eine solide und generationen-
gerechte Finanzpolitik*

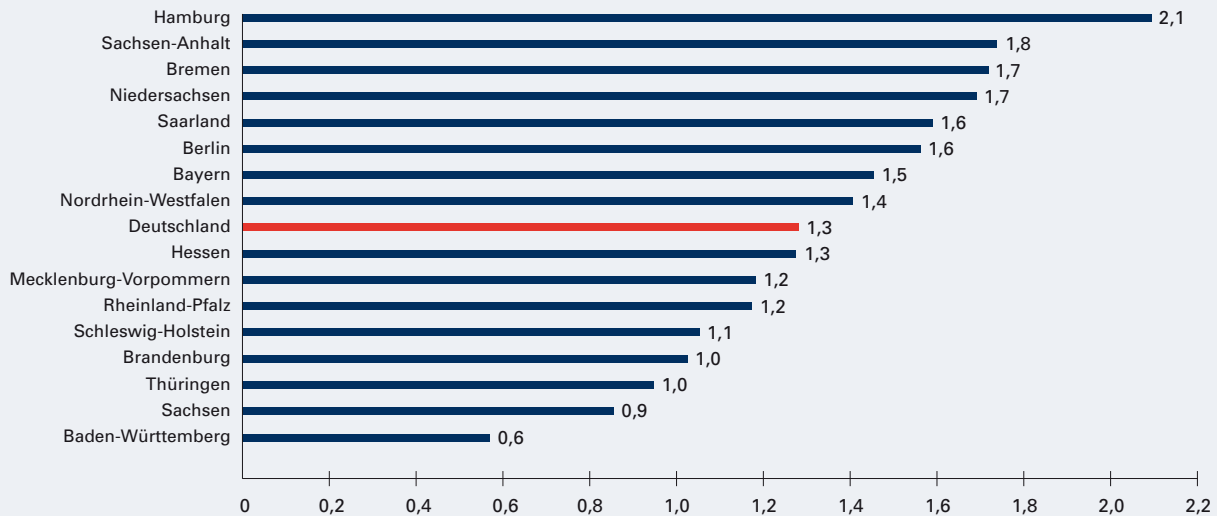
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

*Starke Verflechtung der
Hamburger Unternehmen
mit internationalen
Märkten*

Charakteristisch für den Wirtschaftsstandort Hamburg ist die starke Verflechtung seiner Unternehmen mit internationalen Märkten. Auch die Beteiligungen des Konzerns FHH – darunter insbesondere die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA), die Flughafen Hamburg GmbH (FHG), die HSH Nordbank AG und die Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC) – sind nicht nur in der Metropolregion Hamburg oder in Deutschland tätig, sondern haben europa- oder weltweite Bezüge.

Wirtschaftswachstum 2008 nach Bundesländern

Bruttoinlandsprodukt 2008, preisbereinigt, verkettet, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand Februar 2009

Die Wirtschaftslage 2008 stand insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte unter den globalen negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise, die 2007 in den USA begonnen hatte. Während bis Mitte des Jahres zumindest in der Realwirtschaft eine positive Stimmung vorherrschte, die nur durch den hohen Ölpreis im Frühjahr und Sommer 2008 getrübt war, wurde das Vertrauen in die Finanzmärkte mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers schwer erschüttert. Internationale Investoren verhielten sich zunehmend risikoavers, zogen Geld aus risikobehafteten Vermögensanlagen ab und schichteten in sichere Staatsanleihen um. Dies führte zu deutlich schlechteren Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Banken am Kapitalmarkt. Zu der Absatzkrise einiger Branchen kam eine erschwerte und verteuerte Finanzierung der Unternehmen. Dies zeigte sich in zum Teil kräftigen Kursstürzen an den internationalen Börsen.

Weltwirtschaftslage ab der zweiten Jahreshälfte 2008 stark von der Finanzmarktkrise beeinträchtigt

Um die Kapitalmärkte zu beruhigen und eine Austrocknung der Kreditvergabe zu verhindern, wurden von zahlreichen Ländern Rettungspakete geschnürt, die Kapitalhilfen, Garantien und den Ankauf notleidender Wertpapiere vorsahen. Darüber hinaus wurde der gesamte Finanzsektor durch erweiterte Absicherungen für Bankeinlagen, eine umfangreiche Liquiditätsbereitstellung und starke Zinssenkungen der Zentralbanken gestützt. Trotz der unmittelbar eingeleiteten Stabilisierungsmaßnahmen der Regierungen hielt die hohe Verunsicherung von Unternehmen und öffentlichen Haushalten an. In Verbindung mit der darüber hinaus weitreichend gestörten Kreditversorgung gingen Investitions- und Konsumausgaben deutlich zurück, so dass die weltwirtschaftliche Aktivität gegen Ende 2008 regelrecht einbrach.

Hohe Verunsicherung trotz Stabilisierungsmaßnahmen der Regierungen

KONJUNKTURELLE UND WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 2008

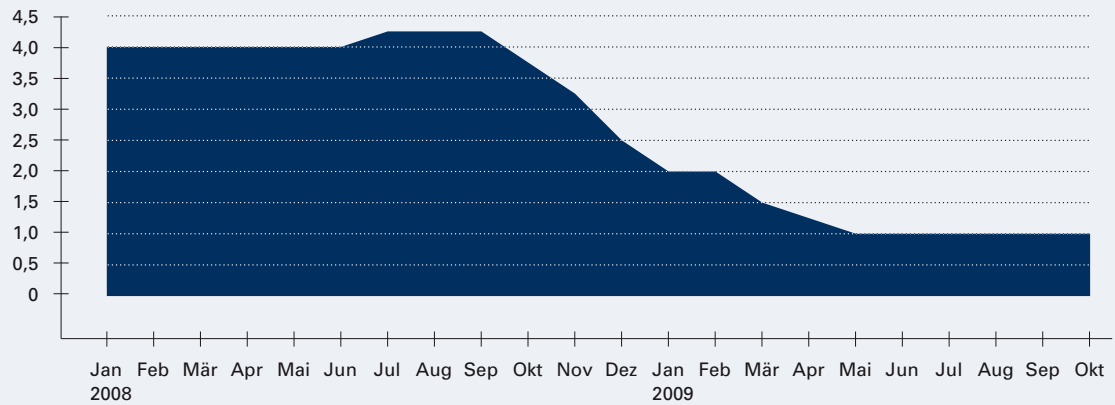
Die im Jahresverlauf ungünstige Entwicklung schlug sich allerdings aufgrund der guten ersten Jahreshälfte nur eingeschränkt in den Jahreswerten für 2008 nieder. Wesentliche Konjunkturindikatoren fielen daher noch vergleichsweise positiv aus. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) stieg das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2008 preisbereinigt insgesamt noch um 3,2 Prozent (2007: 5,2 Prozent). Das Wachstum des Welthandels betrug 3,3 Prozent (2007: 7,2 Prozent).

Weltweites reales Bruttoinlandsprodukt wächst 2008 noch um 3,2 Prozent

Zu den Wachstumsmotoren der globalen Ökonomie zählte die anhaltende Dynamik in China (+9,0 Prozent, 2007: +11,3 Prozent), der eine deutlich verlangsamte Entwicklung in Europa (+1,4 Prozent, 2007: +2,9 Prozent) und den USA (+1,1 Prozent, 2007: +2,0 Prozent) und eine negative Entwicklung in Japan (-0,7 Prozent, 2007: +2,4 Prozent) gegenüberstand.

Leitzins der EZB in den Jahren 2008 und 2009

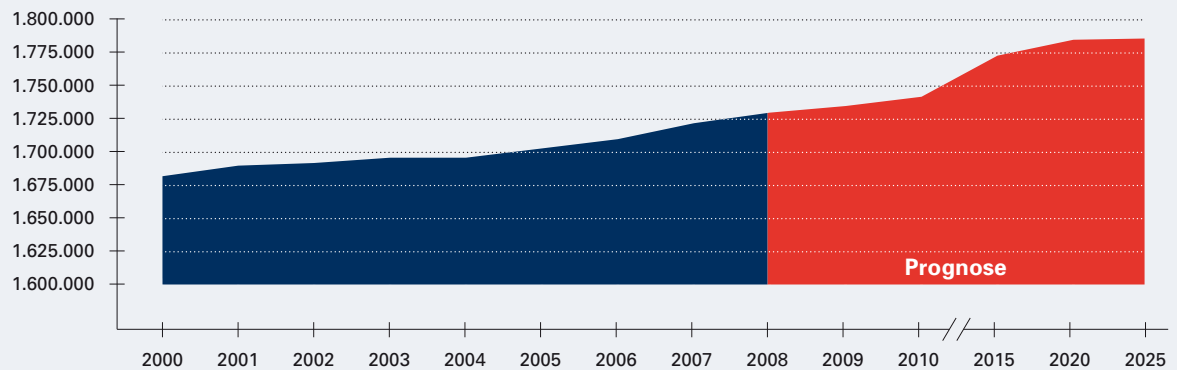
in Prozent



Quellen: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«; Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bevölkerungsentwicklung der FHH 2000 bis 2008 und Prognose

in Personen



Quelle: BDA 6-2009

Das wirtschaftliche Wachstum verlangsamte sich in Deutschland von +2,5 Prozent im Jahr 2007 auf +1,3 Prozent und blieb damit hinter den Wachstumsraten der beiden Vorjahre zurück. Nach einer kräftigen Zunahme in der ersten Jahreshälfte war der Konjunkturverlauf zuletzt deutlich abwärtsgerichtet. Die Wachstumsimpulse kamen 2008 ausschließlich aus dem Inland. Das Wachstum wurde von den Investitionen der Unternehmen mit einem Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen von 1,1 Prozentpunkten und dem Staatskonsum mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten getragen. Die privaten Konsumausgaben stagnierten hingegen.

Wirtschaftliches Wachstum in Deutschland fällt mit 1,3 Prozent geringer aus als in den Vorjahren

Hamburg verzeichnete im Jahr 2008 ein weit über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent (siehe Grafik auf Seite 14). Die FHH konnte von der Boomphase der letzten Jahre nicht zuletzt wegen der starken Zunahme des Welthandels und ihrer starken Logistik- und Exportbranche erheblich profitieren. Allerdings zeigte die allgemeine konjunkturelle Eintrübung ab der zweiten Jahreshälfte 2008 auch in der FHH deutliche Auswirkungen. Das verarbeitende Gewerbe war besonders von der konjunkturellen Abkühlung betroffen und entwickelte sich rückläufig. Wachstumsimpulse kamen vom Baugewerbe und insbesondere aus den Dienstleistungsbranchen. Positive Effekte zeigte ebenfalls die Tourismusbranche mit einem Anstieg der Übernachtungen um 4,4 Prozent auf über 7,7 Mio. und insgesamt 4,1 Mio. Gästen in der Hansestadt.

Hamburgs Wirtschaftswachstum liegt mit 2,1 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt

INFLATION, ZINSPOLITIK

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im Jahresdurchschnitt 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent. Dies ist die höchste Jahresteuigerungsrate seit 14 Jahren (1994: 2,8 Prozent). Für die Beschleunigung der Inflation waren vor allem Preiserhöhungen sowohl bei Energie als auch bei Nahrungsmitteln verantwortlich. Energieprodukte verteuerten sich 2008 gegenüber dem Vorjahr um 9,6 Prozent, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 6,4 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2009 schwächte sich der Preisanstieg gegenüber den Vorjahresmonaten wieder ab. Ursächlich dafür war vor allem die rückläufige Preisentwicklung bei Energieprodukten aufgrund der durch die weltweite Rezession sinkenden Nachfrage.

Beschleunigung der Inflation: höchste Jahresteuigerungsrate seit 14 Jahren

Die Geld- und Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war von der positiven Entwicklung, dem hohen Ölpreis und Inflationserwartungen im ersten Halbjahr 2008 und von den Turbulenzen am Finanzmarkt im zweiten Halbjahr 2008 geprägt. Der Leitzins der EZB stieg zur Jahresmitte um einen viertel Prozentpunkt auf 4,25 Prozent. Ab Oktober senkte der EZB-Rat den Zinssatz schrittweise ab. Er versuchte damit, die Kreditvergabe zu erhöhen und die Wirtschaft zu stabilisieren (siehe Grafik auf Seite 16 oben).

Leitzins der EZB stieg zur Jahresmitte; ab Oktober schrittweise Absenkung

Im Jahresverlauf 2009 hatte die EZB ihren Referenzzinssatz am 15.01.2009 zunächst um weitere 50 Basispunkte auf 2,0 Prozent und dann in Schritten auf 1,0 Prozent gesenkt. In ihrer Sitzung am 08.10.2009 beließ die EZB diesen Zinssatz unverändert.

STAATSVerschuldung

Politische Handlungsfähigkeit setzt finanzielle Handlungsräume voraus. Die finanzpolitische Zukunftsfähigkeit eines Bundeslandes ist dabei umso größer, je eher Erträge und fest determinierte Aufwendungen noch Raum für politisch gewünschte Ausgaben lassen.

Ausweitung der Staatsverschuldung

Die Ausweitung der Staatsverschuldung in Hamburg erfuhr Anfang der 70er Jahre einen deutlichen Schub. In den 80er und 90er Jahren kam es zu stark schwankenden, jedoch in der Tendenz deutlich ansteigenden Kreditfinanzierungen.

Zwischen 1970 und 1975 verdoppelte sich der Schuldenstand ein erstes Mal, zwischen 1975 und 1985 ein zweites Mal und zwischen 1985 und 1999 schließlich ein drittes Mal. Ab 1999 verstetigte sich die Neuverschuldung auf hohem Niveau. Beginnend mit dem Jahr 2003 konnte sie dann schrittweise zurückgeführt werden.

Seit 2007 Ende der Nettoneuverschuldung

Einen wesentlichen Beitrag zur Begrenzung der Verschuldung leistete die vom Senat mit Vorrang verfolgte Politik der beschleunigten Absenkung der Nettokreditaufnahme. Bereits ab dem Geschäftsjahr 2007 wurde die Nettoneuverschuldung der Kernverwaltung beendet und auch in 2008 wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Zugleich hat Hamburg damit begonnen, seine inzwischen auf rund 22 Mrd. Euro angestiegenen Altschulden im Kernhaushalt abzubauen.

Absenkung der Nettokreditaufnahme und Zuwachs der Steuererträge führen zu niedrigerer Zins-Steuer-Quote

Infolge der Absenkung der Nettokreditaufnahme, des spürbaren Zuwachses der Steuererträge und der niedrigen Kreditzinsen sank auch die Zins-Steuer-Quote in Hamburg. Im Jahr 2008 lag sie bei 11,9 Prozent (2007: 12,2 Prozent).

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Nach stagnierenden Bevölkerungszahlen in Hamburg zwischen 1994 und 1998 gab es seit 1999 wieder ein deutliches Wachstum – auf zuletzt 1,730 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner Ende 2008. Die Bevölkerung wuchs damit in den letzten fünf Jahren um rund 35.000 (siehe Grafik auf Seite 16 unten). Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (KBV) prognostizierte diese Dynamik recht gut. Aufgrund zu erwartender Korrekturen der amtlichen Einwohnerzahl durch Bereinigungen im Rahmen der Vergabe einer bundeseinheitlichen Steueridentifikationsnummer sowie durch den Zensus 2011 wird die Berechnung auf Basis neuer Daten zu aktualisieren sein.

1,730 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner in Hamburg

Das Wachstum der Einwohnerzahl Hamburgs bleibt ein klar definiertes Ziel des Senats. Die im neuen Leitbild Hamburgs »Wachsen mit Weitsicht« formulierte, breit angelegte Wachstumsstrategie des Senats macht es wahrscheinlich, dass die das Bevölkerungswachstum tragenden Maßnahmen auch wie angenommen ausfallen werden. Neben positiven Auswirkungen auf das Steueraufkommen der FHH und auf den Länderfinanzausgleich bedeutet das prognostizierte Bevölkerungswachstum für den Arbeitsmarkt eine weitere Angebotssteigerung vor allem an jungen, qualifizierten Arbeitskräften.

»Wachstum mit Weitsicht« – nachhaltiges Wachstum bleibt Ziel des Senats

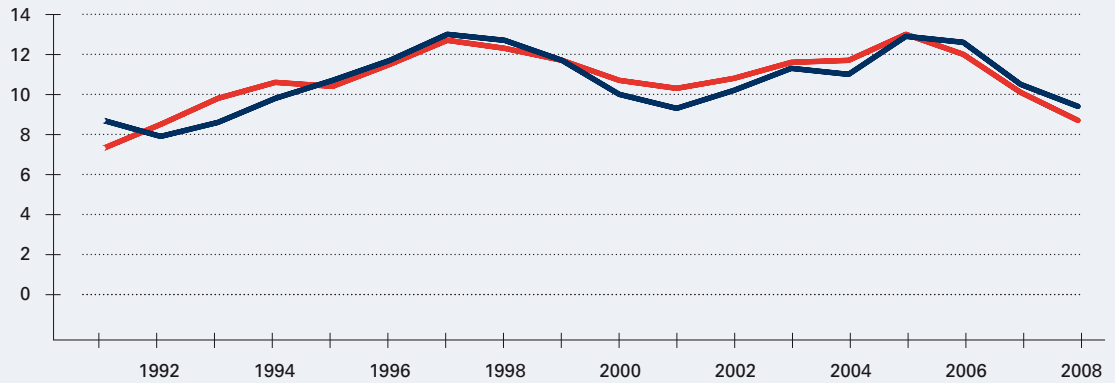
ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich 2008 mit einer im Jahresdurchschnitt auf 8,7 Prozent (2007: 10,1 Prozent) gesunkenen Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) und einer im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent gestiegenen Beschäftigtenzahl nochmals positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um 1,4 Prozent auf über 40,3 Mio. (2007: 39,8 Mio.) und erreichte damit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Allerdings war – parallel zur konjunkturellen Entwicklung – bereits im letzten Quartal 2008 ein anhaltender Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen zu verzeichnen, so dass die Beschäftigungsgewinne des Jahres 2008 bis Ende Februar 2009 fast aufgezehrt waren. Dass sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter verschlechterten, dürfte vor allem daran gelegen haben, dass die Unternehmen das Instrument der Kurzarbeit und flexible Arbeitszeitregelungen intensiv nutzten. Allein zwischen Oktober und Dezember 2008 stieg die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter in Deutschland von 71.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 4.600 Betrieben auf 270.000 Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter in 17.300 Betrieben und erhöhte sich in den ersten Monaten 2009 erheblich.

Zunächst positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts; im letzten Quartal Rückgang der Erwerbstätigenzahl

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland und Hamburg seit 1991

Arbeitslosenquote in Prozent

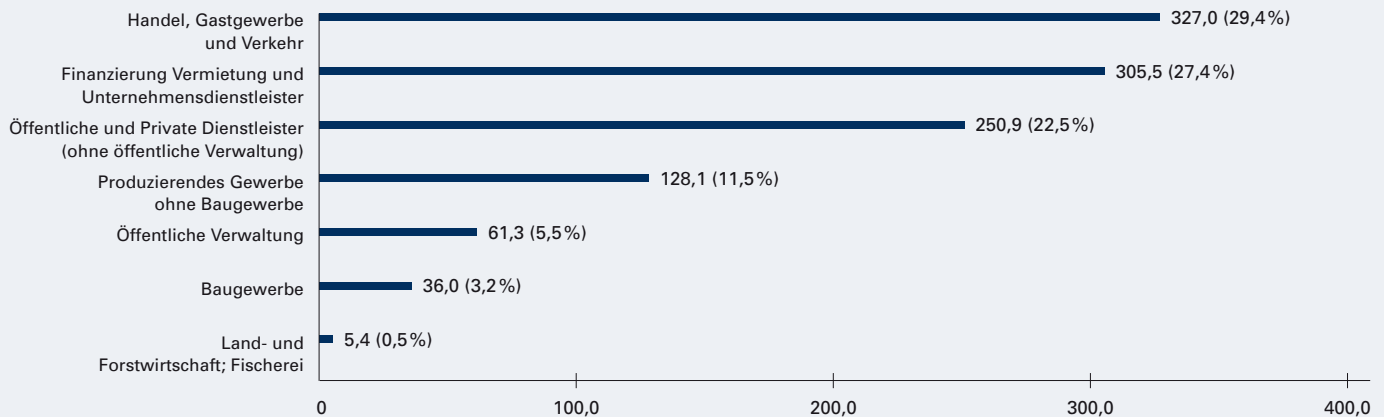


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf

— Deutschland — Hamburg

Erwerbstätige in Hamburg 2008 nach Branchen

Anzahl in Tausend



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand Februar 2009

Entsprechend der gesamtdeutschen Entwicklung hat sich die Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt 2008 verbessert und der positive Trend der letzten Jahre fortgesetzt (siehe Grafik auf Seite 20 oben).

Positiver Trend der letzten Jahre auf dem Hamburger Arbeitsmarkt setzte sich 2008 fort

Die Zahl der Arbeitslosen sank auf 73.000 im Jahresdurchschnitt 2008 (2007: 81.300). Die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) lag 2008 mit 9,4 Prozent zwar leicht über dem Bundesdurchschnitt, aber deutlich unter dem Vorjahreswert von 10,5 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen in der FHH stieg im Jahr 2008 um 24.200 Personen auf 1.114 Millionen und damit zum fünften Mal in Folge. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist bis Ende 2008 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent auf rund 813.000 gestiegen. Damit verzeichnete Hamburg einen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlichen Zuwachs an Beschäftigung.

Erwerbstätigenzahl zum fünften Mal in Folge gestiegen

Auch im ersten Quartal des Jahres 2009 entwickelte sich die Zahl der Erwerbstätigen positiv, so waren knapp 17.700 Personen oder 1,6 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresquartal erwerbstätig. Die FHH lag damit deutlich über der Bundesentwicklung von +0,1 Prozent. Zu diesem Wachstum trugen vor allem die in Hamburg starken Dienstleistungsbereiche bei (+2,1 Prozent). Aber auch das Baugewerbe konnte mit einem Plus von 1,1 Prozent einen Wachstumsbeitrag leisten.

Wachstum vor allem in den Dienstleistungsbereichen

UNTERNEHMENSNEUGRÜNDUNGEN

Die Zahl der Selbstständigen und Unternehmensneugründungen nimmt in Hamburg stetig zu. 2008 gingen insgesamt 22.781 Gewerbeanmeldungen ein. Mit einem Plus von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr war dies der höchste Wert seit über zehn Jahren. Die Anmeldungen beruhten zu 87 Prozent auf Neugründungen (rund 19.800). Die restlichen Vorgänge betrafen in der Regel Übernahmen, Rechtsformwechsel oder Zuzüge. Auch die Zahl größerer Betriebsgründungen stieg mit 5.311 um fast 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Kontinuierliche Steigerung der Zahl der Unternehmensneugründungen

Die Zahl der Gewerbeabmeldungen (16.972) lag deutlich unter der Zahl der Anmeldungen, so dass netto ein Zuwachs von 5.809 Gewerbetreibenden zu verzeichnen war. Im Jahr 2008 stieg die Zahl der Anträge auf Unternehmensinsolvenz in der FHH um 8 Prozent auf 643 Anträge. Der seit Anfang 2004 zu beobachtende Trend deutlich sinkender Unternehmensinsolvenzen setzte sich somit nicht fort. 2008 waren rund 2.053 Beschäftigte von Unternehmensinsolvenzen betroffen.

BILDUNG, FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Eine dynamische Stadt braucht alle Talente. Die FHH braucht möglichst viele hoch qualifizierte Nachwuchskräfte, und die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt brauchen eine möglichst gute Ausbildung, um sich fachlich und persönlich entwickeln zu können. Bildung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Chancengleichheit und zum selbstbestimmten Leben innerhalb der Gesellschaft; Lernen ist die wesentliche Voraussetzung für die eigenverantwortliche Gestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitschancen. Bildung entscheidet zudem über die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die Transformation der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft erhöht den Stellenwert der Entwicklung von Kenntnissen und Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger für die persönliche Entwicklung wie für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs in einer globalisierten Welt. Die FHH gab 2008 für Bildung rund 2,2 Mrd. Euro aus. Davon entfielen auf den Bereich der Schulen 1,5 Mrd. Euro. Über 400 Mio. Euro wurden für die Kindertagesbetreuung, 283 Mio. Euro für die Verwaltung und bildungsbezogene Dienstleistungen und 25 Mio. Euro für die außerschulische berufliche Bildung und Weiterbildung ausgegeben.

*Hamburg förderte 2008
Bildung mit rund 2,2 Mrd. Euro*

Im Zuge des fortschreitenden Strukturwandels hin zur Wissensgesellschaft wird zukünftig die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesländer immer stärker an Bedeutung gewinnen. Die Unternehmensdynamik in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen ist eine wesentliche Komponente des technologischen Strukturwandels. Dies verdeutlichen neben Indikatoren wie Anzahl der Unternehmensgründungen und Patentanmeldungen vor allem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wissensintensive Dienstleistungen sind bereits heute in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit einem Beschäftigungsanteil von jeweils etwa einem Drittel bedeutsam vertreten. 2008 wurden für den Bereich Wissenschaft und Forschung 878 Mio. Euro und damit knapp 10 Mio. Euro mehr als 2007 ausgegeben. Neben den Hochschulen werden Forschungseinrichtungen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft oder das German Institute of Global Area Studies, aber auch Studierende unterstützt.

*Hohe Unternehmensdynamik
in forschungs- und wissens-
intensiven Wirtschaftszweigen*

UMWELT UND NACHHALTIGKEIT

Hamburg zeigt als internationale Metropole, dass Ökonomie und Ökologie nicht im Widerspruch stehen, sondern Zukunftsfähigkeit und Innovation bedeuten. Die Bürgerschaft verabschiedete bereits 2007 ein Klimaschutzkonzept mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Der jährliche CO₂-Ausstoß soll in der FHH bis 2012 um 2 Mio. Tonnen pro Jahr und bis 2020 um insgesamt 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Die Einzelmaßnahmen umfassen dabei alle relevanten gesellschaftlichen Lebensbereiche und Infrastrukturen: Bildung, Forschung, Wirtschaft und Industrie, Gebäude und Verkehr.

Die Unternehmen des Konzerns Hamburg wirkten auch 2008 an der Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts mit. Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsinitiative verfolgt die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2015 um 15 Prozent zu senken. Die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft verpflichtete sich 2008 im Rahmen des Bündnisses der Umwelt-Partnerschaft Hamburg, das von der Handelskammer, der Handwerkskammer, dem Industrieverband Hamburg, dem Unternehmensverband Hafen Hamburg und dem Senat getragen wird, die CO₂-Emissionen ebenfalls zu reduzieren. Neben der Erprobung von Brennstoffzellenbussen im Linienbetrieb beteiligte sich die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft 2008 aktiv an den vier autofreien Sonntagen, an denen Busse und Bahnen der Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV) kostenfrei genutzt werden konnten.

Ebenfalls einer ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung dient das vom Geologischen Landesamt in Zusammenarbeit mit Hamburg Wasser entwickelte Grundwasserströmungsmodell, das eine präzise Steuerung der Grundwasserentnahmen ermöglicht und damit eine bedeutsame Maßnahme eines effektiven Ressourcenmanagements in der Stadt darstellt.

Hamburg gehört bereits jetzt zur Clean Energy Partnership und wird sich in den kommenden Jahren noch stärker als Impulsgeber im Bereich der nachhaltigen Mobilität engagieren. Gefördert werden dabei unter anderem unterschiedliche Technologien für emissionsarme und batteriegetriebene Fahrzeuge. Wegen der in den vergangenen Jahren und in der Gegenwart erbrachten Leistungen im Umweltschutz und der auf einer ganzen Bandbreite erreichten Umweltstandards verlieh die EU-Kommission der Stadt im Frühjahr 2009 den Titel »European Green Capital 2011«.

Im Oktober 2009 wurde Hamburg zum zweiten Mal die UNESCO-Auszeichnung »Stadt der Weltdekade für Nachhaltigkeit« verliehen. Gewürdigt wurden rund 100 Projekte der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (HLN). In der Initiative arbeiten Behörden, Institutionen, Vereine, Verbände, Hochschulen, Stiftungen und Netzwerke zum Thema Nachhaltigkeit zusammen.

Klimaschutzkonzept mit vielen Maßnahmen in relevanten Lebensbereichen und Infrastrukturen

Unternehmen des Konzerns Hamburg senken CO₂-Emissionen

Nachhaltiges Ressourcenmanagement durch präzise Steuerung der Grundwasserentnahmen

Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg

WESENTLICHE EREIGNISSE IM JAHR 2008

Konzern

Gründung von Tochterorganisationen und Unternehmen

*Entwicklung des Fischereihafens
und des Kreuzfahrtterminals*

- Zum 09.01.2008 wurde die FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet. Gesellschafter sind die FHH als Kommanditistin mit einer Haftenlage von rund 12 Mio. Euro und die FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH als Komplementärin ohne Einlage. Die wirtschaftliche Betätigung der Gesellschaft erstreckt sich auf die Bebauung und Herrichtung von Grundstücken und Gebäuden sowie deren Vermietung, Verpachtung und Bewirtschaftung in Verbindung mit der Aufwertung des gesamten Fischereihafenareals auf dem Gebiet Hamburgs. Insbesondere ist die Gesellschaft mit der Entwicklung, der Herstellung und dem Betrieb des Kreuzfahrtterminals Cruise Center II und der Aufwertung des Areals Edgar-Engelhardt-Kai in Hamburg-Altona betraut.
- Mit Gesellschaftsvertrag vom 09.01.2008 wurde die FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH gegründet. Sie ist persönlich haftende Gesellschafterin der FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG und übernimmt deren Geschäftsführung. Für diese Aufgaben hat die FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH abgeschlossen. Alleinige Gesellschafterin ist die FHH. Die Gesellschaft hat ein Stammkapital von 25 Tsd. Euro.
- Im April 2008 wurde die Bewerbungskomitee UNIVERSIADE HAMBURG 2015 Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Gegenstand des neuen Unternehmens sollte die Bewerbung um die Ausrichtung der Sommer-Universiade 2015 in der FHH sowie deren Durchführung sein. Die FHH hatte 44,8 Prozent der Anteile der Bewerbungskomitee UNIVERSIADE HAMBURG 2015 Gesellschaft mit beschränkter Haftung übernommen, der Allgemeine Deutsche Hochschulverband 50,2 Prozent und die Handelskammer Hamburg 5,0 Prozent. Am 01.10.2008 entschied die Gesellschafterversammlung, aufgrund nicht gegebener finanzieller Voraussetzungen auf die internationale Bewerbung um die Universiade 2015 zu verzichten, die international zugesagten Referenzveranstaltungen jedoch durchzuführen. Die Gesellschaft hat auf Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 15.07.2009 den Geschäftsbetrieb zum 31.08.2009 eingestellt.

- Im Juli 2008 wurde die HMC International GmbH gegründet. Der Unternehmenszweck ist die Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Kongressen und Veranstaltungen außerhalb Deutschlands. Die HMC International GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC). Im Jahr 2008 wurden noch keine Umsatzerlöse erzielt. Erste Projekte dieses Unternehmens sind die Internationale Messe für Schiffbau, Maschinen und Meerestechnik Istanbul und die India 2009.
- Mit Gesellschaftsvertrag vom 10.12.2008 wurde die Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH gegründet. Gegenstand des neuen Unternehmens sind der Betrieb und die umfassende Vermarktung der Laeiszhalle und der Elbphilharmonie als Konzert- und Veranstaltungsorte. Die FHH ist alleinige Gesellschafterin.

Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

- Anfang 2008 erwarb die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH für insgesamt 59 Mio. Euro Aktien im Umfang von 5 Prozent (plus einer Aktie) des Grundkapitals der Norddeutschen Affinerie AG (jetzt Aurubis AG). Das temporär angelegte Engagement diente dazu, die Aktionärsstruktur zu stabilisieren und für die Norddeutsche Affinerie AG und die FHH nachteilige Entscheidungen der Hauptversammlung der Norddeutschen Affinerie AG im Frühjahr 2008 zu verhindern. Im August 2008 veräußerte die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ihr Aktienpaket für insgesamt 64 Mio. Euro.
- Nach der Entscheidung über die Verschiebung des Börsenganges wurden von den Anteilseignern im Juli 2008 für die HSH Nordbank AG Kapitalstärkungsmaßnahmen beschlossen. Die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH nahm durch Wandlung ihrer verbliebenen stillen Einlage von 108 Mio. Euro leicht unterproportional an der Kapitalerhöhung teil (die Beteiligungsquote reduzierte sich von 15,0 Prozent auf 14,2 Prozent). Außerdem hat die HGV eine Wandelanleihe im Volumen von 318,5 Mio. Euro erworben. Diese soll spätestens zum 31.12.2010 in Aktien gewandelt werden.

*Kapitalstärkungsmaßnahmen
für die HSH Nordbank AG*

*Beteiligung der Stadt
an der Hapag-Lloyd AG*

- Mitte 2008 beteiligte sich die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft wurde von einem Hamburger Konsortium aus mehreren, überwiegend privaten Investoren mit dem Ziel gegründet, sich am Bieterverfahren für die Hapag-Lloyd AG zu beteiligen, um die Hapag-Lloyd AG als eigenständige Reederei mit Sitz in Hamburg zu erhalten. Im Oktober 2008 entschied das Konsortium das Verfahren mit dem Abschluss des Kaufvertrags für sich. Der Kaufvertrag mit der TUI AG ist Ende März 2009 mit Wirkung zum 01.01.2009 wirksam geworden. Seitdem beträgt die indirekte Beteiligung des Konsortiums an der Hapag-Lloyd AG 56,7 Prozent, die TUI AG bleibt zunächst weiterhin mit 43,3 Prozent beteiligt. Die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist an der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG mit 48 Mio. Euro Hafteinlage und 436 Mio. Euro zusätzlicher Pflichteinlage (40,7 Prozent) beteiligt und hält damit mittelbar 23,1 Prozent an der Hapag-Lloyd AG.
- Die VHS Verwaltung Hamburgische Seefahrtsbeteiligung GmbH (vormals Verwaltung Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH) wurde Mitte 2008 gegründet und ist als persönlich haftende Gesellschafterin der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG mit deren Geschäftsführung betraut. Die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist mit 20,0 Prozent an der VHS Verwaltung Hamburgische Seefahrtsbeteiligung GmbH beteiligt.
- Ende 2008 erwarb die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH für 216 Mio. Euro Aktien der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg von der FHH und erhöhte ihren Anteil an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg damit auf 42,3 Prozent.
- Mit dem Ziel einer auch finanziell engeren Verflechtung der organisatorisch bereits als Gleichordnungskonzern geführten SAGA GWG erwarb die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg zusätzlich zu den bestehenden 19,0 Prozent weitere 19,0 Prozentpunkte der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH von der GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH. Die Beteiligung der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg an der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH erhöhte sich damit auf 38,0 Prozent, die GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH hält noch 62,0 Prozent. Es ist vereinbart, dass die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg in jährlichen Tranchen bis 2011 weitere Geschäftsanteile der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH erwirbt, um dann 94,9 Prozent der Anteile zu halten.

- Eine Werthaltigkeitsprüfung des Unternehmenswertes der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH im Jahresabschluss der Kernverwaltung ergab, dass dieser ein niedrigerer Wert verglichen mit dem Buchwert beizulegen ist. Insgesamt wurde die Finanzanlage um 1.708 Mio. Euro im Wert berichtigt. Die Höhe der Abschreibung ist dabei insbesondere auf die Wertberichtigungen der Finanzanlagen der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und auf die Verringerung der im Buchwert der HGV enthaltenen stillen Reserven zurückzuführen.

Sonstige Ereignisse

- Am 13.12.2007 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft das Gesetz über staatliche Lotterien in Hamburg. Das Gesetz trat zum 01.01.2008 in Kraft. Zum Jahreswechsel wurden deshalb das Treuhandvermögen »Nordwest Lotto und Toto Hamburg – Staatliche Lotterie der Freien und Hansestadt Hamburg« und die »Nordwest Lotto und Toto Verwaltungsgesellschaft mbH« zusammengeführt und in die LOTTO Hamburg GmbH überführt. Das Treuhandverhältnis mit der HSH Nordbank AG wurde zum 31.12.2007 beendet.
- Die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR beteiligte sich im Sommer 2008 geschäftsbedingt nicht an der Kapitalerhöhung der HSH Nordbank AG. Der Anteil der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR an der HSH Nordbank AG betrug somit zum 31.12.2008 16,2 Prozent. Die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR musste ihre Beteiligung an der HSH Nordbank AG im Wert berichtigen. Wegen der voraussichtlich dauerhaften Wertminderung der Aktien nahm die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR eine außerplanmäßige Abschreibung von 772 Mio. Euro auf den niedrigeren beizulegenden Wert von 272 Mio. Euro vor.

Kernverwaltung

Investitionen

Um das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu fördern, tätigte Hamburg im Geschäftsjahr 2008 eine Vielzahl von Investitionen, unter anderem

- Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE): Zum Jahreswechsel 2008/2009 wurde das Gebäude des neuen Klinikums in Eppendorf in Betrieb genommen. Mit den Zuwendungen aus dem Hamburger Haushalt erhielt die Stadt ein Universitätsklinikum auf höchstem Niveau, das eine für den medizinischen Nachwuchs optimale Ausbildung, eine exzellente medizinische Forschung sowie eine ökonomische Betriebsführung ermöglicht.
- Europäisches Forschungszentrum XFEL: Der für den geplanten Röntgenelektronenlaser XFEL erforderliche Beschleunigertunnel wird vom DESY-Gelände in Hamburg-Bahrenfeld über 3,2 km nach Schenefeld führen, wo auch die Experimentierhallen erbaut werden sollen. Die FHH und Schleswig-Holstein werden sich mit einer Festbetragsfinanzierung am XFEL beteiligen und die für den Bau und Betrieb erforderlichen Grundstücke und Durchleitungsrechte erwerben.
- Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Realisierung des Leitprojektes »Sprung über die Elbe«: Für das räumliche Leitprojekt »Sprung über die Elbe« sollen die international wirksamen Veranstaltungen der IBA Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der IGS Internationale Gartenschau Hamburg 2013 Gesellschaft mit beschränkter Haftung für einen maßgeblichen Entwicklungsschub sorgen.
- Elbphilharmonie: Die wichtigste Neubaumaßnahme und ein aktueller Schwerpunkt im Bereich Kultur ist die Elbphilharmonie. Auf dem Kaispeicher A in der HafenCity wird eine neue Konzerthalle errichtet, die zur Spielzeit 2011/2012 eröffnen soll. Das Gesamtkonzept sieht neben der eigentlichen Philharmonie eine Mantelbebauung (Hotel, Wohnen, Parken) durch einen privaten Investor vor.
- U-Bahn: Der Bau der U-Bahn-Linie 4 hat im Sommer 2007 begonnen. Die Inbetriebnahme soll zum Jahreswechsel 2011/2012 erfolgen.
- Hochwasserschutz: Mit dem laufenden Bauprogramm zur Verbesserung des Hochwasserschutzes wird die rund 100 km lange öffentliche Hochwasserschutzlinie um durchschnittlich einen Meter auf 8 bis 8,5 m über Normalnull (NN), im Einzelfall bis auf 9 m über NN, erhöht. Die Wind und Wellen besonders ausgesetzten Deiche, vor allem in Wilhelmsburg, den Vier- und Marschlanden sowie am südlichen Elbufer, sollen vorrangig fertig gestellt werden. Im Planungszeitraum 2008 bis 2012 werden die Hochwasserschutzwände im Innenstadtbereich sowie eine Reihe von Einzelbauwerken (Schleusen, Sperrwerke, Tore) auf die neuen Schutzhöhen gebracht.

Staatliche Transferleistungen (Soziale Hilfen)



Die Aufwendungen für gesetzliche Transferleistungen im sozialen Bereich (unter anderem Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und dem SGB XII; Sozialhilfe, Gesundheits- und Eingliederungshilfen nach dem SGB XII und Hilfen zur Pflege nach dem SGB XI, dem SGB XII und dem Hamburgischen Landespflegegesetz) sind in den letzten 20 Jahren überproportional gestiegen. So betragen zum Beispiel die Aufwendungen für Sozialhilfe im Jahr 1988 noch rund 668 Mio. Euro, im Jahr 2008 waren sie mit rund 1,2 Mrd. Euro fast doppelt so hoch. Nach zweistelligen Steigerungsraten in den Jahren von 1988 bis 1994 und leicht rückläufigen Tendenzen in den Jahren 1995 bis 1999 waren in den Folgejahren ab 2000 erneut moderate, aber kontinuierliche Steigerungen der Aufwendungen zu verzeichnen, die zu dieser Verdopplung führten. Die Aufwendungen für Sozialhilfe stellen einen der größten Posten im Haushalt der FHH dar.

Steigende Aufwendungen für Sozialhilfe

Zuwendungen

In vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung werden Zuwendungen an Stellen außerhalb der Verwaltung als ein Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zum Wohl der Stadt gewährt. Im Jahr 2008 wurden 4.913 Zuwendungen mit einem Volumen von rund 870 Mio. Euro bewilligt. Größter Zuwendungsempfänger nach der Anzahl der Zuwendungen war 2008 das Diakonische Werk Hamburg mit 62 Zuwendungen, größter Zuwendungsempfänger nach dem Gesamtbetrag war das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) mit rund 212 Mio. Euro.

Zuwendungen an Stellen außerhalb der Verwaltung zur Erfüllung von Aufgaben zum Wohl der Stadt

Weitere Informationen über die Zuwendungen der Stadt finden sich im Haushaltsplan, im Finanzbericht, in den Berichten über den Haushaltsverlauf  <http://www.hamburg.de/doppelhaushalt-2009-2010> sowie im »Dritten Empfängerbezogenen Zuwendungsbericht« des Senats vom 21.07.2009 (Drucksache 19/3649).  <http://www.hamburg.de/zuwendungsbericht>

Personal- und Sozialbereich

Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse der Kernverwaltung erhöhte sich im vergangenen Jahr um 802 (+ 1,4 Prozent) auf 58.567. Die Zunahme war im Wesentlichen auf die Integration von Beschäftigten der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH und des ehemaligen HWWA – Hamburger Weltwirtschaftsarchiv in den internen Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Beschäftigungsverhältnisse der Kernverwaltung durch Integration von Beschäftigten um 1,4 Prozent erhöht

Gegenläufige Effekte traten durch die rechtliche Verselbstständigung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNI) von einer Dienststelle der Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz in eine Stiftung öffentlichen Rechts, die Ausgliederung des Instituts für Hygiene und Umwelt aus dem Kernbilanzierungskreis der Stadt sowie Personaleinsparungen beim Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ein.

Die Stadt erhöhte die Zahl der Ausbildungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr um 195 beziehungsweise 7,6 Prozent. Im Zuge der Konjunkturoffensive 2009/2010 wird angestrebt, die Ausbildungsaktivitäten nochmals zu verstärken, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und die konjunkturelle Entwicklung zu stützen.

Hamburg verstärkt Ausbildungsaktivitäten

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Konzern

Konzernbilanzsumme
zum 31.12.2008
von 63.347 Mio. Euro

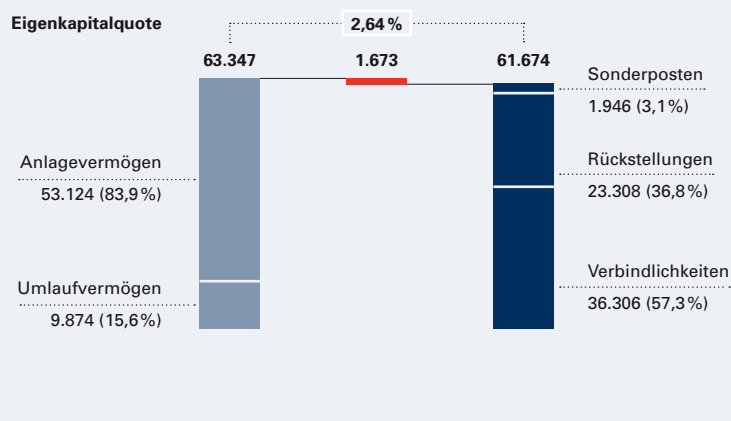
Die Konzernbilanzsumme verringerte sich um 2.480 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf 63.347 Mio. Euro (siehe unten stehende Tabelle).

Konzernanlagevermögen
zum 31.12.2008
von 53.124 Mio. Euro

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen auf 53.124 Mio. Euro und erreichte eine Anlagenintensität von 84 Prozent. Das Sachanlagevermögen betrug 45.781 Mio. Euro. Die Finanzanlagen wurden mit 1.840 Mio. Euro ausgewiesen. Firmenwerte waren in Höhe von 2.697 Mio. Euro aktiviert. Die Abschreibungsquote (prozentuale Höhe der Abschreibungen bezogen auf das Anlagevermögen) betrug 4 Prozent.

Vermögenslage des Konzerns FHH 2008

Eigenkapital in Mio. Euro



Aktive Rechnungsabgrenzung: 349 Mio. Euro (0,5%), Passive Rechnungsabgrenzung: 114 Mio. Euro (0,2%); Prozentangaben: in Prozent von Bilanzsumme.

Das Umlaufvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 9.874 Mio. Euro.

Auf der Passivseite nahm das Eigenkapital um 2.100 Mio. Euro auf 1.673 Mio. Euro ab. Die Eigenkapitalquote lag bei 2,6 Prozent. Lang- und kurzfristiges Fremdkapital waren in Höhe von 36.306 Mio. Euro (Vorjahr: 36.912 Mio. Euro) passiviert. Die Fremdkapitalquote betrug 57,3 Prozent.

Im Konzern Hamburg waren zum 31.12.2008 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 20.301 Mio. Euro ausgewiesen. Im Saldo erfolgte im Berichtsjahr eine Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 285 Mio. Euro. Der Anteil der Pensionsrückstellungen an der Bilanzsumme betrug 32 Prozent.

*Konzernumlaufvermögen
zum 31.12.2008
von 9.874 Mio. Euro*

*Konzerneigenkapital
zum 31.12.2008
von 1.673 Mio. Euro*

*Rückstellungen für
Pensionen und ähnliche
Verpflichtungen im
Konzern zum 31.12.2008
von 20.301 Mio. Euro*

BILANZPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	Prozent	31.12.2008 in Mio. Euro	Prozent
Anlagevermögen	55.083	83,7	53.124	83,9
Umlaufvermögen	10.437	15,8	9.874	15,6
Rechnungsabgrenzungsposten	307	0,5	349	0,5
SUMME AKTIVA	65.827	100,0	63.347	100,0
Eigenkapital	3.773	5,7	1.673	2,6
Sonderposten	2.061	3,1	1.946	3,1
Rückstellungen	22.983	35,0	23.308	36,8
Langfristiges Fremdkapital	29.849	45,3	28.856	45,5
Kurzfristiges Fremdkapital	7.063	10,7	7.450	11,8
Rechnungsabgrenzungsposten	98	0,2	114	0,2
SUMME PASSIVA	65.827	100,0	63.347	100,0

Kernverwaltung

Bilanzsumme der Kernverwaltung zum 31.12.2008 von 47.631 Mio. Euro

Anlagevermögen der Kernverwaltung zum 31.12.2008 von 43.844 Mio. Euro

Umlaufvermögen der Kernverwaltung zum 31.12.2008 von 3.466 Mio. Euro

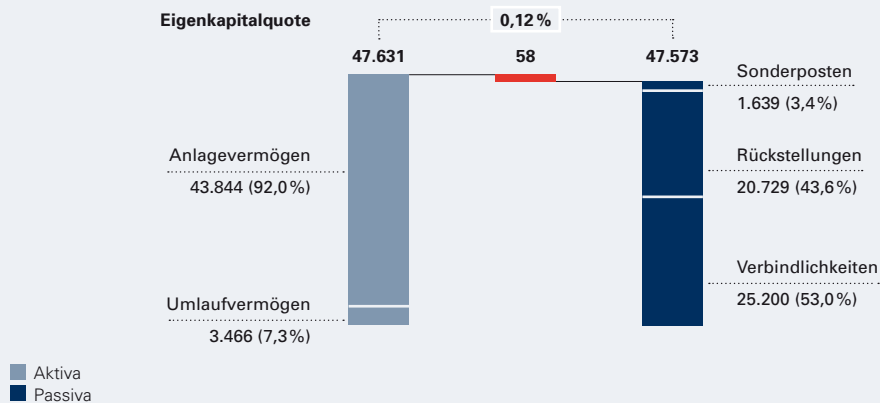
Die Bilanzsumme lag zum Ende des Berichtsjahres 2008 mit 47.631 Mio. Euro um 2.013 Mio. Euro oder 4 Prozent unter dem Vorjahreswert von 49.644 Mio. Euro (siehe unten stehende Grafik).

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 4 Prozent auf 43.844 Mio. Euro (Vorjahr: 45.832 Mio. Euro). Auf das Anlagevermögen entfielen 92 Prozent der gesamten Aktiva der FHH. Davon wurden unter den immateriellen Vermögensgegenständen 3.833 Mio. Euro, im Sachanlagevermögen 31.948 Mio. Euro und unter den Finanzanlagen 8.063 Mio. Euro ausgewiesen. Während die immateriellen Vermögensgegenstände um 505 Mio. Euro anstiegen, verringerten sich die Finanzanlagen um 2.291 Mio. Euro. Zurückzuführen war dies auf die vorgenommenen Abschreibungen auf Finanzanlagen.

Das Umlaufvermögen verringerte sich unwesentlich gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf 3.466 Mio. Euro. Rückgängen bei den Forderungen von 306 Mio. Euro und bei den zum Verkauf bestimmten Grundstücken von 21 Mio. Euro standen Erhöhungen bei den liquiden Mitteln von 258 Mio. Euro gegenüber.

Vermögenslage der Kernverwaltung der FHH 2008

Eigenkapital in Mio. Euro



Aktive Rechnungsabgrenzung: 321 Mio. Euro (0,7%), Passive Rechnungsabgrenzung: 5 Mio. Euro (0,01 %); Prozentangaben: in Prozent von Bilanzsumme.

Auf der Passivseite nahm das Eigenkapital aufgrund des Jahresfehlbetrages von 2.332 Mio. Euro auf 58 Mio. Euro (Vorjahr: 2.390 Mio. Euro) ab. Die Eigenkapitalquote betrug 0,12 Prozent.

Eigenkapital der Kernverwaltung zum 31.12.2008 von 58 Mio. Euro

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen waren im Jahresabschluss der Kernverwaltung mit 18.334 Mio. Euro passiviert (Vorjahr: 18.067 Mio. Euro).

Pensionsrückstellungen der Kernverwaltung zum 31.12.2008 von 18.334 Mio. Euro

Die Verbindlichkeiten reduzierten sich um 125 Mio. Euro und betragen 25.200 Mio. Euro. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 589 Mio. Euro auf 13.724 Mio. Euro abnahmen, stiegen die Anleihen und Obligationen um 556 Mio. Euro auf 7.899 Mio. Euro. Die weiteren Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Dritten betragen 3.577 Mio. Euro.

Der Schuldenstand der FHH blieb im Wesentlichen unverändert. Größter Einzelposten waren die Kreditmarktschulden mit 21.623 Mio. Euro.

Die Refinanzierung fälliger Kredite in Höhe von 2.418 Mio. Euro gelang im Jahr 2008 trotz der Finanzmarktkrise insbesondere durch Begebung von Landesschatzanweisungen (1.525 Mio. Euro) sowie von Schuldscheindarlehen (873 Mio. Euro). Die Fälligkeiten der neuen Kredite mit festen Tilgungsterminen (2.087 Mio. Euro) liegen im Durchschnitt bei knapp 5 Jahren, während die Darlehen mit Schuldner- oder Gläubiger-, Kündigungs- oder Wandlungsrechten (376 Mio. Euro) eine durchschnittliche maximale Laufzeit von über 20 Jahren aufweisen.

Gelungene Refinanzierung von Krediten trotz Finanzmarktkrise

Konjunkturbedingte Schwankungen der Zinssätze an den Kapitalmärkten können zu steigenden Zinsaufwendungen führen. Das Risiko steigender Zinsen wird durch Zinssicherungsmaßnahmen beschränkt. Zu diesem Zweck sind Zinssicherungsgeschäfte getätigt worden.

Zinssicherungsmaßnahmen zur Eingrenzung des Risikos steigender Zinsen

Zum 31.12.2008 betrug der Saldo der Verbindlichkeiten aus derivativ beeinflussten Kreditgeschäften 2.065 Mio. Euro. Damit wurden die Bedingungen für Zinssicherungsgeschäfte – nach denen der Anteil der variabel verzinslichen Positionen 25 Prozent der Schulden aus Kreditmarktmitteln nicht übersteigen und die Kostenmehrbelastung bei einer 1-prozentigen Zinserhöhung nicht über 7,5 Prozent des Haushaltsansatzes für die Zinsaufwendungen hinausgehen darf – durchgängig eingehalten.

ERTRAGSLAGE

Konzern

Die Gesamtsumme der Erträge und Aufwendungen war gegenüber dem Vorjahr rückläufig (siehe folgende Tabellen).

Aufstellung aggregierter Aufwendungen und Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit

ERTRÄGE	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro	AUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.474	9.275	Materialaufwendungen	1.207	1.838
Erträge aus Transferleistungen	812	641	Personalaufwendungen	6.086	5.552
Erträge aus Betriebsmittelzuwendungen	4	3	Aufwendungen für Transferleistungen	3.435	3.306
Umsatzerlöse	3.312	3.683	Aufwendungen für Betriebsmittelzuwendungen	117	113
Gebühren und ähnliche Erträge	960	933	Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	367	381
Aktivierete Eigenleistungen	42	45	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.274	1.386
Bestandsveränderungen	33	85	Aufwendungen aus Mieten und Pachten	699	356
Erträge aus Mieten und Pachten	175	133	Sonstige Aufwendungen	3.684	2.398
Sonstige Erträge	5.085	1.518			
SUMME	18.897	16.316	SUMME	16.869	15.330

*Gesamterträge 2008
im Konzern
von 16.316 Mio. Euro*

Die Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.582 Mio. Euro auf 16.316 Mio. Euro. Die Steuererträge und steuerähnlichen Erträge stellten mit einer Steigerung um 800 Mio. Euro auf 9.275 Mio. Euro den größten Posten auf der Ertragsseite dar. Die Sonstigen Erträge verringerten sich um 3.567 Mio. Euro auf 1.518 Mio. Euro. Dies war vor allem auf die im Vergleich zum Vorjahr um 2.389 Mio. Euro geringeren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen. Diesen standen im Vergleich zum Vorjahr allerdings auch geringere Zuführungen zu Rückstellungen von 1.147 Mio. Euro (Vorjahr: 3.289 Mio. Euro) gegenüber.

Im Berichtsjahr 2008 wurden Umsatzerlöse (Außenumsätze) von 3.683 Mio. Euro ausgewiesen. Dies entsprach einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 371 Mio. Euro (siehe oben stehende Tabelle).

Die 10 größten Tochterorganisationen nach Umsatzerlösen (nach Konsolidierung)

TOCHTERORGANISATION	Umsatzerlöse 2008 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	538
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	278
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	264
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	259
Hamburgische Stadtentwässerung AöR	215
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	210
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	210
Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	169
Hamburger Wasserwerke GmbH	156
Hamburg Port Authority (HPA)	105
Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	78

Ohne Umsatzerlöse der Tochterorganisationen der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (siehe Konzernabschluss 2008 der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)).

Die Aufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit nahmen von 16.869 Mio. Euro im Vorjahr auf 15.330 Mio. Euro ab. Die wesentlichen Posten stellten mit 5.552 Mio. Euro die Personalaufwendungen, mit 3.306 Mio. Euro die Transferleistungen und mit 2.398 Mio. Euro die Sonstigen Aufwendungen dar.

*Gesamtaufwendungen
2008 im Konzern
von 15.330 Mio. Euro*

Im Geschäftsjahr 2008 wurde im Konzernverbund ein Überschuss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 986 Mio. Euro erwirtschaftet. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit war mit – 1.786 Mio. Euro negativ.

*Jahresüberschuss aus
laufender Geschäftstätigkeit
2008 im Konzern
von 986 Mio. Euro*

Insgesamt wies die FHH 2008 im Konzern Hamburg einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.890 Mio. Euro aus.

Kernverwaltung

Die Kernverwaltung der FHH erwirtschaftete im Berichtsjahr wiederum ein positives Verwaltungsergebnis. Erträgen in Höhe von 11.694 Mio. Euro standen Aufwendungen in Höhe von 10.830 Mio. Euro gegenüber (siehe Tabellen auf Seite 36).

*Gesamterträge 2008
der Kernverwaltung
von 11.694 Mio. Euro*

Die Ertragsseite war im Wesentlichen geprägt durch Steuererträge und steuerähnliche Erträge. Diese entwickelten sich im Berichtsjahr positiv. Es konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von 9 Prozent auf 9.275 Mio. Euro realisiert werden.

Aufstellung aggregierter Aufwendungen und Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit

ERTRÄGE	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro	AUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.474	9.275	Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	1.065	1.128
Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendersersatz	699	688	Personalaufwendungen	4.242	3.740
Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	56	50	Aufwendungen für Transferleistungen	4.259	4.017
Privatrechtliche Entgelte	118	146	Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	367	381
Erträge aus Transferleistungen	812	641	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	565	581
Sonstige Erträge	3.422	894	Sonstige Aufwendungen	2.152	983
SUMME	13.581	11.694	SUMME	12.650	10.830

Die übrigen Erträge aus Verwaltungstätigkeit mit insgesamt 884 Mio. Euro ergaben sich aus Gebühren, Beiträgen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern sowie privatrechtlichen Entgelten. Neben den hauptsächlich vom Bund stammenden Transfererträgen in Höhe von 641 Mio. Euro waren Sonstige Erträge in Höhe von 894 Mio. zu verzeichnen. Zu den Sonstigen Erträgen gehörten die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Sonderposten und Wertberichtigungen sowie die Erträge aus Anlagenabgängen und Nachaktivierungen.

Die Aufwandsseite war geprägt von Sach-, Fach- und Personalaufwendungen. Sie beliefen sich insgesamt auf 9.266 Mio. Euro (Vorjahr: 9.934 Mio. Euro). Der Anteil des Personalaufwands an den Gesamtaufwendungen (Personalaufwandsquote) betrug 34,5 Prozent.

Des Weiteren minderten Abschreibungen in Höhe von 581 Mio. Euro und Sonstige Aufwendungen von 983 Mio. Euro das Ergebnis.

Positives Verwaltungsergebnis der FHH von 864 Mio. Euro

Das Verwaltungsergebnis der FHH war erneut positiv, fiel jedoch um 67 Mio. Euro und damit um 7 Prozent schlechter aus als im Vorjahr. Insgesamt überstiegen die Erträge der Stadt die laufenden Aufwendungen für Personal, Transferleistungen, den Länderfinanzausgleich und die Sonstigen Aufwendungen um 864 Mio. Euro.

Dem positiven Verwaltungsergebnis stand ein negatives Finanzergebnis von 3.196 Mio. Euro gegenüber. Ergebnismindernd wirkten sich insbesondere die auf Altschulden zu leistenden Zinszahlungen von 1.050 Mio. Euro und die Abschreibungen auf Finanzanlagen von 2.352 Mio. Euro aus.

Im Ergebnis weist die FHH einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.332 Mio. Euro aus.

Nachtragsbericht

HSH Nordbank AG und HSH Finanzfonds AöR

Die weitere Bewältigung der Finanzmarktkrise erforderte Anfang 2009 die Entwicklung eines umfassenden Konzepts zur strategischen Neuausrichtung der HSH Nordbank AG. Zur Stärkung der Kapitalbasis wurden im Juni 2009 das Kapital um 3 Mrd. Euro erhöht sowie Garantien durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg in Höhe von 10 Mrd. Euro gegeben. Die neuen Anteile wurden nicht von den bisherigen Gesellschaftern, sondern von einer gemeinsam von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts übernommen. Die HSH Finanzfonds AöR, an der die beiden Bundesländer zu je 50,0 Prozent beteiligt sind, übernahm damit 64,2 Prozent der Anteile an der HSH Nordbank AG, die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH hält nach der Kapitalerhöhung noch 5,5 Prozent der Anteile und die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR 5,4 Prozent. Insgesamt halten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein jetzt 85,5 Prozent der Anteile an der Bank.

Konzept zur strategischen Neuausrichtung der HSH Nordbank AG

Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG

Ende März 2009 wurde der bereits im Oktober 2008 notariell beurkundete Erwerb von Anteilen an der Hapag-Lloyd AG unter anderem mit Zahlung des Kaufpreises vollzogen. Das Konsortium um die Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG verfügt somit indirekt über 56,7 Prozent der Anteile an der Hapag-Lloyd AG. Die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist an der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG mit 48 Mio. Euro Hafteinlage und 436 Mio. Euro zusätzlicher Pflichteinlage (40,7 Prozent) beteiligt und hält damit mittelbar 23,1 Prozent an der Hapag-Lloyd AG. Die Beteiligung soll nicht dauerhaft, sondern mit dem Ziel einer Börsenplatzierung mittelfristig gehalten werden. Weiterer Gesellschafter des Konsortiums ist die HSH Nordbank AG mit 8,4 Prozent.

Erwerb von Anteilen an der Hapag-Lloyd AG mit dem Ziel einer Börsenplatzierung

Hamburg Energie GmbH

Mit Eintragung in das Handelsregister wurde am 21.05.2009 die Hamburg Energie GmbH gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Allgemeinheit sowie der öffentlichen Einrichtungen der FHH mit umweltfreundlicher Energie (atom- und kohlefreier Strom). Zu den Tätigkeiten des Unternehmens gehören auch die Planung, Errichtung und der Betrieb kommunaler Infrastrukturen. Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Hamburger Wasserwerke GmbH; ihr Stammkapital beträgt 1 Mio. Euro. Mit der Geschäftstätigkeit wurde im Herbst 2009 begonnen.

Gründung der Hamburg Energie GmbH zur Versorgung Hamburgs mit umweltfreundlicher Energie

Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH (ZAL)

Am 18.06.2009 wurde das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH (ZAL) gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der angewandten luftfahrttechnischen Forschung am Standort Hamburg. Die Gesellschafter halten folgende Anteile:

Förderung der angewandten luftfahrttechnischen Forschung

- FHH: 20 Prozent,
- Universität Hamburg (UHH): 3 Prozent,
- Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH): 3 Prozent,

- Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW): 3 Prozent,
- Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg: 3 Prozent,
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR): 10 Prozent,
- Verein zur Förderung der angewandten Luftfahrtforschung: 18 Prozent,
- Airbus Deutschland GmbH: 20 Prozent,
- Lufthansa Technik AG: 20 Prozent.

LZN Laser Zentrum Nord GmbH

*Förderung der angewandten
Laserforschung und -technologie*

Mit Gesellschaftsvertrag vom 15.07.2009 wurde von der TuTech Innovation GmbH die LZN Laser Zentrum Nord GmbH als 100-prozentige Tochter gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der angewandten Laserforschung und -technologie am Standort Hamburg. Die Gesellschaft soll dazu beitragen, den Transfer wissenschaftlichen Fortschritts in die Praxis zu beschleunigen und damit die Innovationskraft der Unternehmen am Standort zu stärken.

Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg

*Rezessionsbedingte Kredit-
aufnahme mit gesetzlich
verankerten Tilgungsregelungen*

Mit der Gründung des Sondervermögens Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg (Drucksache 19/3921) verfolgt der Senat unter anderem das Ziel, die rezessionsbedingte Kreditaufnahme ab dem Haushaltsjahr 2009 auf transparente Weise darzulegen. Gesetzlich verankerte Tilgungsregelungen gewährleisten, dass die notwendige Kreditaufnahme in Phasen des konjunkturellen Aufschwungs und der Hochkonjunktur systematisch zurückgeführt wird.

Sondervermögen Schule – Bau und Betrieb

*Konzept zur Effizienz-
steigerung und Finanzierung
des Schulbaus*

Durch Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 29.09.2009 (Drucksache 19/4208) wurde die Gründung des Sondervermögens Schule – Bau und Betrieb auf den Weg gebracht. Mit dieser Drucksache legte der Senat sein Konzept zur Effizienzsteigerung und Finanzierung des Schulbaus vor. Ziel ist, die Bau- und Gebäudemanagementaufgaben für die Schulen in der FHH zusammenzuführen. Es soll außerdem eine wirtschaftlich nachhaltige Finanzierungsgrundlage für den Schulbau und die Instandhaltung der Schulgebäude geschaffen werden. Geplant ist die Errichtung des Sondervermögens zum 01.01.2010.

Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH)

*Produktivsetzung eines
neuen ERP-Systems und
Einführung einer neuen
Haushaltssteuerung*

Im Jahr 2009 wurde die Produktivsetzung eines neuen ERP-Systems zum 01.01.2010 intensiv vorbereitet und die Grundlagen für ein neues Haushaltswesen geschaffen. Gerade in Zeiten verengter finanzpolitischer Handlungsräume kommt es darauf an, das gesamte Potenzial einer leistungsorientierten Verwaltung mithilfe moderner betriebswirtschaftlicher Instrumente auszuschöpfen. Mit der Einführung einer neuen Haushaltssteuerung, die von der Planung über die Bewirtschaftung bis zur Rechnungslegung am Ressourcenverbrauch und an nachvollziehbar messbaren Ergebnissen und Wirkungen orientiert ist, setzt Hamburg den eingeschlagenen Modernisierungskurs konsequent fort.

Risiko- und Chancenbericht

Die Risiken des Hamburger Haushalts werden durch kurz- und mittelfristige konjunkturelle Schwankungen sowie langfristige strukturelle und demografische Entwicklungen bestimmt. Zu den konjunkturabhängigen Risiken zählen die Entwicklungen des Steueraufkommens, der Zinszahlungen und der Transferzahlungen an Bezieherinnen und Bezieher sozialer Leistungen. Langfristige strukturelle Risiken liegen vor allem im Steueraufkommen infolge von Änderungen des Steuerrechts. Weitere Risiken erwachsen aus demografischen Veränderungen der Gesellschaft. Für das Jahr 2009 und die kommenden Haushaltsjahre ist mit folgenden wesentlichen Risiken, aber auch Chancen zu rechnen:

KONJUNKTURABHÄNGIGE RISIKEN

Langfristige empirische Untersuchungen belegen, dass der Anstieg des Steueraufkommens in Deutschland weitgehend parallel zum nominalen Wachstum des BIP verläuft. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise und des drastischen Konjunkturrückgangs ist im laufenden Jahr 2009 mit geringeren Steuervorauszahlungen der Unternehmen und einer deutlichen Verschlechterung der gesamtstaatlichen Ertragslage zu rechnen.

Die FHH trägt den zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung erkennbaren Risiken bei der Entwicklung der Steuererträge durch eine vorsichtige Veranschlagung der Steuererträge Rechnung. Geplante Steuerrechtsänderungen oder erwartete Steuerrückerstattungen werden durch entsprechende Abschläge vom geschätzten Steueraufkommen berücksichtigt.

Ebenfalls abhängig vom Konjunkturverlauf ist die Zinsentwicklung. Wegen der andauernden Finanzmarktkrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins zwar auf 1,00 Prozent abgesenkt; die Refinanzierungskonditionen für die Märkte haben sich dadurch jedoch nur unmerklich entspannt.

2008 hatte die FHH rund 1.050 Mio. Euro für Zinsaufwendungen aufzubringen. Auch bei im Wesentlichen unveränderter Verschuldung der FHH ergeben sich aufgrund konjunkturbedingter Schwankungen der Zinssätze an den Kapitalmärkten Risiken bei der Refinanzierung zur Rückzahlung fälliger Landeschatzanweisungen oder Schuldscheindarlehen. Volatilität an den Kapitalmärkten kann zu steigenden Zinsaufwendungen führen. Eine Zinserhöhung um einen Prozentpunkt würde zu Mehrbelastungen von etwa 40 bis 55 Mio. Euro jährlich führen. Die FHH begegnet dem Zinssteigerungsrisiko durch eine vorausschauende Veranschlagung der Zinsaufwendungen im Haushalt und eine zinskostenoptimierte Kreditaufnahmepolitik. Das Zinsänderungsrisiko unterliegt einer ständigen Kontrolle. Darüber hinaus werden Kapitalmarktrisiken auf Basis von Regelungen der Finanzbehörde begrenzt.

*Steuererträge
stark abhängig vom
Konjunkturverlauf*

Risiko der Zinsentwicklung

*Vorausschauende Ver-
anschlagung der Zinsauf-
wendungen im Haushalt
und zinskostenoptimierte
Kreditaufnahmepolitik*

STRUKTURELLE RISIKEN

Risiken aus Steuerrechtsänderungen

Im Jahr 2008 bis zum ersten Halbjahr 2009 sind zahlreiche Gesetze in Kraft getreten, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlasten und im Hamburger Haushalt ab dem Jahr 2009 wirksam werden. Steuerliche Risiken bestehen sowohl infolge der im Jahr 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform als auch des Jahressteuergesetzes 2009, mit dem der sogenannte steuerliche Querverbund erstmals gesetzlich kodifiziert wurde.

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wurde die sogenannte Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer wieder eingeführt und das Bürgerentlastungsgesetz – Krankenversicherung verabschiedet, das ab dem 01.01.2010 die Möglichkeit vorsieht, alle Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung von der Steuer abzusetzen. Im Hamburger Haushalt sind dadurch Mindererträge von insgesamt rund 1,1 Mrd. Euro in den Jahren 2009 bis 2013 zu erwarten.

Den Folgen der weltweiten Konjunkturabschwächung wurde mit gezielten steuerlichen Maßnahmen im Rahmen des Familienleistungsgesetzes/haushaltsnaher Dienstleistungen, der Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes und den Konjunkturpaketen I und II begegnet, von denen die Bürgerinnen und Bürger, private Haushalte und Unternehmen profitieren, die den Hamburger Haushalt in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt jedoch in Höhe von weiteren rund 1,1 Mrd. Euro belasten.

Risiken aus der Zahllast im Länderfinanzausgleich

Neben Steuerertragsrisiken besteht ein noch nicht genau quantifizierbares Risiko aus der Beitragslast im Länderfinanzausgleich. Die Beitragslast hängt maßgeblich von der Höhe des gesamtstaatlichen Steueraufkommens und dessen Verteilung auf die einzelnen Gebietskörperschaften ab. Im Jahr 2008 hat die FHH rund 447 Mio. Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt, nach der Steuerschätzung vom November 2009 werden bis 2013 jährliche Zahlungen im Länderfinanzausgleich zwischen 25 Mio. Euro und 400 Mio. Euro erwartet.

Steigende gesetzliche Leistungen

In den kommenden Jahren ist zudem mit einem Anstieg der aus dem Haushalt der FHH zu finanzierenden großen gesetzlichen Leistungen (Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Sozial- und Eingliederungshilfe) zu rechnen. Diese Leistungen machen 2009 mit einem Volumen von über 2 Mrd. Euro einen Anteil am Gesamthaushalt von etwa 20 Prozent aus. Gesellschaftliche Entwicklungstrends wie die steigende Betreuungsquote in allen Altersgruppen der Kindertagesbetreuung oder die gewachsene Notwendigkeit für Leistungen der Eingliederungshilfe, gesetzliche Veränderungen wie die Erhöhung von Regelsätzen nach SGB II und XII und konjunkturelle Folgen wie der wahrscheinliche Anstieg der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft nach SGB II lassen hier – trotz bereits laufender und für die kommenden Jahre notwendiger intensiver Steuerungsmaßnahmen – auch künftig weiter steigende Aufwendungen erwarten.

DEMOGRAFISCHE RISIKEN

Die künftige Aufwands- und Ertragsentwicklung der FHH wird auch von demografischen Faktoren, in erster Linie der Alterung der Bevölkerung, beeinflusst. Obgleich aktuelle Studien die demografische Entwicklung für die FHH optimistischer bewerten als für andere bundesdeutsche Regionen, ist mit spürbaren Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen zu rechnen. Bei steigendem Durchschnittsalter ist tendenziell mit einer Entlastung bei den Aufwendungen für unter 30-Jährige (Kita, Schule und Universität) und mit steigenden Aufwendungen für ältere Menschen zu rechnen. Die deutlich wachsenden Kosten der alternden Gesellschaft sind in den bisherigen Langfristprognosen aller staatlichen Ebenen nicht ausreichend berücksichtigt.

Überalterung der Bevölkerung

SONSTIGE RISIKEN

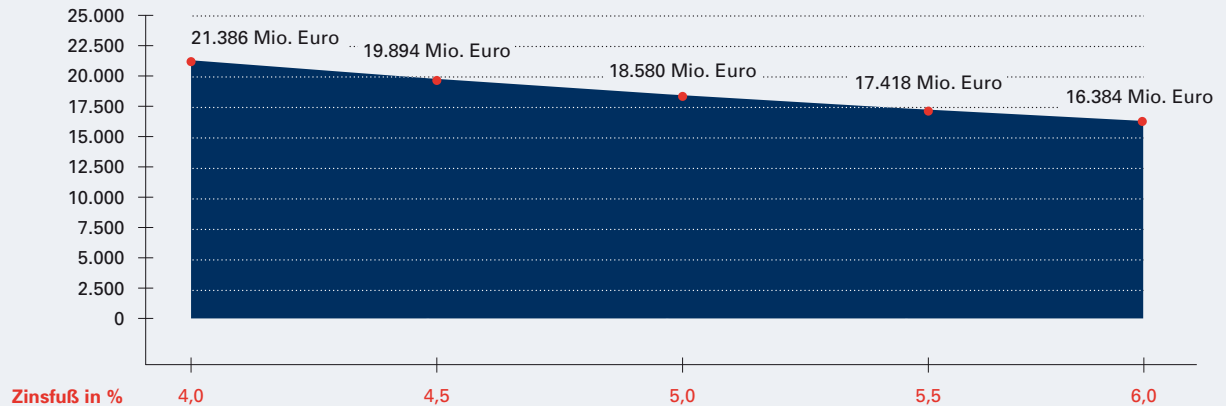
Derzeit bilanziert die FHH die Pensionsrückstellungen im Jahresabschluss der Kernverwaltung in Anlehnung an das Steuerrecht und an bundesweit einheitliche Regelungen mit einem Rechnungszinsfuß von 6,0 Prozent. Das am 29.05.2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) schreibt für private Unternehmen einen von der Bundesbank herausgegebenen Zinssatz vor. Nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) des § 253 Absatz 2 Satz 4 und 5 HGB beträgt der für den Monat August 2009 ausgewiesene Zinssatz 5,27 Prozent.

Für den öffentlichen Bereich ist derzeit noch nicht entschieden, ob die Regelungen des BilMoG zur Passivierung der Pensionsrückstellungen in die Standards für die staatliche doppelte Buchführung (Standards Doppik) übernommen werden oder ob ein niedrigerer Rechnungszinssatz von 4,5 Prozent festgelegt wird, der sich aus dem siebenjährigen Durchschnitt der Umlaufrenditen für börsennotierte Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von über 15 bis einschließlich 30 Jahren ergibt. Bei Ansatz eines Zinssatzes von 5,27 Prozent würde sich in der Bilanz der FHH ein eigenkapitalwirksamer Anpassungsbedarf in Höhe von rund 1,57 Mrd. Euro ergeben. Bei Ansatz von 4,5 Prozent würde die Anpassung rund 3,5 Mrd. Euro betragen (siehe Grafik auf Seite 42).

Regelungen zur Passivierung der Pensionsrückstellungen noch nicht entschieden

Pensionsrückstellungen der FHH per 31.12.2008

Rückstellungsbetrag in Mio. Euro



RISIKOMANAGEMENT DER GEBIETSKÖRPERSCHAFT

Entsprechend den Regelungen nach § 91 Abs. 2 AktG haben Aktiengesellschaften und über die Ausstrahlungswirkung auch andere Unternehmen ein Risikofrüherkennungssystem einzurichten. Ob und in welchem Umfang die Geschäftsführungen der öffentlichen Unternehmen der FHH ein Risikomanagementsystem implementiert haben, entscheidet sich nach Eigenart und Größe des Unternehmens und der Komplexität der Struktur.

Die Einrichtung einer mit dem Risikomanagement des Beteiligungsbereichs der FHH verzahnten Risiko-steuerung einschließlich der Darstellung möglicher Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten erfolgt in Anlehnung an die für die Beteiligungen der FHH geltende Berichterstattung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG).

*Risikomanagementsystem
zur Identifizierung und
Steuerung der Risiken im
Konzernverbund der FHH*

Im Konzernverbund der Stadt ist zur Identifizierung und Steuerung der Risiken der zukünftigen Entwicklung für alle wesentlichen Konzerngesellschaften ein Risikomanagementsystem (RCMS) eingerichtet. Im Rahmen des RCMS nehmen die Gesellschaften mindestens jährlich eine Risikoinventur vor, indem sie die vorhandenen und zukünftigen Risiken und Risikoursachen erfassen, Eintrittswahrscheinlichkeiten und mögliche Schadenshöhen bewerten und klassifizieren. Die Ergebnisse werden in jährlichen Risikoberichten dargestellt. Für das unterjährige Risikocontrolling sind Monitoring- und Steuerungsinstrumente implementiert.

Ein Ausbau des Risikofrüherkennungssystems ist im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens vorgesehen. Darüber hinaus plant die Finanzbehörde, das Regelwerk interner Kontrollen zu sichten und daraus ein modernisiertes internes Kontrollsystem zu entwickeln. Die dazu erforderlichen Arbeiten sind als Vorprojekt »HERAKLES« angelaufen; erste Ergebnisse werden für 2010/2011 erwartet.

Zu weiteren Risiken, insbesondere aus Steuerschätzung, Länderfinanzausgleich und langfristigen strukturellen Haushaltsrisiken, wird auf den vom Senat vorgelegten Finanzbericht 2009/2010 verwiesen.

 <http://www.hamburg.de/doppelhaushalt-2009-2010>

Ausbau des Risikofrüherkennungssystems im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens

CHANCEN

Gesamtwirtschaftliche Chancen

Hamburg ist durch seine geografische Lage begünstigt. Die politischen Umwälzungen mit der Öffnung der Grenzen zum Osten haben diese Situation nochmals verbessert. Durch den kontinuierlichen, den jeweiligen Erfordernissen angepassten Ausbau ihrer Infrastruktur wurde die Erreichbarkeit der FHH auf dem Land-, Luft- und Wasserweg erleichtert und begründet heute ihre Position als ein bedeutender Umschlagplatz für den europäischen Handel: Im West-Ost-Verkehr, vor allem zwischen Europa und China, hält Hamburg eine Spitzenposition als einer der größten Containerumschlaghäfen der Welt. Diese Stellung wird insbesondere durch den Intermodalverkehr zwischen den Verkehrsträgern zu Wasser sowie auf Schienen und Straßen gefördert. Im Nord-Süd-Verkehr gewinnt die FHH durch die Zunahme des Wirtschaftsaufkommens in Skandinavien und im Ostseeraum zunehmend an Bedeutung und trifft hier auf ein wachsendes wirtschaftliches Interesse. Mit dem Entschluss, die Fehmarnbelt-Brücke zu realisieren, wachsen die Ost- und Nordseeregionen Deutschlands, Dänemarks, Skandinaviens noch näher zusammen. Dies wird den Status Hamburgs als Handelsmetropole zusätzlich nachhaltig sichern. Im Zusammenspiel mit der guten Entwicklung im Dienstleistungssektor, in der Luftfahrt – die FHH ist der drittgrößte zivile Luftfahrtstandort der Welt –, im Bereich erneuerbarer Energien und in anderen innovativen Branchen verfügt Hamburg über beste Bedingungen für weiteres langfristiges Wachstum.

Hamburg mit geografisch begünstigter Lage

Strategische Chancen

Die FHH begegnet den langfristigen, strukturellen und konjunkturabhängigen Risiken mit einer aktiven Wachstumspolitik im Rahmen des Leitbilds »Hamburg – Wachsen mit Weitsicht«. Ziele des 2009 konkretisierten Leitbilds sind unter anderem, ein nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie ökologische Qualität mit einem besonderen Fokus auf neue wirtschaftliche Stärken zu fördern und Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Auch im Jahr 2008 hat die FHH ihre Position als internationales und wettbewerbsfähiges Wirtschaftszentrum gefestigt und weiter ausgebaut. Selbst bei einer abgesenkten Konjunkturprognose für die kommenden Jahre sind die Stadt und ihre Wirtschaft im Wettbewerb gut aufgestellt. Zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner und der Zuzug von Familien und jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind in signifikanten Größenordnungen messbar – die Stadt wächst als internationale Metropole mit hoher Dynamik, Innovationskraft und kultureller Vielfalt.

Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, Förderung der ökologischen Qualität, Weiterentwicklung Hamburgs als gerechte und lebenswerte Stadt

Prognosebericht

Auch in den Folgejahren steht der Konzern Hamburg vor großen Herausforderungen und muss sich externen wie internen Veränderungen stellen.

BILANZRECHTSMODERNISIERUNG

Am 29.05.2009 trat das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) in Kraft. Mit der größten Reform des Handelsrechts seit vielen Jahren verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, das HGB-Bilanzrecht zu einer dauerhaften und im Verhältnis zu den internationalen Rechnungslegungsstandards vollwertigen, aber kostengünstigeren und einfacheren Alternative fortzuentwickeln.

*Anwendung des BilMoG
ab dem Geschäftsjahr 2010*

Die erstmalige verpflichtende Anwendung der bilanzrechtlichen Neuregelungen gilt für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2009 beginnen. Von der Option des Gesetzgebers, die neuen Regelungen bereits vollständig 2009 anzuwenden, wird für die Unternehmen der FHH kein Gebrauch gemacht.

Die bilanziellen und erfolgswirksamen Auswirkungen der Neuregelungen betreffen beispielsweise die Dotierung von Rückstellungen, die Behandlung von Sonderposten und Aufwandsrückstellungen oder den Ausweis latenter Steuern bei Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Aus Konzernsicht sollten wirtschaftliche Grundannahmen und der Umgang mit Übergangsfristen einheitlich erfolgen. Entsprechende Vorgaben für den Wirtschaftsplan 2010 wurden von der Finanzbehörde erarbeitet und den Fachbehörden und Unternehmen zur Verfügung gestellt.

FÖDERALISMUSREFORM

Zielsetzung der Föderalismusreform II war es, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und staatliche Aufgabenwahrnehmung zu überprüfen. Dabei sollten die Möglichkeiten zur Vermeidung und Bewältigung von Haushaltskrisen, zum Abbau der Staatsverschuldung und zur Steigerung der Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns wirksam verbessert werden. Im Dezember 2006 wurde die Föderalismuskommission II von Bund und Ländern eingesetzt.

*Einigung von Bund und Ländern
über gemeinsame Schulden-
regelung, Frühwarnsystem und
Konsolidierungshilfen*

Nach über zwei Jahren schwieriger Verhandlungen einigten sich im März 2009 Bund und Länder auf die Kernstücke der Reform: auf eine gemeinsame Schuldenregelung, auf ein Frühwarnsystem mit einem Stabilitätsrat und auf Konsolidierungshilfen.

Die neue Schuldenregelung wird am 01.01.2011 in Kraft treten und die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin (Art. 104 EGV) berücksichtigen. Ein grundsätzlich ohne Kreditaufnahme ausgeglichener Haushalt wird für den Bund ab dem Jahr 2016 gelten, für die Länder ab dem Jahr 2020. Ab diesem Jahr wird eine strukturelle Verschuldung für die Länder unzulässig sein, dem Bund wird ab 2016 ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlaubt bleiben.

Um die Handlungsfähigkeit des Staates auch in Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist eine Ausnahmeregel zur Verschuldung vorgesehen: Sie ist nunmehr nur in Fällen von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen zulässig, die sich der Kontrolle des Staats entziehen oder die Finanzlage des Staats erheblich beeinträchtigen, und muss mit einem verbindlichen Tilgungsplan in einem angemessenen Zeitraum versehen werden.

Mit der Gründung eines Stabilitätsrates der Finanzminister von Bund und Ländern und des Bundeswirtschaftsministers wird ein Überwachungs- und Frühwarnsystem für die staatlichen Haushalte verfassungsrechtlich verankert.

Die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein werden beginnend mit dem Jahr 2011 bis zum Jahr 2019 jährliche Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Mio. Euro erhalten, um ab dem Jahr 2020 die Schuldenregelung einhalten zu können.

Mit der Verabschiedung der Föderalismusreform II im Juni 2009 bleibt das Ziel ausgeglichener Haushalte trotz der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise unverändert gültig und verpflichtet Hamburg auch in Zukunft auf einen strikten Konsolidierungskurs.

STEUERGESETZESÄNDERUNGEN

Zu den Auswirkungen auf die Steuerbelastung der vom Konzernabschluss einbezogenen Organisationen lässt sich zurzeit keine genaue Aussage treffen, da die im Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 enthaltenen Maßnahmen gegenläufige (Steuersatzsenkungen einerseits, Gegenfinanzierungsmaßnahmen andererseits) und höchst individuelle Auswirkungen entfalten.

So ist zum Beispiel nicht auszuschließen, dass einige Unternehmen der FHH trotz der deutlichen Steuersatzsenkungen im Ergebnis eine höhere absolute Steuerlast zu tragen haben werden, weil sie in besonderem Maße von der neu eingeführten Zinsschranke oder der Neuregelung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen betroffen sein werden, während andere ganz erheblich von der Steuersatzsenkung profitieren werden.

Aufgrund der erstmalig gesetzlichen Regelung des steuerlichen Querverbands ist damit zu rechnen, dass bisher weitreichend genutzte steuerliche Verrechnungsmöglichkeiten von Verlusten, insbesondere aus dem Verkehrsbereich, mit Gewinnen anderer Gesellschaften zukünftig eingengt werden. Die Folgen lassen sich noch nicht quantifizieren.

Ausnahmeregel zur Verschuldung in Krisenzeiten

Keine belastbare Aussage zu Auswirkungen der Steuergesetzesänderungen auf die Steuerbelastung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen möglich

AUSBLICK

Anzeichen für eine weltwirtschaftliche Erholung

Die Anzeichen für eine weltwirtschaftliche Erholung haben sich auch im dritten Quartal dieses Jahres weiter verstärkt. Seit April 2009 steigt die weltweite Industrieproduktion kontinuierlich an. Die positive Entwicklung ist auch auf die umfangreichen fiskal- und geldpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen zurückzuführen, die weiterhin deutliche Impulse geben. Der IWF rechnet in seiner unlängst vorgelegten Projektion mit einem Rückgang des weltweiten BIP 2009 um 1,1 Prozent. Für 2010 wird jedoch wieder ein positives Wachstum von 3,1 Prozent erwartet. Im Vergleich zur Schätzung vom April 2009 revidierte der IWF die Projektionen damit merklich nach oben. Auch die OECD korrigierte in ihrer jüngsten Zwischenprognose die BIP-Schätzung für die G7-Staaten für das laufende Jahr um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr – 3,7 Prozent nach oben.

In Deutschland Ende des Abschwungs in Sicht

Die jüngsten Konjunkturdaten deuten für Deutschland ein Ende des Abschwungs beziehungsweise eine leichte Erholung der Wirtschaft in den kommenden Monaten an. Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2009 um 0,3 Prozent gegenüber der Vorperiode gewachsen und hat damit ein vorläufiges Ende der Rezession eingeläutet. In der deutschen Wirtschaft mehren sich die Anzeichen für ein Ende der Krise. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion für das Jahr 2009 im Jahresdurchschnitt einen Rückgang des realen BIP in Höhe von 5,0 Prozent. Für das Jahr 2010 geht sie von einem Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent aus. Damit wird der Wachstumsrückgang in diesem Jahr etwas geringer ausfallen, als es noch im Frühjahr zu befürchten war. Diese Prognosen werden weiterhin kurzfristig zu aktualisieren sein.

Unsicherheiten hinsichtlich Arbeitsmarkt und Finanzmarkt- entwicklung

Das Risiko einer nicht nachhaltigen und instabilen Erholung der Wirtschaftsleistung ist allerdings nach wie vor gegeben. Unsicherheiten bestehen insbesondere hinsichtlich des Arbeitsmarkts sowie der Entwicklung an den Finanzmärkten. Belastbare Aussagen über die künftige Entwicklung sind aufgrund der weiterhin hohen Unsicherheiten und der Volatilität der globalen Nachfrage nicht zu treffen. Inwieweit der inländische Konsum, der im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur darstellte, auch weiterhin hoch bleibt, hängt maßgeblich von der Entwicklung der Preise und der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ab. Bislang haben die Produktionseinbrüche kaum Spuren in der Beschäftigungsentwicklung hinterlassen. Die massive Ausdehnung der Kurzarbeit, der Abbau von Überstunden und die Unterziehung von Arbeitszeitkonten dürften weitgehend ausgeschöpft beziehungsweise nicht länger rentabel sein. In der Folge erwarten die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2010 einen hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit, die zum Jahresende an die 5-Millionen-Marke heranreichen dürfte.

Die Hamburger Exportwirtschaft sowie der Hafen mit seinen hafennahen Dienstleistungen mussten im Abschwung eine deutlich gedämpfte Nachfrage verkraften. So ist in der Hafenlogistik für das Gesamtjahr 2009 von einem zweistelligen prozentualen Mengenrückgang gegenüber der hohen Vergleichsbasis des Vorjahres auszugehen, der sich in Umsatzerlösen und Betriebsergebnis niederschlagen wird. Im Ergebnis werden sie merklich unter den Rekordwerten des Vorjahres liegen. Auch wenn die Unternehmen des Konzernverbunds Hamburg im laufenden und nächsten Jahr von der Wirtschaftskrise weiterhin betroffen sein werden, werden sie alles daran setzen, die schwierige konjunkturelle Situation durch ein aktives wie nachhaltiges Beteiligungsmanagement zu meistern.

Hamburg hat insgesamt alle Chancen, sich auch unter den Bedingungen eines abgeschwächten Wirtschaftsklimas zu behaupten. Die Stadt zählt zu den attraktivsten Metropolen Europas und ist im Wettbewerb der Regionen gut aufgestellt. Um die Risiken zu meistern, sind ein einheitlicher Politikansatz und das Zusammenwirken aller Ressorts erforderlich. Dies zeichnet eine nachhaltige Finanzpolitik aus, die Aufwands- und Ertragsseite in Einklang bringt. Hierzu gehören insbesondere ein Ausgleich zwischen der Stärkung der Wachstumskräfte und der notwendigen Konsolidierung des Haushalts sowie die Beendigung des Substanzverzehr.

Hamburg, im Dezember 2009

*Hamburger Exportwirtschaft
und Hafen von gedämpfter
Nachfrage betroffen*

*Verantwortungsbewusste
Finanzpolitik für Hamburg
als eine der attraktivsten
Metropolen Europas mit
guter Wettbewerbsposition*

Konzernabschluss

2000

50 Konzernbilanz

52 Konzernergebnisrechnung

54 Konzernanlagenspiegel

56 Anhang zum Konzernabschluss

56 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

58 Konsolidierung

64 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

66 Erläuterungen zur Konzernbilanz

80 Erläuterungen zur Konzernergebnisrechnung

89 Sonstige Angaben

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.
Die für die Kernverwaltung angegebenen Werte können konsolidierungsbedingt von denen im Anhang des Einzelabschlusses abweichen.

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2008

AKTIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	(4.1)	55.083.481	53.123.698
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(4.1)	5.483.758	5.503.181
1. Geleistete Investitionszuwendungen	(4.1)	2.226.726	1.993.903
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	(4.1)	60.524	68.667
3. Geschäfts- oder Firmenwerte	(4.1)	2.830.027	2.697.455
4. Geleistete Anzahlungen	(4.1)	366.481	743.156
II. Sachanlagen	(4.1)	45.730.245	45.780.523
1. Grundstücke und Bauten	(4.1)	35.977.566	35.741.697
2. Technische Anlagen und Maschinen		3.973.717	4.145.336
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		822.011	864.269
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen		3.312.063	3.321.463
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		1.644.888	1.707.758
III. Finanzanlagen	(4.1)	3.869.478	1.839.994
1. Anteile an verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen		406.328	395.839
2. Ausleihungen an verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen		6.783	4.052
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	(4.1)	2.862.018	674.816
4. Sonstige Beteiligungen		153.610	115.284
5. Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.1)	33.508	70.782
6. Wertpapiere des Anlagevermögens		350.665	523.388
7. Sonstige Ausleihungen		56.566	55.833
B. UMLAUFVERMÖGEN		10.436.682	9.874.414
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	(4.2)	150.805	130.182
II. Vorräte	(4.3)	363.797	536.657
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(4.3)	57.455	73.852
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	(4.3)	284.712	358.433
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	(4.3)	742	611
4. Geleistete Anzahlungen für Vorräte	(4.3)	20.888	103.761
III. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	(4.4)	7.688.038	6.325.539
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(4.4)	5.221.630	5.171.829
2. Forderungen gegen verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.4)	226.454	275.456
3. Sonstige Vermögensgegenstände	(4.4)	2.230.624	870.509
4. Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	(4.4)	9.330	7.745
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens	(4.5)	196	2.036
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4.6)	2.233.846	2.880.000
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(4.7)	306.369	349.387
BILANZSUMME		65.826.532	63.347.499

PASSIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	(4.8)	3.772.747	1.673.498
I. Nettoposition	(4.8)	2.854.076	2.854.076
II. Allgemeine Rücklage (Gewinn-/Kapitalrücklage)	(4.8)	1.973.024	1.028.931
III. Zweckgebundene Rücklagen	(4.8)	34.870	45.576
IV. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	(4.8)	-193.088	-172.200
V. Konzernbilanzverlust	(4.8)	-896.135	-2.082.885
B. SONDERPOSTEN	(4.9)	2.060.997	1.945.947
I. Sonderposten für Investitionszuwendungen	(4.9)	1.802.360	1.692.110
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	(4.9)	229.836	216.916
III. Sonstige Sonderposten	(4.9)	28.801	36.921
C. RÜCKSTELLUNGEN	(4.10)	22.982.980	23.307.812
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(4.10)	20.015.595	20.300.605
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen	(4.10)	59.296	93.154
III. Sonstige Rückstellungen	(4.10)	2.908.089	2.914.053
D. VERBINDLICHKEITEN	(4.11)	36.911.611	36.306.250
I. Anleihen und Obligationen	(4.11)	7.342.529	7.823.335
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4.11)	24.424.820	23.612.443
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	(4.11)	811.041	953.672
IV. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(4.11)	1.766.016	1.443.820
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.11)	273.244	318.954
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	(4.11)	1.894.076	1.758.010
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	(4.11)	399.885	396.016
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(4.12)	98.197	113.992
BILANZSUMME		65.826.532	63.347.499

Konzernergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

	Anhang	2007 in Tsd. Euro	2008 in Tsd. Euro
1. Steuererträge und steuerähnliche Erträge	(5.1)	8.474.139	9.274.464
2. Erträge aus Transferleistungen	(5.1)	811.835	640.670
3. Erträge aus Betriebsmittelzuwendungen		3.683	2.896
4. Umsatzerlöse	(5.1)	3.311.693	3.682.960
5. Gebühren und ähnliche Erträge	(5.1)	960.224	933.145
6. Aktivierte Eigenleistungen		42.133	45.198
7. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		33.152	85.281
8. Erträge aus Mieten und Pachten	(5.1)	175.475	133.288
9. Sonstige Erträge	(5.1)	5.085.073	1.517.713
a) Erträge aus Anlagenabgängen	(5.1)	1.097.649	167.907
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	(5.1)	2.817.852	428.608
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuwendungen	(5.1)	193.811	192.110
d) Übrige sonstige Erträge	(5.1)	975.761	729.088
10. Materialaufwendungen	(5.2)	1.207.014	1.838.149
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(5.2)	424.399	423.307
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	(5.2)	782.615	1.414.842
11. Personalaufwendungen	(5.2)	6.086.090	5.552.099
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	(5.2)	3.256.681	3.402.142
b) Sozial- und Versorgungsleistungen für Altersversorgung	(5.2)	1.221.531	540.979
c) Sonstige Sozial- und Versorgungsleistungen	(5.2)	1.607.878	1.608.978
12. Aufwendungen für Transferleistungen		3.434.617	3.305.673
13. Aufwendungen für Betriebsmittelzuschüsse		117.406	112.909
14. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich		367.249	381.197
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(5.2)	1.274.074	1.386.286
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(5.2)	1.274.074	1.350.151
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und sonstige Abschreibungen		0	36.135
16. Aufwendungen aus Mieten und Pachten	(5.2)	698.692	355.300
17. Sonstige Aufwendungen	(5.2)	3.684.153	2.398.055
a) Aufwendungen aus Anlagenabgang	(5.2)	201.805	154.909
b) Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	(5.2)	422.621	473.587
c) Aufwendungen aus Zuführungen zu Sonderposten für Investitionszuwendungen	(5.2)	20.711	3.574
d) Übrige sonstige Aufwendungen	(5.2)	3.039.016	1.765.985

	Anhang	2007 in Tsd. Euro	2008 in Tsd. Euro
18. ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	(5.3)	2.028.112	985.947
19. Ergebnis aus Beteiligungen	(5.4)	295.010	-781.755
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		4.914	3.300
21. Zinsen und ähnliche Erträge	(5.4)	166.135	234.313
22. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	(5.4)	289.262	869.726
23. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(5.4)	1.323.916	1.357.808
24. FINANZERGEBNIS	(5.4)	-1.147.119	-2.771.676
25. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	(5.5)	880.993	-1.785.729
26. Außerordentliche Erträge		36.632	23.461
27. Außerordentliche Aufwendungen		7.166	6.401
28. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS	(5.6)	29.466	17.060
29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(5.7)	95.333	104.464
30. Sonstige Steuern	(5.7)	17.590	16.527
31. JAHRESÜBERSCHUSS / JAHRESFEHLBETRAG	(5.8)	797.536	-1.889.660
32. Verlustvortrag aus Vorjahren		861.954	896.135
33. Einstellungen in / Entnahmen aus Rücklagen		792.699	777.900
34. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn		40.760	82.360
35. Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust		1.742	7.370
36. KONZERNBILANZERGEBNIS	(5.9)	-896.135	-2.082.885

Konzernanlagenspiegel

zum 31. Dezember 2008

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
	Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Änderungen des Konsoli- dierungs- kreises in Tsd. Euro	Zugang ¹⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Geleistete Investitionszuwendungen	6.229.678	0	202.587	-10.284	-160.717	6.261.264
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	291.004	21.524	21.223	-3.769	3.990	333.971
3. Geschäfts- oder Firmenwerte	3.144.352	0	41.819	0	0	3.186.171
4. Geleistete Anzahlungen	366.484	247	418.687	-185.335	143.074	743.157
	10.031.518	21.771	684.316	-199.388	-13.653	10.524.564
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	50.275.999	69.110	1.230.630	-1.436.873	198.065	50.336.930
2. Technische Anlagen und Maschinen	6.604.634	26.118	425.044	-276.459	180.558	6.959.896
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.953.473	21.965	194.722	-95.365	23.806	3.098.600
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.312.139	0	9.477	-68	14	3.321.561
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.645.141	30.268	717.056	-78.936	-558.928	1.754.601
	64.791.385	147.461	2.576.929	-1.887.701	-156.486	65.471.588
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen	413.613	82	116.391	-18.431	-90.948	420.707
2. Ausleihungen an verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen	9.833	0	13	-2.744	0	7.102
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	3.117.074	-448	-581.141	-1.004.890	1.731	1.532.326
4. Sonstige Beteiligungen	175.949	-38	66.825	-59.327	-480	182.929
5. Ausleihungen an assoziierte Organisa- tionen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	33.553	0	39.750	-2.476	0	70.827
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	351.226	154	388.059	-7.058	0	732.381
7. Sonstige Ausleihungen	56.566	0	2.218	-3.336	385	55.833
	4.157.814	-249	32.114	-1.098.263	-89.311	3.002.104
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	78.980.717	168.983	3.293.360	-3.185.353	-259.450	78.998.257

¹⁾ Die Spalte Anschaffungs- und Herstellungskosten Zugang enthält

- 3.803.973 Tsd. Euro Zugänge lfd. Jahr,
- 196.152 Tsd. Euro Nachaktivierungen und
- -706.765 Tsd. Euro Korrekturen Finanzanlagen.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN				RESTBUCHWERTE		
Stand 01.01.2008	Änderungen des Konsoli- dierungs- kreises	Zugang ²⁾	Abgang	Stand 31.12.2008	Stand 01.01.2008	Stand 31.12.2008
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
-4.002.952	0	-264.815	405	-4.267.361	2.226.726	1.993.903
-230.480	-4.904	-33.331	3.411	-265.304	60.524	68.667
-314.324	0	-174.400	9	-488.715	2.830.027	2.697.455
-4	0	2	0	-1	366.481	743.156
-4.547.760	-4.904	-472.544	3.826	-5.021.382	5.483.758	5.503.181
-14.298.433	-13.237	-512.537	228.975	-14.595.233	35.977.566	35.741.697
-2.630.917	-3.666	-217.228	37.252	-2.814.560	3.973.717	4.145.336
-2.131.461	-10.896	-158.311	66.336	-2.234.332	822.011	864.269
-76	0	-22	0	-98	3.312.063	3.321.463
-252	0	-46.648	57	-46.843	1.644.888	1.707.758
-19.061.139	-27.799	-934.747	332.620	-19.691.066	45.730.245	45.780.523
-7.285	0	-17.582	0	-24.867	406.328	395.839
-3.050	0	0	0	-3.050	6.783	4.052
-255.055	1	-602.456	0	-857.510	2.862.018	674.816
-22.339	0	-45.346	40	-67.645	153.610	115.284
-45	0	0	0	-45	33.508	70.782
-562	0	-208.448	16	-208.993	350.665	523.388
0	0	0	0	0	56.566	55.833
-288.336	1	-873.831	56	-1.162.110	3.869.478	1.839.994
-23.897.235	-32.702	-2.281.122	336.501	-25.874.558	55.083.481	53.123.698

- ²⁾ Die Spalte Abschreibungen/Wertberichtigungen Zugang enthält
- -1.350.151 Tsd. Euro Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen,
 - -869.727 Tsd. Euro Abschreibungen auf Finanzanlagen,
 - -37.192 Tsd. Euro Abschreibungen auf Nachaktivierungen,
 - -226 Tsd. Euro Abschreibungen auf Korrekturen Finanzanlagen und
 - -23.826 Tsd. Euro Abschreibungen auf Umgliederungen.

Anhang zum Konzernabschluss

zum 31. Dezember 2008

1 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) legt hiermit zum 31.12.2008 zum zweiten Mal einen Konzernabschluss vor. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Ein verbindlicher Standard für das Konzernrechnungswesen staatlicher Gebietskörperschaften liegt derzeit noch nicht vor. Die Bilanzierung und Bewertung (festgelegt in der Konzernrichtlinie der FHH) orientiert sich daher an den anerkannten Standards kaufmännischer Buchführung. Hierzu gehören neben dem Handelsgesetzbuch (HGB) die Stellungnahmen des IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.) zur Rechnungslegung der öffentlichen Verwaltung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (IDW ERS ÖFA 1) und die zurzeit auf Bund-Länder-Ebene in Abstimmung befindlichen Standards für die staatliche doppelte Buchführung (Standards Doppik) und Konzernrechnungslegung auf staatlicher Ebene. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) in Anlehnung an das HGB finden Anwendung. Die Auslegung der GoB entspricht den Anforderungen, die an die Buchführung einer öffentlichen Gebietskörperschaft mit einem führenden kameralen Buchungssystem zu stellen sind.

Mit der Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf zum Teil rechtlich selbstständige Organisationseinheiten hat die FHH wirtschaftliche, flexible und wirksame Strukturen der Aufgabenerledigung geschaffen. Gleichzeitig hat dies jedoch zu einer Fragmentierung des städtischen Rechnungswesens beigetragen, da weder das Vermögen, noch die finanziellen Verpflichtungen oder Aufwendungen und Erträge der verselbstständigten Einheiten im Haushalt dargestellt werden. Mit der Einrichtung eines Konzernrechnungswesens verfolgt die FHH daher das Ziel, einen Überblick über die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt zu vermitteln. Nur der Konzernabschluss bildet die Vermögensgegenstände, die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sowie den gesamten Ressourcenverbrauch der öffentlichen Gebietskörperschaft mit allen ihren internen und externen Untergliederungen – also des »Konzerns Hamburg« – vollständig und transparent ab.

Der mit dem Konzernabschluss der FHH abgebildete Konsolidierungskreis umfasst neben der Kernverwaltung die wirtschaftlich selbstständigen Tochterorganisationen und die assoziierten Aufgabenbereiche der FHH (siehe Abschnitt 2 »Konsolidierung«). Konzernmutter ist die Kernverwaltung der FHH. Der Konzernabschluss stellt keine bloße Addition der Daten der einbezogenen Konzerneinheiten dar, sondern fasst die Rechnungswesendaten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den einzelnen selbstständigen Einheiten zur Konzernsicht zusammen.

Für den Konzernabschluss ist gemäß dem aktuellen Arbeitsstand der Standards Doppik festgelegt worden, dass zunächst nicht alle Bilanzierungs- und Bewertungsmaßstäbe im Konzern vollständig nach den Grundsätzen des Jahresabschlusses der Kernverwaltung vereinheitlicht werden (siehe Abschnitt 3 »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden«). In einer Übergangszeit bis 2014 werden die Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsgrundsätze im Konzernverbund harmonisiert.

Die Besonderheiten der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für den staatlichen Konzernabschluss sind in der Konzernrichtlinie der FHH detailliert erläutert.

Zu den wesentlichen Festlegungen in Übereinstimmung mit den Standards Doppik zählen:

- Verwendung von Beteiligungswerten, die im Zuge der Eröffnungsbilanzerstellung durch die Kernverwaltung mit der Eigenkapital-Spiegelmethode oder gutachterlich ermittelt wurden und als Anschaffungskosten fortgeschrieben werden.
- Verzicht auf eine Segmentberichterstattung.
- Begrenzung der Zwischenergebniseliminierungen im Bereich der Finanzanlagen auf wesentliche Vorgänge (siehe Abschnitt 2.3 »Grundsätze für die Konzernaufrechnungen«).
- Verzicht auf Zwischenabschlüsse bei Organisationseinheiten mit abweichendem Geschäftsjahr (siehe Abschnitt 3.2 »Weitere Festlegungen«).

Für den Konzernabschluss 2008 sind unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit nach §§ 296 Abs. 2 und 303 ff. HGB folgende Festlegungen getroffen worden:

- Abgrenzung des Konsolidierungskreises auf der Grundlage der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2007 der Tochterorganisationen (siehe Abschnitt 2.2 »Abgrenzung des Konsolidierungskreises 2008«).
- Festlegung des Konsolidierungskreises nach Wesentlichkeitskriterien/Wertgrenzen für den Einbezug verbundener Organisationen (siehe Abschnitt 2.2 »Abgrenzung des Konsolidierungskreises 2008«).
- Abstimmung konzerninterner wirtschaftlicher Verflechtungen erst ab 1 Mio. Euro (siehe Abschnitt 2.3 »Grundsätze für die Konzernaufrechnungen«).

Der Konzernabschluss besteht aus Bilanz, Ergebnisrechnung und Anhang. Zusätzlich wird ein Konzernlagebericht erstellt. Auf eine konsolidierte Kapitalflussrechnung und eine Segmentberichterstattung wird verzichtet.

Das Gliederungsschema der Bilanz nach § 266 HGB ist den Besonderheiten der Rechnungslegung des öffentlichen Bereichs entsprechend angepasst (im Sinne des § 265 Abs. 1 und 5 HGB). Die Ergebnisrechnung wird entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff **Ergebnisrechnung** statt **Gewinn- und Verlustrechnung** wird berücksichtigt, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht, sondern öffentliche Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit wahrgenommen werden. Insofern wird mit dem Konzernabschluss über das Ergebnis des Wirtschaftens der öffentlichen Gebietskörperschaft Hamburg insgesamt berichtet.

Um die Ergebnisrechnung und die Bilanz übersichtlicher zu gestalten, werden einzelne Posten zusammengefasst dargestellt. Diese Posten sind im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Leerposten werden nicht gezeigt.

Der Konzernabschluss wird, wie auch der doppische Jahresabschluss für die Kernverwaltung der Stadt, freiwillig und zusätzlich zur kameralen Rechnungslegung erstellt. Mit dem Konzernabschluss der FHH sind keine handels- und steuerrechtlichen Wirkungen für die Tochterorganisationen verbunden. Insbesondere entbindet er die Tochterorganisationen nicht von der Pflicht, ihrerseits einen befreienden Konzernabschluss aufzustellen.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden sämtliche Werte auf Millionen Euro (Mio. Euro) gerundet.

2 Konsolidierung

2.1 KREIS DER EINZUBEZIEHENDEN ORGANISATIONEN

Der Konsolidierungskreis umfasst den Kernbilanzierungskreis – dargestellt im Jahresabschluss für die Kernverwaltung – und die wirtschaftlich verselbstständigten Einheiten der FHH (hier als Tochterorganisationen, andere Beteiligungen und Anteile bezeichnet). Letztere können sowohl in öffentlich-rechtlicher als auch in privatrechtlicher Form organisiert sein.

Konzernstruktur der FHH

KONZERN FREIE UND HANSESTADT HAMBURG			
KERNBILANZIERUNGSKREIS		TOCHTERORGANISATIONEN, ANDERE BETEILIGUNGEN UND ANTEILE	
Behörden und Ämter	Sonderbereiche	Öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten	Privatrechtliche Organisationseinheiten
<ul style="list-style-type: none">▪ Fachbehörden▪ Senatsämter▪ Bezirksämter	<ul style="list-style-type: none">▪ Selbstbewirtschaftungsfonds▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO ohne eigenes Rechnungswesen	<ul style="list-style-type: none">▪ Landeseinrichtungen nach § 15 LHO▪ Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO mit eigenem Rechnungswesen▪ Körperschaften des öffentlichen Rechts▪ Anstalten des öffentlichen Rechts▪ Stiftungen des öffentlichen Rechts	<ul style="list-style-type: none">▪ Kapitalgesellschaften▪ Personengesellschaften

Anstelle des im Handelsrecht verwendeten Begriffs der verbundenen »Unternehmen« wird der Terminus »Organisationen« verwendet, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass auch öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten, die keine Unternehmen sind, in den Konzernabschluss einbezogen werden.

Dem Kernbilanzierungskreis sind diejenigen Organisationsbereiche zugeordnet, die mit der FHH verbunden, aber

- wirtschaftlich unselbstständig sind,
- über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen oder
- über keine selbstständig entscheidungsbefugte Leitung verfügen.

Für weitergehende Informationen zum Kernbilanzierungskreis wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung (siehe Abschnitt 3.5) verwiesen.

In Abgrenzung zur Kernverwaltung sind die Tochterorganisationen und die anderen Beteiligungen mit der FHH verbundene, wirtschaftlich eigenständig operierende Organisationseinheiten, die den Zielen der FHH dauerhaft dienen sollen. Die Eigenständigkeit von Tochterorganisationen manifestiert sich i. d. R. in einer eigenen Leitung und einem eigenen Rechnungswesen.

Tochterorganisationen sind von der FHH beherrschte Einheiten. Die FHH verfügt über einen beherrschenden Einfluss, wenn sie als Gesellschafterin die Finanz- und Geschäftspolitik der Tochterorganisationen bestimmen kann. Dies wird i. d. R. bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an der Organisation angenommen, sofern die FHH die Organisation mithilfe dieser Stimmrechte tatsächlich beherrschen kann.

Beteiligungen im Sinne von Gemeinschaftsorganisationen und assoziierten Organisationen sind Konzerneinheiten, auf die die FHH einen maßgeblichen, aber keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Ein maßgeblicher Einfluss besteht regelmäßig, wenn die FHH einen Anteil von mindestens 20 % an der Organisation hält. Beteiligungen im Sinne von Gemeinschaftsorganisationen sind eine Sonderform der assoziierten Organisationen und werden im Abschluss der FHH analog zu diesen behandelt.

Organisationen, auf die die FHH weder einen beherrschenden noch einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann, werden als **Andere Anteile** berücksichtigt. Dies betrifft i. d. R. Organisationen, an denen die FHH Anteilsrechte von weniger als 20 % hält. Sie werden entsprechend der mit dem Anteilsbesitz verbundenen Zwecksetzung als Anlage- oder Umlaufvermögen bilanziert.

2.2 ABGRENZUNG DES KONSOLIDIERUNGSKREISES 2008

Der Konsolidierungskreis 2008 ist in Übereinstimmung mit den in der Konzernrichtlinie festgelegten Wesentlichkeitskriterien auf der Grundlage der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2007 der Beteiligungen abgegrenzt worden. Die FHH überprüft jährlich die Sachverhalte, die für die Entscheidung über die Aufnahme in den Konsolidierungskreis maßgeblich sind, und ob es aus Wesentlichkeitsgründen angemessen ist, Organisationen nicht als verbundene oder assoziierte Organisationen zu konsolidieren. Hiermit verbundene Änderungen werden grundsätzlich im darauf folgenden Konzernabschluss berücksichtigt.

Grundsätzlich sind **Tochterorganisationen** voll zu konsolidieren, die entweder einen Umsatz von über 15 Mio. Euro erzielen oder eine Bilanzsumme von über 20 Mio. Euro aufweisen. Tochterorganisationen, die unterhalb dieser Schwellenwerte bleiben, werden at cost in den Konzernabschluss einbezogen.

Unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit werden nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Tochterorganisationen, deren Mütter zwar als verbunden, jedoch unwesentlich gelten,
- Tochterorganisationen, die im Konzernabschluss ihrer Mutter als unwesentlich bewertet werden,
- verbundene ausländische Organisationen.

Einige verbundene Organisationseinheiten stellen derzeit ihr Haushalts- und Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik um. Nur wenn diese Organisationseinheiten Daten in erforderlicher Qualität liefern können, werden sie vollkonsolidiert einbezogen.

Im Abschluss 2008 sind aus diesem Grund sechs Organisationen nicht vollkonsolidiert worden.

Die Kennzahlen für diese Organisationen zum 31.12.2008, soweit sie aus kamerale Zahlen abgeleitet werden konnten, fasst folgende Übersicht zusammen:

ORGANISATION	Eigenkapital gesamt in Tsd. Euro	Bilanzsumme in Tsd. Euro	Jahresergebnis in Tsd. Euro
Universität Hamburg (UHH)	69.122	236.017	26.373
Staats- und Universitätsbibliothek (SUB)	4.704	36.666	496
Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH)	22.300	61.990	4.953
Sondervermögen »Stadt und Hafen«	*	*	-7.566
Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)	19.783	148.337	2.894
TuTech Innovation GmbH	659	21.426	106
GESAMT	116.568	504.436	27.256

* Im Gegensatz zu den anderen aufgeführten Organisationen wird kein kaufmännischer Abschluss erstellt.

In den Konzernabschluss 2008 sind unter Berücksichtigung von Einbeziehungswahlrechten 79 Tochterorganisationen vollkonsolidiert einbezogen worden. Im Vergleich zum Vorjahr sind 13 Organisationen neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen worden:

- AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH,
- KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH,
- KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH,
- Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ),
- Friedr. Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH,
- GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH,
- Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung,
- Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG,
- RMH Real Estate Maintenance Hamburg GmbH,
- ctd Container-Transport-Dienst GmbH,
- CTL Container Terminal Lübeck GmbH,
- HHLA Rosshafen Terminal GmbH sowie
- SCA Service Center Altenwerder GmbH.

Folgende Organisationen wurden aus Wesentlichkeitsgründen im Jahr 2008 nicht mehr im Konsolidierungskreis berücksichtigt:

- GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Block D mbH,
- Unikai Hafenbetrieb GmbH,
- HAB Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH und
- HGL Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungsgesellschaft mbH.

Beteiligungen im Sinne von assoziierten Organisationen werden at equity (Eigenkapital-Spiegelbildmethode) konsolidiert. Für assoziierte Organisationen gelten die gleichen Wesentlichkeitskriterien wie für Tochterorganisationen. Assoziierte Organisationen, die unterhalb dieser Schwellenwerte bleiben, werden at cost in den Konzernabschluss einbezogen.

Zum 31.12.2008 sind zwölf Beteiligungen at equity konsolidiert worden. Erstmals at equity sind die HHLA Logistics GmbH und die HanseCom Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH konsolidiert worden. Ein maßgeblicher Einfluss ist hingegen bei der Winterhuder Werkstätten GmbH (WW GmbH) nicht mehr gegeben, so dass diese nicht mehr at equity konsolidiert wird.

Sonstige Beteiligungen, bei denen weder ein beherrschender noch ein maßgeblicher Einfluss der FHH vorliegt, sind at cost bewertet.

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes sowie Details zur Einbeziehung der verbundenen und assoziierten Organisationseinheiten zum 31.12.2008 (§§ 287, 313 Abs. 4 HGB) sind der Beteiligungsübersicht zu entnehmen. Sie weist 320 Tochterorganisationen und Beteiligungen aus, davon 89 im direkten Anteilsbesitz der FHH.

Organisationen, an denen die FHH weniger als 20% Anteilsbesitz hält, und Töchter von assoziierten Organisationen werden nicht gesondert ausgewiesen. Auf die Nennung dieser Anteile wird nach § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB verzichtet.

2.3 KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Bei der Konsolidierung von Organisationseinheiten aus Teilkonzernen ist auf den jeweiligen Einzelabschluss abgestellt worden. Teilkonzernabschlüsse werden für die Konsolidierung nicht herangezogen.

Grundsätze für die Vollkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Bei dieser werden die Beteiligungsbuchwerte der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterorganisationen gegen das anteilige Eigenkapital aufgerechnet.

Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Buchwerten übernommen. Verbleibende Unterschiedsbeträge wurden im Rahmen der Konsolidierungsrechnung auf ihre Ursachen hin untersucht.

Die einzeln zurechenbaren stillen Reserven wurden bei den jeweiligen Vermögenswerten aktiviert. Zum 31.12.2008 beträgt der Wert der aufgrund von Gutachten dem Posten Grundstücke und Gebäude zugewiesenen stillen Reserven insgesamt 2.015,1 Mio. Euro. Hierbei entfallen

- 1.412,3 Mio. Euro auf die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg,
- 303,2 Mio. Euro auf die GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH,
- 225,2 Mio. Euro auf die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und
- 74,5 Mio. Euro auf die Hamburger Wasserwerke GmbH.

Vom Gesamtwert der stillen Reserven sind 517,8 Mio. Euro den Gebäuden zugeordnet und werden planmäßig mit diesen abgeschrieben.

Verbleibende Unterschiedsbeträge werden entweder mit den Konzernrücklagen verrechnet (positiver Unterschiedsbetrag) oder als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert (negativer Unterschiedsbetrag) und über 20 Jahre abgeschrieben. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden gesondert unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Zur Konzernöffnungsbilanz wurden aus der Kapitalkonsolidierung vollkonsolidierter Organisationen insgesamt Geschäfts- oder Firmenwerte von 3.119,9 Mio. Euro aktiviert. Nach Buchungen von Zu- und Abgängen sowie Abschreibungen liegt der Gesamtwert der aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte im Abschluss 2008 bei 2.697,5 Mio. Euro.

Minderheitenanteile Dritter werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem auf die FHH entfallenden Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsgesellschaftern zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzernergebnisrechnung separat gezeigt.

Grundsätze für die Equity-Konsolidierung

Im Gegensatz zur Vollkonsolidierung werden bei der Konsolidierung at equity nicht die Abschlussposten der assoziierten Organisation in die Konzernbilanz übernommen, sondern lediglich der Beteiligungswert betrachtet. Er wird ausgehend von den historischen Anschaffungskosten der Beteiligung entsprechend der Entwicklung des anteiligen Eigenkapitals der assoziierten Organisation fortgeschrieben. Für die Erstkonsolidierung der assoziierten Organisationen wurde die Buchwertmethode angewandt.

Für den Konzernabschluss 2008 sind grundsätzlich die Konzernabschlüsse der assoziierten Organisationen nach § 312 Abs. 6 HGB für die Konsolidierung herangezogen worden. In den Fällen, in denen keine Konzernabschlüsse erstellt werden, ist auf den Jahresabschluss abgestellt worden.

Die sich hieraus ergebenden Anpassungen für 2007 sind im laufenden Geschäftsjahr nachvollzogen worden und betreffen die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, die AKN Eisenbahn AG, die Pier Holding GmbH und die HSH Nordbank AG.

Auf eine Vereinheitlichung der Bewertungsmethoden der einbezogenen assoziierten Organisationen im Konzernabschluss wird nach § 312 Abs. 5 Satz 1 HGB verzichtet.

Entstehende Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem anteiligen Eigenkapital der assoziierten Organisation werden wie bei der Vollkonsolidierung auch bei der Konsolidierung at equity ermittelt.

Aus der Kapitalkonsolidierung assoziierter Organisationen ergaben sich in der Konzernöffnungsbilanz keine Geschäfts- oder Firmenwerte. Nach Korrekturen, Zu- und Abgängen sowie Abschreibungen sind im Abschluss 2008 Geschäfts- oder Firmenwerte von 4,3 Mio. Euro innerhalb des Finanzanlagevermögens ausgewiesen (siehe Abschnitt 4.1 »Finanzanlagen«).

Grundsätze für die Konzernaufrechnungen

Konzerninterne Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen werden im Wege der **Schuldenkonsolidierung** gegeneinander aufgerechnet. Zum 31.12.2008 sind konzerninterne Verpflichtungen i. H. v. 5.101,8 Mio. Euro eliminiert worden. Die saldierten Aufrechnungsdifferenzen i. H. v. 41,8 Mio. Euro sind vollständig ergebniswirksam als Aufwand behandelt worden (siehe Abschnitt 5.2 unter »Sonstige Aufwendungen«).

Geschäftsvorgänge zwischen den Konzerngesellschaften (Binnenumsätze) sind im Rahmen der **Aufwands- und Ertragseliminierung** nach § 305 HGB miteinander verrechnet worden, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Differenzen aus der Aufwands- und Ertragseliminierung sind ergebniswirksam verrechnet worden, sofern sie zwei Tochterorganisationen betrafen. Bei Geschäftsvorgängen zwischen der Kernverwaltung und einer Tochterorganisation ist in der Kernverwaltung der Differenzbetrag aus Aufwendungen bzw. Erträgen gegenüber Dritten auf die entsprechende Tochterorganisation gebucht worden.

Im Ergebnis sind konzerninterne Lieferungs- und Leistungsbeziehungen i. H. v. 1.793,6 Mio. Euro eliminiert und saldierte Differenzen im Umfang von 77,4 Mio. Euro als Ertrag gebucht worden.

Zinsaufwendungen und Zinserträge zwischen den Konzernorganisationen sind im Geschäftsjahr i. H. v. 168,0 Mio. Euro eliminiert worden. Saldierte Aufrechnungsdifferenzen von insgesamt 5,6 Mio. Euro sind als Ertrag gebucht worden. Im Jahr 2007 ergaben sich Aufrechnungsdifferenzen von insgesamt 1,7 Mio. Euro, die in den Erträgen bzw. Aufwendungen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung ausgewiesen wurden.

Die Notwendigkeit einer **Zwischenergebniseliminierung** ist für den Konzernabschluss 2008 im Bereich der Finanzanlagen geprüft worden. Wesentliche Sachverhalte, die eine Zwischenergebniseliminierung erfordert hätten, sind nicht festgestellt worden.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 KONZERNBILANZ UND KONZERNERGEBNISRECHNUNG

Für den Konzernabschluss ist entsprechend den Standards für die staatliche Doppik in der Konzernrichtlinie der FHH festgelegt worden, dass eine Vereinheitlichung aller bedeutenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nach den Regelungen des staatlichen Einzelabschlusses im Konzern FHH in einem gestuften Prozess angestrebt wird. Das gewählte Verfahren dient dem Ziel, mit vertretbarem zeitlichen Aufwand einen Konzernabschluss vorzulegen, der Transparenz über die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten öffentlichen Gebietskörperschaft FHH einschließlich ihrer Beteiligungen herstellt.

Die in den Konzern FHH einbezogenen Tochterorganisationen bilanzieren nach HGB, teilweise ergänzt um die speziellen Vorschriften der Landeshaushaltsordnung (LHO) oder branchenspezifische Vorschriften. Von den Konzerntöchtern werden grundsätzlich folgende wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

- Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens sowie des Sachanlagevermögens werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.
- Dem Werteverzehr des abnutzbaren Anlagevermögens wird durch planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der steuerlichen Abschreibungstabellen, die teilweise durch spezielle, brancheneigene Abschreibungstabellen ergänzt sind, Rechnung getragen. Grundsätzlich findet die lineare Abschreibung Anwendung. Nur in wenigen Ausnahmefällen wird degressiv abgeschrieben.
- Die Anteile an verbundenen Organisationen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten bewertet. Soweit ihnen ein geringerer Wert beizulegen ist, werden gebotene Abschreibungen vorgenommen. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Ausleihungen werden mit dem Nennwert bilanziert und, soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.
- Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, höchstens jedoch mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden Wert angesetzt.
- Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert angesetzt und, soweit erforderlich, abgezinst. Erkennbare Risiken werden durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.
- Von der FHH oder Dritten erhaltene investive Zuwendungen bilanzieren die Konzerntöchter überwiegend nach der Bruttomethode (Bildung von Sonderposten). Sofern bei den Töchtern die Nettomethode Anwendung findet, werden die in der Kernverwaltung ausgewiesenen investiven Zuwendungen nicht in die Aufrechnungen einbezogen.

- Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden grundsätzlich nach einem modifizierten Teilwertverfahren unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften und allgemein anerkannter Richttafeln (Generationensterbetafeln 2005 G nach Heubeck) berechnet. Die notwendigen Rückstellungsbedarfe werden im Konzern fast ausschließlich unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 6% ermittelt. Lediglich der HHLA-Konzern legt jährlich neu zu ermittelnde Zinssätze (im Jahr 2008 5%) zugrunde.
- In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wird von einigen Tochterorganisationen auf die Passivierung von Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 gewährt wurden (Altzusagen), verzichtet. Die nicht passivierten Verpflichtungen zum 31.12.2008 betragen 81,7 Mio. Euro.
- Die Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und die Sonstigen Rückstellungen werden in Höhe der Beträge angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.
- Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des Rückzahlungsbetrags passiviert.
- Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem jeweiligen Tageskurs des Geschäftsvorgangs unter Berücksichtigung von Änderungen aus Kursabweichungen zum Bilanzstichtag bewertet.

Für nähere Ausführungen zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Kernverwaltung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung verwiesen (siehe Abschnitt 2).

3.2 WEITERE FESTLEGUNGEN

Handelsrechtliche Vorgaben zur Bildung latenter Steuern aus der Konsolidierung nach § 306 HGB werden nicht berücksichtigt, da die FHH als Gebietskörperschaft grundsätzlich keiner Steuerpflicht unterliegt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Organisationen werden auf den Stichtag 31.12. erstellt. Auf die Aufstellung von Zwischenabschlüssen bei Tochterorganisationen mit abweichendem Geschäftsjahr wird verzichtet. Bei der einzig vollzukunftskonsolidierenden Tochterorganisation mit abweichendem Geschäftsjahr – der Hamburgischen Staatsoper GmbH – ist der letzte Jahresabschluss zugrunde gelegt worden. Sie hat keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zwischen den unterschiedlichen Abschlussstichtagen gemeldet.

4 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die für die Kernverwaltung und Tochterorganisationen angegebenen Werte können konsolidierungsbedingt von den in den jeweiligen Einzelabschlüssen ausgewiesenen Werten abweichen.

4.1 ALLGEMEINE HINWEISE ZUM ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Jahr 2008 zeigt der Konzernanlagenspiegel.

Das **Anlagevermögen** (Restbuchwerte) ist einerseits aufgrund der Aufnahme von weiteren 13 Tochterorganisationen in den Konsolidierungskreis um 158,8 Mio. Euro gestiegen, andererseits jedoch infolge des Ausscheidens von vier Tochterorganisationen um 22,5 Mio. Euro gesunken (siehe Konzernanlagenspiegel: Saldo der Spalten »Änderungen des Konsolidierungskreises«). Insgesamt hat sich der gesamte Restbuchwert des Anlagevermögens von 55.083,5 Mio. Euro im Vorjahr um 1.959,8 Mio. Euro auf 53.123,7 Mio. Euro zum 31.12.2008 verringert.

ANLAGEVERMÖGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	37.116	37.054
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	3.413	3.335
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	3.006	3.056
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	1.564	1.529
Hamburg Port Authority (HPA)	966	1.020
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	1.633	850
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	650	712
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	1.851	555
Sonstige	4.885	5.013
GESAMT	55.084	53.124

Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Gesamtwert der immateriellen Vermögensgegenstände ist von 5.483,8 Mio. Euro im Vorjahr leicht um 19,4 Mio. Euro auf 5.503,2 Mio. Euro zum 31.12.2008 gestiegen. Die wesentlichen Posten bilden die **Geschäfts- oder Firmenwerte** mit 2.697,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2.830,0 Mio. Euro) und die **Geleisteten Investitionszuwendungen** mit 1.993,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.226,7 Mio. Euro). Die **Geleisteten Anzahlungen** von 743,2 Mio. Euro (Vorjahr: 366,5 Mio. Euro) beziehen sich hauptsächlich auf noch nicht zugeordnete Investitionszuwendungen. Der Anstieg ist mit 370,0 Mio. Euro vorwiegend auf die Kernverwaltung zurückzuführen. Die **Sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände** von 68,7 Mio. Euro (Vorjahr: 60,5 Mio. Euro) umfassen u. a. Lizenzen und DV-Software.

Sachanlagen

Der Wert der Sachanlagen ist leicht von 45.730,2 Mio. Euro im Vorjahr um 50,3 Mio. Euro auf 45.780,5 Mio. Euro gestiegen. Die **Grundstücke und Bauten** bilden mit 35.741,7 Mio. Euro (Vorjahr: 35.977,6 Mio. Euro) den Hauptposten des Sachanlagevermögens.

Finanzanlagen

Der Gesamtwert der Finanzanlagen ist von 3.869,5 Mio. Euro auf 1.840,0 Mio. Euro gesunken. Der höchste Rückgang ist mit 2.187,2 Mio. Euro auf 674,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.862,0 Mio. Euro) bei den **Beteiligungen an assoziierten Organisationen** zu verzeichnen. Wesentliche Gründe dafür sind die Korrektur des Beteiligungswertes der HSH Nordbank AG sowie die Übernahme des anteiligen Jahresfehlbetrages der HSH Nordbank AG über die Tochterorganisationen HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR (insgesamt 2.669,0 Mio. Euro) in den Konzernabschluss. Darüber hinaus ist der Beteiligungsbuchwert der HSH Nordbank AG um 464,0 Mio. Euro außerplanmäßig abgeschrieben worden.

Bei den Beteiligungen an assoziierten Organisationen ist der **Geschäfts- oder Firmenwert** auf 4,3 Mio. Euro (Vorjahr: 13 Tsd. Euro) gestiegen. Diese Veränderung ist in erster Linie auf die Korrektur des Ansatzes der HSH Nordbank AG zurückzuführen. Der korrigierte Geschäfts- oder Firmenwert der HSH Nordbank AG war nach Überprüfung der Werthaltigkeit 2008 abzuschreiben.

Der Gesamtwert der **Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, hat sich auf 70,8 Mio. Euro gegenüber 33,5 Mio. Euro im Vorjahr deutlich erhöht. Grund für diesen Anstieg ist u. a. ein Zugang i. H. v. 39,1 Mio. Euro bei der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR für die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH.

Korrektur HSH Nordbank AG

Erst- und Folgekonsolidierung der HSH Nordbank AG sind im laufenden Geschäftsjahr im Konzern FHH korrigiert worden. Zum 31.12.2008 beträgt der Beteiligungsbuchwert der HSH Nordbank AG 565,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.748,2 Mio. Euro).

Wertpapiere des Anlagevermögens

Der Gesamtwert der Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich von 350,7 Mio. Euro auf 523,4 Mio. Euro erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Zugänge bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH von 110,0 Mio. Euro und bei der Kernverwaltung von 53,9 Mio. Euro zurückzuführen. Die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH hatte Wandelschuldverschreibungen für 318,5 Mio. Euro erworben und diese im Geschäftsjahr auf 110,0 Mio. Euro abgeschrieben.

4.2 ZUM VERKAUF BESTIMMTE GRUNDSTÜCKE

Die **zum Verkauf bestimmten Grundstücke** mit einem Wert von 130,2 Mio. Euro (Vorjahr: 150,8 Mio. Euro) sind der Kernverwaltung zuzuordnen (siehe Abschnitt 3.6, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

4.3 VORRÄTE

Der Gesamtwert der **Vorräte** im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr um 172,9 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen ist dies auf die **Geleisteten Anzahlungen** sowie die **Unfertigen Erzeugnisse** und **Unfertigen Leistungen** zurückzuführen.

VORRÄTE	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	57	74
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	285	358
Fertige Erzeugnisse und Waren	1	1
Geleistete Anzahlungen für Vorräte	21	104 *
GESAMT	364	537

* Der Posten Geleistete Anzahlungen für Vorräte enthält u. a. 93,3 Mio. Euro der im Jahr 2008 erstmals konsolidierten Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG.

Der größte Anteil der **Unfertigen Erzeugnisse und Leistungen** entfällt mit 177,0 Mio. Euro auf ausstehende Beträge für Betriebskosten bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg. Weitere 68,9 Mio. Euro (Vorjahr: 31,1 Mio. Euro) beziehen sich auf im Bau befindliche Projekte der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU).

4.4 FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Höhe der Forderungen ist im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen. Insbesondere der Gesamtwert der Sonstigen Vermögensgegenstände ist im Berichtsjahr gesunken.

Forderungsspiegel

ART DER FORDERUNG	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2008 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 1 Jahr in Mio. Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.778	5.700	1.684	4.016
Wertberichtigungen auf Forderungen	-557	-528	-528	
Forderungen gegen verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	227	275	257	18
Sonstige Vermögensgegenstände	2.231	871	437	434
Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	9	8	8	
GESAMT	7.688	6.326	1.858	4.468

Der deutliche Rückgang ist im Wesentlichen auf die Rückzahlung von vier Schuldscheindarlehen an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH zurückzuführen. So ist der Gesamtbetrag der Sonstigen Vermögensgegenstände bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH um 1.115,0 Mio. Euro auf 37,1 Mio. Euro gesunken.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** beziehen sich überwiegend auf

- Hypothekendarlehen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt AöR von 3.706,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3.627,1 Mio. Euro) und
- die Kernverwaltung mit 1.327,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1.868,8 Mio. Euro).

Bei den **Sonstigen Vermögensgegenständen** entfallen die wesentlichen Posten auf

- die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR mit 381,0 Mio. Euro (Vorjahr: 481,4 Mio. Euro) und
- die Kernverwaltung mit 272,0 Mio. Euro (siehe Abschnitt 3.8, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

4.5 WERTPAPIERE DES UMLAUFVERMÖGENS

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. Euro auf 2,0 Mio. Euro gestiegen.

4.6 KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks haben sich von 2.233,8 Mio. Euro im Vorjahr auf 2.880,0 Mio. Euro erhöht.

KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung ¹⁾	1.292	1.581
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	73	362
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	55	213
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	199	211
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	397	146
GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH	– ²⁾	115
Sonstige	218	252
GESAMT	2.234	2.880

¹⁾ Differenzen zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung sind systemtechnisch bedingt (siehe Abschnitt 4.11 »Verbindlichkeiten«).

²⁾ Im Jahr 2008 erstmals in der Konsolidierung.

Der Bestand der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist aufgrund der Rückzahlung von vier Schuldscheindarlehen zum Ende des Geschäftsjahres (siehe Abschnitt 4.4 »Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände«) gestiegen. Hieraus hat die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH Investitionen von 596,2 Mio. Euro getätigt und eigene Verbindlichkeiten von 229,7 Mio. Euro getilgt.

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR hat vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise zum Ende des Geschäftsjahres eine Liquiditätsreserve angelegt.

Eine gegenläufige Entwicklung zeigt die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR, hier ist der Bankbestand 2008 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der verhältnismäßig hohe Vorjahreswert war u. a. auf den Forderungsausgleich durch den Haushaltszuschuss 2006 der Kernverwaltung zurückzuführen.

4.7 AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen 349,4 Mio. Euro (Vorjahr: 306,4 Mio. Euro).

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	278	321
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	3	4
Hamburger Wasserwerke GmbH	4	3
Sonstige	21	21
GESAMT	306	349

4.8 EIGENKAPITAL

Zum 31.12.2008 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 1.673,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3.772,7 Mio. Euro).

Eigenkapitalspiegel

EIGENKAPITAL	Nettoposition	Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapitalrücklage)	Zweckgebundene Rücklagen	Jahresfehlbetrag	Konzernbilanzverlust	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	Eigenkapital
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Stand 01.01.2008	2.854	1.973	35		-896	-193	3.773
Änderung Konsolidierungskreis		20	0	0	0	3	24
Zu-/Abgänge		-279	12	-1.890	-1.188	18	-1.438
Umbuchungen/Umgliederungen/Verrechnungen		21	-1		1	0	22
Änderungen Vorjahr		-707					-707
Stand 31.12.2008	2.854	1.029	46	-1.890	-2.083	-172	1.673

Nettoposition

Die Nettoposition entspricht mit 2.854,1 Mio. Euro dem Betrag der Kernverwaltung (siehe Abschnitt 3.11, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapitalrücklage)

Die Allgemeine Rücklage hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1.973,0 Mio. Euro um 944,1 Mio. Euro auf 1.028,9 Mio. Euro reduziert. Hauptgrund hierfür ist die im Abschnitt 4.1 beschriebene Korrektur des Ansatzes der HSH Nordbank AG von 706,8 Mio. Euro. Daneben sind bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH Rücklagen von 890,3 Mio. Euro entnommen worden – maßgeblich bedingt durch den Jahresfehlbetrag.

Erhöht haben sich die Rücklagen:

- Um insgesamt 406,2 Mio. Euro für die Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG und die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR bei der Konsolidierung auf Konzernebene. Bei diesen Einheiten sind in der Kernverwaltung Rückstellungen für die ausgewiesenen negativen Eigenkapitalwerte gebildet worden.
- Um 59,6 Mio. Euro bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und um 44,3 Mio. Euro bei der HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR. Hier wurden insbesondere Vorjahresgewinne den Rücklagen zugeführt.
- Um 7,2 Mio. Euro im Zuge der Korrektur einer fehlerhaften Bilanzierung einer Rücklage als Sonderposten bei einer Tochterorganisation (siehe Abschnitt 4.9 »Sonderposten«).

Zweckgebundene Rücklagen

Die Zweckgebundene Rücklage ist bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH um 12,6 Mio. Euro erhöht worden. Im Ergebnis ist sie insgesamt um 10,7 Mio. Euro auf 45,6 Mio. Euro gestiegen.

Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag des Konzerns FHH beträgt 1.889,7 Mio. Euro.

JAHRESERGEBNIS	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	-62	-977
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	82	-785
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	- ¹⁾	-187
Kernverwaltung	-230	-148
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	-166	95
Sonstige	1.135	37
Auf andere Gesellschafter entfallende Gewinne/Verluste	39	75
GESAMT²⁾	798	-1.890

¹⁾ Im Jahr 2008 erstmals in der Konsolidierung.

²⁾ Nach Aufstellung des Konzernabschlusses 2007 hatte sich der Vorjahresabschluss einer Tochterorganisation um -0,1 Mio. Euro verändert.
Dies ist im Jahresergebnis 2008 berücksichtigt.

Das negative Jahresergebnis ist vorrangig zurückzuführen auf die Fehlbeträge der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR, der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG und der Kernverwaltung.

Die Fehlbeträge der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR stammen aus dem jeweiligen Einzelabschluss (HGV 859,8 Mio. Euro und HVF 770,3 Mio. Euro) und sind primär den Abschreibungen auf die Finanzanlagen der HSH Nordbank AG und Dedalus GmbH & Co. KGaA sowie auf Wandelschuldverschreibungen geschuldet.

Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter von -172,2 Mio. Euro (Vorjahr: -193,1 Mio. Euro) hat sich nur leicht verändert. Zurückzuführen ist dies auf die Jahresergebnisse und Dividendenausschüttungen der Tochterorganisationen, an denen die FHH nicht 100% der Anteile hält (insbesondere Flughafen Hamburg GmbH (FHG) und Gesellschaften des HHLA-Konzerns).

Konzernbilanzergebnis

Das Konzernbilanzergebnis ist von –896,1 Mio. Euro um –1.186,8 Mio. Euro auf –2.082,9 Mio. Euro gesunken. Es umfasst das **Jahresergebnis**, den **Verlustvortrag aus Vorjahren**, die **Einstellungen in bzw. Entnahmen aus Rücklagen** und die **anderen Gesellschaftern zustehenden Gewinne** sowie die **auf andere Gesellschafter entfallenden Verluste**.

Der Rückgang des Konzernbilanzergebnisses ist im Vergleich zum **Konzernjahresfehlbetrag** geringer ausgefallen, da in der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH der Fehlbetrag durch Entnahmen aus den Rücklagen ausgeglichen wurde (siehe Abschnitt »Allgemeine Rücklagen«).

4.9 SONDERPOSTEN

Der Gesamtbetrag der Sonderposten ist gegenüber dem Vorjahr leicht von 2.061,0 Mio. Euro auf 1.946,0 Mio. Euro zurückgegangen. Weiterhin bilden die Sonderposten für Investitionszuwendungen den wesentlichen Posten.

SONDERPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Sonderposten für Investitionszuwendungen	1.802	1.692
Sonderposten für Beiträge und Gebühren	230	217
Sonstige Sonderposten	29	37
GESAMT	2.061	1.946

Die **Sonderposten für Investitionszuwendungen** sind mit 1.420,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.542,5 Mio. Euro) überwiegend der Kernverwaltung zuzuordnen. Weitere 217,8 Mio. Euro (Vorjahr: 206,3 Mio. Euro) entfallen auf die HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR.

Die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** werden ausschließlich von der Kernverwaltung gebildet und von dieser bilanziert (siehe Abschnitt 3.12, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Für den Abschluss 2007 wurden von einer Tochterorganisation Sonderposten von 7,2 Mio. Euro gemeldet. Es handelt sich bei diesem Betrag um eine gesellschaftsvertragliche Rücklage. Der Ausweis ist im laufenden Geschäftsjahr korrigiert worden (siehe Abschnitt 4.8 »Eigenkapital«).

4.10 RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt entwickelt:

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2008	Änderung des Konso- lidierungs- kreises	Verbrauch	Umbuchung/ Um- gliederung	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.016	3	81	0	162	525	20.301
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen	59	1	19	1	1	52	93
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtung	17	0	11	0	0	31	37
Steuerrückstellungen	42	1	8	1	1	21	56
Sonstige Rückstellungen	2.908	93	287	-104	265	570	2.914
Sonstige Personalrückstellungen	375	7	65	20	20	75	393
Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen	20	1	20	1	0	21	22
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	99	8	80	0	13	87	100
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	68	1	24	1	9	34	70
Rückstellungen für konzessionsrechtliche Risiken	98	0	1	0	1	13	109
Übrige sonstige Rückstellungen	2.248	76	97	-127	221	341	2.219
GESAMT	22.983	96	386	-103	429	1.147	23.308

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Wesentlichen beziehen sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit 18.334,2 Mio. Euro auf die Kernverwaltung (siehe Abschnitt 3.13, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Ebenfalls hohe Rückstellungsbeträge werden von den Tochterorganisationen »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR (308,9 Mio. Euro), der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (301,9 Mio. Euro) sowie dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) (231,3 Mio. Euro) ausgewiesen. Der verbleibende Betrag von 1.124,7 Mio. Euro entfällt auf die übrigen Tochterorganisationen.

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen sind i. H. v. 30,6 Mio. Euro in der Kernverwaltung (siehe Abschnitt 3.13, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) gebildet worden. Im Abschluss des Vorjahres wurden sie unter den **Sonstigen Rückstellungen** ausgewiesen.

Steuerrückstellungen werden nur von Tochterorganisationen gebildet. Der wesentliche Betrag entfällt auf die Hamburg Port Authority (HPA) mit 17,5 Mio. Euro für Grunderwerb- und Grundsteuer. Zusätzliche Steuerrückstellungen i. H. v. 6,0 Mio. Euro für Körperschaft- und Gewerbesteuer sind von der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) gebildet worden. Sie betragen insgesamt 10,6 Mio. Euro. Auch bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und der HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH sind die Rückstellungen aufgrund von Körperschaft- und Gewerbesteuerpflichtungen um jeweils 3,7 Mio. Euro bzw. 3,0 Mio. Euro aufgestockt worden.

Sonstige Rückstellungen

Der annähernd gleichbleibende Wert der Sonstigen Rückstellungen wird in den folgenden Einzelposten erläutert.

Sonstige Personalrückstellungen

Die Sonstigen Personalrückstellungen setzen sich u. a. zusammen aus:

- Altersteilzeitverpflichtungen,
- Vergütungsnachzahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
- künftigen Jubiläumsszuwendungen.

Wesentliche Anteile entfallen mit 115,5 Mio. Euro auf die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft und mit 114,4 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen

Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen sind ausschließlich von Tochterorganisationen gebildet worden. Mit 6,4 Mio. Euro verzeichnet das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) hier den höchsten Betrag.

Übrige sonstige Rückstellungen

Der wesentliche Teil der Übrigen sonstigen Rückstellungen ist mit 1.680,0 Mio. Euro der Kernverwaltung zuzuordnen. Weitere 191,1 Mio. Euro sind von der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG u. a. für Drohverluste und noch ausstehende Rechnungen gebildet worden.

ÜBRIGE SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	1.860	1.680
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	–*	191
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	43	42
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	39	39
Hamburg Port Authority (HPA)	22	32
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	23	27
Sonstige	261	208
GESAMT	2.248	2.219

* Im Jahr 2008 erstmals in der Konsolidierung.

4.11 VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten haben sich im Jahr 2008 um 605,4 Mio. Euro verringert.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt 01.01.2008 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2008 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	7.343	7.823	815	5.455	1.553
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.425	23.612	3.316	6.605	13.691
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	811	954	835	119	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.766	1.444	1.175	14	255
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	273	319	319		
Sonstige Verbindlichkeiten	1.894	1.758	989	150	619
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	400	396	21	375	
GESAMT	36.912	36.306	7.470	12.718	16.118

Gründe hierfür liegen im Rückgang der Verbindlichkeiten

- bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (planmäßige Tilgung eines Schuldscheindarlehens von 179,0 Mio. Euro) und
- bei der Kernverwaltung (527,7 Mio. Euro).

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung 2008 ist ein im Vergleich zum Vorjahr um 108,3 Mio. Euro höherer Betrag in der Kernverwaltung eliminiert worden. Infolge der Saldenabstimmung sind zudem Umgliederungen zwischen den **Zuwendungen** (96,8 Mio. Euro), **Anlagen im Bau** (74,9 Mio. Euro) und **Verbindlichkeiten** vollzogen worden.

Die Verbindlichkeiten sind mit Ausnahme der mehrjährigen **Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen** mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert worden. Im Abschluss der Kernverwaltung sind mehrjährige Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen mit 4,25 % bzw. dem vertraglich vereinbarten Zinssatz abgezinst worden (siehe Abschnitt 3.14, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Bei den **Sonstigen Verbindlichkeiten** wird auf den Ausweis der **Davon-Vermerke aus Steuern** und **im Rahmen der sozialen Sicherheit** aufgrund der öffentlichen Besonderheiten verzichtet.

4.12 PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Gegenüber dem Vorjahr ist der Gesamtbetrag der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten leicht auf 114,0 Mio. Euro (Vorjahr: 98,2 Mio. Euro) angestiegen.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	35	35
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	21	19
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	–	14
Hamburger Friedhöfe AöR	8	8
Sonstige	34	38
GESAMT	98	114

4.13 HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Gesamtsumme der Haftungsverhältnisse des Konzerns zum 31.12.2008 beträgt 2.427,7 Mio. Euro und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Davon entfallen 1.864,4 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	31.12.2007* in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Bürgschaften	1.818	1.722
<i>davon von der Kernverwaltung für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen</i>	1.244	1.279
<i>davon von der Kernverwaltung für Dritte</i>	373	302
<i>davon von vollkonsolidierten Organisationen</i>	201	141
Garantien	312	306
<i>davon von der Kernverwaltung für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen</i>	33	33
<i>davon von der Kernverwaltung für Dritte</i>	279	273
Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen	360	370
Gewährte Pfandrechte	31	29
Sonstige Haftungsverhältnisse	101	23
Gesamt	2.622	2.450
abzüglich gebildeter Rückstellungen	20	22
GESAMTSUMME HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	2.602	2.428

* Korrigierte Werte.

Insgesamt sind im Einzelabschluss der Kernverwaltung Bürgschaften und Garantien von 7.566,2 Mio. Euro bzw. 1.371,2 Mio. Euro ausgewiesen.

Im Konzernabschluss sind lediglich übernommene Haftungsverhältnisse für außerhalb des Konzerns stehende Organisationen und nicht vollkonsolidierte Tochterorganisationen dargestellt.

Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen, Gewährte Pfandrechte sowie **Sonstige Haftungsverhältnisse** sind ausschließlich den Tochterorganisationen zugerechnet.

Die Angaben über Sonstige finanzielle Verpflichtungen basieren auf Meldungen der Tochterorganisationen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Bestellobligo	643	582
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen bis 1 Jahr	31	59
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen 1 bis 5 Jahre	55	220
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen über 5 Jahre	68	458
Durch die FHH zugesicherte Zuwendungen	1.251	1.202
Unwiderrufliche Kreditzusagen	665	611
Andere finanzielle Verpflichtungen	221	503
GESAMT	2.934	3.635

Die **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen** sind mit den Nominalwerten ausgewiesen.

Die **durch die FHH zugesicherten Zuwendungen** sowie die **Unwiderruflichen Kreditzusagen** beziehen sich auf die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR, die im Namen der FHH im Rahmen verschiedener Förderprogramme Zuwendungen gewährt.

4.14 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Um den Zinsänderungsrisiken der FHH entgegenzuwirken und die Kreditkonditionen zu optimieren, werden derivative Finanzinstrumente am Kapitalmarkt eingesetzt. Derivate werden ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken genutzt. Spekulationsgeschäfte sind grundsätzlich verboten.

Zum 31.12.2008 beläuft sich das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte (Swaps, Swaptions und Caps) auf insgesamt 5.679,7 Mio. Euro. Hiervon entfallen 4.108,0 Mio. Euro auf die Kernverwaltung. Die Derivate werden nicht bilanziert, da es sich um schwebende Geschäfte handelt.

Die Verbindlichkeiten aus derivativ abgesicherten Kreditgeschäften betragen 2.997,9 Mio. Euro. Hiervon entfallen 2.064,8 Mio. Euro auf die Kernverwaltung. Teilweise sind Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in den Kreditvereinbarungen enthalten. Weitere Informationen enthält Abschnitt 3.17 des Anhangs zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung.

5 Erläuterungen zur Konzernergebnisrechnung

5.1 ERTRÄGE

Ausgewiesen in der Konzernergebnisrechnung werden **Steuererträge und steuerähnliche Erträge** der FHH von 9.274,5 Mio. Euro (Vorjahr: 8.474,1 Mio. Euro). Bei einem staatlichen Konzernabschluss besteht im Vergleich zu einem privaten Konzern die Besonderheit, dass nicht nur Steueraufwendungen geleistet, sondern auch Steuererträge erzielt werden. Einige der Steuern, die von einbezogenen Tochterorganisationen zu zahlen sind, fließen direkt oder anteilig über Umlagen an die Konzernmutter.

Aus Sicht des Konzerns handelt es sich hierbei zwar prinzipiell um Aufwendungen bzw. Erträge, die nicht realisiert sind und daher grundsätzlich zu eliminieren wären; aufgrund des hoheitlichen Charakters der Steuererhebung wird im Konzernabschluss in Modifizierung der Einheitstheorie aber der Bruttoausweis festgelegt. Erträge aus der Stellung als Steuergläubiger werden daher auch im Konzernabschluss gezeigt und nicht mit den Steueraufwendungen saldiert.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind von 811,8 Mio. Euro um 171,1 Mio. Euro auf 640,7 Mio. Euro gesunken. Erträge aus Transferleistungen werden ausschließlich von der Kernverwaltung (siehe Abschnitt 4.1, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung) realisiert. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Zuweisungen vom öffentlichen Bereich.

Die **Umsatzerlöse** sind um 371,3 Mio. Euro auf 3.683,0 Mio. Euro gestiegen. Den Umsatzerlösen liegen aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsfelder der Tochterorganisationen unterschiedliche Sachverhalte zugrunde. So werden im Konzernverbund u. a. Mieterträge, abgerechnete Leistungen für Containerumschlag, Erlöse aus Personenbeförderung und Abfallgebühren realisiert. Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse verteilt sich auf die Tochterorganisationen wie folgt:

UMSATZERLÖSE	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	531	538
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	272	278
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	254	264
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	260	259
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR *	2 (208)	7 (215)
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	196	210
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	205	210
Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	172	169
Hamburger Wasserwerke GmbH	158	156
Hamburg Port Authority (HPA)*	47 (93)	53 (106)
Sonstige	1.215	1.486
GESAMT	3.312	3.683

Ohne Umsatzerlöse der Tochterorganisationen der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (siehe Konzernabschluss 2008 der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)).

* Klammerangaben inkl. umsatzähnlicher Erträge.

Die **Gebühren und ähnlichen Erträge** sind um 27,1 Mio. Euro auf 933,1 Mio. Euro gesunken.

Die **Erträge aus Mieten und Pachten** belaufen sich im Geschäftsjahr auf 133,3 Mio. Euro. Davon entfallen

- 49,4 Mio. Euro auf die Hamburg Port Authority (HPA),
- 40,5 Mio. Euro auf die Flughafen Hamburg GmbH (FHG) und
- 24,9 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

Starke Rückgänge sind im Vergleich zum Vorjahr im Bereich der **Sonstigen Erträge** zu verzeichnen.

SONSTIGE ERTRÄGE NACH POSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Erträge aus Anlagenabgängen	1.098	168
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.818	429
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	194	192
Erträge aus der Schuldenkonsolidierung	22	0
Erträge aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung	6	77
Erträge aus Voll- oder Teilabgang aus dem Konsolidierungskreis	17	0
Übrige sonstige Erträge	930	652
GESAMT	5.085	1.518

Die hohen Sonstigen Erträge des Vorjahres waren auf **Erträge aus Anlagenabgängen** in Verbindung mit dem Teilbörsengang der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) sowie auf die Auflösung von **Rückstellungen** – überwiegend im Bereich der Kernverwaltung – zurückzuführen.

Die **Übrigen sonstigen Erträge** beinhalten u. a. 220,5 Mio. Euro (Vorjahr: 290,8 Mio. Euro) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) sowie 280,7 Mio. Euro (Vorjahr: 441,8 Mio. Euro) aus der Kernverwaltung.

5.2 AUFWENDUNGEN

Die **Materialaufwendungen** setzen sich aus Aufwendungen

- für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren i. H. v. 423,3 Mio. Euro (Vorjahr: 424,4 Mio. Euro) sowie
- für bezogene Leistungen i. H. v. 1.414,8 Mio. Euro (Vorjahr: 782,6 Mio. Euro)

zusammen.

Die Materialaufwendungen verteilen sich auf die Tochterorganisationen wie folgt:

MATERIALAUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	–*	285
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	163	170
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	143	144
Hamburg Port Authority (HPA)	96	129
Kernverwaltung	79	86
Sonstige	726	1.024
GESAMT	1.207	1.838

* Die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg meldete im Jahr 2007 den hier auszuweisenden Betrag von 268,4 Mio. Euro unter Aufwendungen aus Mieten und Pachten.

Die gestiegenen Materialaufwendungen der Hamburg Port Authority (HPA) sind u. a. auf den Rückbau der Roßhöftspitze sowie die Unterhaltung eines Sedimentfanges vor Wedel zurückzuführen.

Die **Personalaufwendungen** betragen insgesamt 5.552,1 Mio. Euro (Vorjahr: 6.086,1 Mio. Euro). Hiervon entfallen

- 3.402,1 Mio. Euro auf Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge,
- 2.150,0 Mio. Euro auf Sozial- und Versorgungsaufwendungen, davon 541,0 Mio. Euro auf die Altersvorsorge.

Der überwiegende Anteil der Personalaufwendungen entfällt mit 3.731,6 Mio. Euro (Vorjahr: 4.242,4 Mio. Euro) auf die Kernverwaltung.

PERSONALAUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	4.242	3.732
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	309	291
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	185	182
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	132	140
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	133	130
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	223	121
Sonstige	862	956
GESAMT	6.086	5.552

Die Personalaufwendungen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) sind gesunken. Aufgrund zusätzlicher Versorgungslasten i. H. v. 33,0 Mio. Euro fielen die Personalaufwendungen des Vorjahres höher aus. Werden die Personalaufwendungen zum 31.12.2007 um diesen Wert bereinigt, ergibt sich ein Anstieg des tatsächlichen Personalaufwands um 15,4 Mio. Euro. Die Erhöhung steht im Zusammenhang mit Tarifsteigerungen und dem Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Vollzeitkräfte um 3,2%.

Die Personalaufwendungen der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) sind um 102,5 Mio. Euro gesunken. Zurückzuführen ist dies auf

- außerordentlich hohe Personalaufwendungen im Vorjahr, die zum Teil höheren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen von 85,5 Mio. Euro geschuldet waren, und
- rückläufige betrieblich veranlasste Personalaufwendungen im Jahr 2008 von 17,0 Mio. Euro.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** verteilen sich auf die Kernverwaltung und Tochterorganisationen wie folgt:

ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	678	708
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	94	87
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	66	69
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	54	59
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	–*	47
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	36	41
Sonstige	346	339
GESAMT	1.274	1.350

* Im Jahr 2008 erstmals in der Konsolidierung.

Der Gesamtbetrag der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen von 1.350,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.274,1 Mio. Euro) setzt sich zusammen aus:

- Abschreibungen auf das **Sachanlagevermögen** i. H. v. 877,8 Mio. Euro (Vorjahr: 816,7 Mio. Euro),
- Abschreibungen auf **Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände** und **Geleistete Investitionszuwendungen** i. H. v. 298,0 Mio. Euro (Vorjahr: 293,1 Mio. Euro) sowie
- Abschreibungen auf **Geschäfts- oder Firmenwerte** i. H. v. 174,4 Mio. Euro.

Der überwiegende Teil des Abschreibungsvolumens ist mit 708,0 Mio. Euro (Vorjahr: 678,0 Mio. Euro) der Kernverwaltung zuzuordnen (siehe Abschnitt 4.2, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Hiervon sind 580,9 Mio. Euro (Vorjahr: 564,4 Mio. Euro) direkt in den Konzernabschluss übernommen worden, weitere 127,1 Mio. Euro (Vorjahr: 113,6 Mio. Euro) ergaben sich aus Konzernbuchungen.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen sind im Konzernverbund im Umfang von 68,6 Mio. Euro vollzogen worden. Die aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften 2008 vorgenommenen Abschreibungen auf Sachanlagen betragen 8,7 Mio. Euro.

Die **Aufwendungen aus Mieten und Pachten** betragen 355,3 Mio. Euro (Vorjahr: 698,7 Mio. Euro). Ursächlich für die rückläufige Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr ist der geänderte Ausweis von Aufwendungen aus Mieten und Pachten bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg, die nunmehr als Materialaufwendungen erfasst sind (Vorjahr: 268,4 Mio. Euro). Die Kernverwaltung weist Aufwendungen aus Mieten und Pachten von 287,9 Mio. Euro (Vorjahr: 364,9 Mio. Euro) aus. Der größte Wert auf Seiten der Tochterorganisationen entfällt mit 17,5 Mio. Euro (Vorjahr: 11,0 Mio. Euro) auf die Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC). Dieser enthält Leasingkosten, die im Zusammenhang mit dem Bau der Neuen Messe stehen.

Die **Sonstigen Aufwendungen** sind im Vergleich zum Vorjahr von 3.684,2 Mio. Euro auf 2.398,1 Mio. Euro gesunken. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf den Rückgang der **Übrigen sonstigen Aufwendungen**.

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Aufwendungen aus Anlagenabgang	202	155
Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	422	474
Aufwendungen aus Zuführungen zu Sonderposten	21	3
Übrige sonstige Aufwendungen	3.039	1.766
GESAMT	3.684	2.398

Die **Aufwendungen aus Anlagenabgängen** i. H. v. 154,9 Mio. Euro sind mit 124,7 Mio. Euro im Wesentlichen der Kernverwaltung zuzuordnen. Weitere 13,6 Mio. Euro sind bei der HHLA Rosshafen Terminal GmbH aus dem Kauf und Verkauf von Geschäftsanteilen der BULCOTRANS Lagerei- und Umschlagsgesellschaft mbH und Eichholtz & Cons. GmbH entstanden.

Von den **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** entfällt mit 440,5 Mio. Euro (Vorjahr: 406,2 Mio. Euro) der wesentliche Teil auf die Kernverwaltung.

ÜBRIGE SONSTIGE AUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	2.029	916
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	235	160
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	173	204
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	– *	87
Sonstige	602	399
GESAMT	3.039	1.766

* Im Jahr 2008 erstmals in der Konsolidierung.

Die **Übrigen sonstigen Aufwendungen** sind in der Kernverwaltung erheblich gesunken (siehe Abschnitt 4.2, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Ebenfalls rückläufig sind die Übrigen sonstigen Aufwendungen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE), da u. a. die Aufwendungen aus Zuführungen zu Sonderposten geringer ausgefallen sind.

5.3 ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit ist mit 985,9 Mio. Euro positiv (Vorjahr: 2.028,1 Mio. Euro).

5.4 FINANZERGEBNIS

Das Finanzergebnis beträgt –2.771,7 Mio. Euro (Vorjahr: –1.147,1 Mio. Euro).

Das **Ergebnis aus Beteiligungen** von –781,8 Mio. Euro (Vorjahr: 295,0 Mio. Euro) setzt sich zusammen aus:

ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Erträge aus Beteiligungen an verbundenen, aber nicht konsolidierten Organisationen	45	54
Ergebnis der assoziierten Organisationen	227	–858
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	26	23
Erträge aus übrigen Beteiligungen	4	7
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	7	8
GESAMT	295	–782

Gegliedert nach Organisationen ist das Ergebnis aus Beteiligungen wie folgt:

ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	120	–402
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	98	–447
Kernverwaltung	38	34
Sonstige	39	33
GESAMT	295	–782

Die Veränderungen der Ergebnisse sind maßgeblich auf das Ergebnis der HSH Nordbank AG zurückzuführen, an der die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR direkt beteiligt sind.

Die **Zinsen und ähnlichen Erträge** betragen 234,3 Mio. Euro. Davon entfallen 132,0 Mio. Euro auf die Kernverwaltung (siehe Abschnitt 4.4, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Gegenüber dem Einzelabschluss sind die Zinsen und ähnlichen Erträge im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen um 8,2 Mio. Euro bereinigt worden. Der Posten enthält keine Zinserträge der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt AöR. Diese werden bei den **Umsatzerlösen** ausgewiesen.

ZINSERTRÄGE	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	90	132
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	26	50
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	17	23
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	3	8
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	10	5
Sonstige	20	16
GESAMT	166	234

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** sind von 289,3 Mio. Euro auf 869,7 Mio. Euro gestiegen. Sie sind überwiegend durch die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH mit 516,2 Mio. Euro und die »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR mit 339,3 Mio. Euro verursacht.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** betragen 1.357,8 Mio. Euro. Die im Jahresabschluss für die Kernverwaltung (siehe Abschnitt 4.4, Anhang Jahresabschluss für die Kernverwaltung) ausgewiesenen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 1.050,0 Mio. Euro sind konsolidierungsbedingt um 15,6 Mio. Euro bereinigt worden.

ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Kernverwaltung	965	1.034
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	91	79
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	73	72
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	46	38
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	6	1
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	10	8
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	38	35
Sonstige	95	91
GESAMT	1.324	1.358

5.5 ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist mit – 1.785,7 Mio. Euro negativ (Vorjahr: + 881,0 Mio. Euro).

5.6 AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Das Außerordentliche Ergebnis von 17,1 Mio. Euro resultiert aus **Außerordentlichen Erträgen** i.H.v. 23,5 Mio. Euro und **Außerordentlichen Aufwendungen** i.H.v. 6,4 Mio. Euro.

5.7 STEUERN

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** von 104,5 Mio. Euro und die **Sonstigen Steuern** von 16,5 Mio. Euro (Gesamt-
volumen 121,0 Mio. Euro) verteilen sich hauptsächlich auf die Steuerlasten der folgenden Tochterorganisationen:

STEUERAUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	43	44
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	28	38
Hamburg Port Authority (HPA)	10	7
Sonstige	32	32
GESAMT	113	121

5.8 JAHRESERGEBNIS

Das Jahresergebnis ist mit – 1.889,7 Mio. Euro negativ (Vorjahr: + 797,5 Mio. Euro).

5.9 KONZERNBILANZERGEBNIS

Der Konzernverbund der FHH schließt seine Ergebnisrechnung 2008 mit einem Konzernbilanzverlust von 2.082,9 Mio. Euro ab (Vorjahr: 896,1 Mio. Euro). Der Wert ergibt sich im Saldo aus:

- dem Jahresfehlbetrag von 1.889,7 Mio. Euro,
- dem Verlustvortrag aus den Vorjahren von 896,1 Mio. Euro,
- den Entnahmen aus den Rücklagen von 777,9 Mio. Euro und
- den anderen Gesellschaftern zustehenden Gewinnen oder Verlusten von 75,0 Mio. Euro.

6 Sonstige Angaben

6.1 BESCHÄFTIGTE

Die Anzahl der im Konzern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrug zum Bilanzstichtag und im Jahresdurchschnitt:

BESCHÄFTIGTE	Bilanzstichtag 31.12.2008	Jahresdurchschnitt 2008
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	54.259	53.732
Beamte	35.259	35.223
Zwischensumme	89.518	88.955
Auszubildende	3.590	3.353
GESAMT	93.108	92.308

6.2 ANGABEN DES EINFLUSSES STEUERLICHER VORSCHRIFTEN AUF DAS KONZERNJAHRESERGEBNIS

Für das Geschäftsjahr 2008 wurden **Steuerrechtliche Abschreibungen** von 8,7 Mio. Euro sowie **Sonderposten mit Rücklageanteil** von 1,1 Mio. Euro von Tochterorganisationen gemeldet. Die sich daraus für die FHH ergebenden zukünftigen Belastungen können aus Wesentlichkeitsgründen vernachlässigt werden.

6.3 CORPORATE GOVERNANCE

Als einzige börsennotierte Tochterorganisation hat die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zur Anwendung der Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« abgegeben und auf ihrer Internetseite (www.HHLA.de) veröffentlicht.

6.4 SENAT/BÜRGERSCHAFT

Siehe Abschnitte 5.1 und 5.2 im Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung.

6.5 ANGABEN ZU ORGANBEZÜGEN, ORGANKREDITEN UND ANDEREN RECHTSVERHÄLTNISSEN

In Bezug auf die Angaben zu Organbezügen, Organkrediten und anderen Rechtsverhältnissen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung sowie auf die Einzelabschlüsse der Tochterorganisationen verwiesen.

Jahresabschluss für die Kernverwaltung

2000

92 Bilanz

96 Ergebnisrechnung

98 Anlagenspiegel

104 Anhang zum Jahresabschluss

104 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

106 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

111 Erläuterungen zur Bilanz

130 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

139 Sonstige Pflichtangaben

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.



Bilanz

zum 31. Dezember 2008

AKTIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN		45.831.929	43.844.002
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(3.3)	3.327.610	3.832.686
1. Geleistete Investitionszuwendungen	(3.3)	2.960.931	3.003.776
2. Lizenzen, DV-Software		22.742	16.414
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		1.903	2.729
4. Geleistete Anzahlungen	(3.3)	342.034	809.767
II. Sachanlagen	(3.4)	32.150.171	31.948.084
1. Grundstücke für eigene Zwecke	(3.4)	7.703.644	7.631.045
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen		3.529.697	3.505.352
b) Innere Sicherheit		357.856	349.928
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen		473.669	454.988
d) Sonstige Verwaltung		3.342.422	3.320.777
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens		11.638.096	11.667.787
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze		6.738.624	6.743.282
b) Hafenumflächen und Gewässerschutzflächen		333.982	330.422
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft		4.553.498	4.566.781
d) Wasserflächen		11.992	27.302
3. Bauten für eigene Zwecke	(3.4)	4.288.225	4.207.278
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	(3.4)	3.344.826	3.311.092
b) Innere Sicherheit		278.031	260.351
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen		131.554	121.552
d) Sonstige Verwaltung		533.814	514.283
4. Bauten des Infrastrukturvermögens		3.721.915	3.598.343
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Schienenwege		2.060.258	1.978.195
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten		1.003.208	983.903
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft		658.449	636.245
5. Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung		260.917	285.532
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		224.991	215.436
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen		3.312.063	3.316.280
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	(3.4)	1.000.320	1.026.383

AKTIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
III. Finanzanlagen	(3.5)	10.354.148	8.063.232
1. Anteile an verbundenen Organisationen	(3.5)	9.806.939	7.552.944
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	(3.5)	26.593	37.126
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	(3.5)	110.979	113.691
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	(3.5)	259.199	259.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	(3.5)	2.956.715	2.386.098
e) Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	(3.5)	6.453.453	4.756.830
2. Beteiligungen	(3.5)	69.276	36.915
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	(3.5)	256.769	310.698
4. Ausleihungen	(3.5)	221.164	162.675
B. UMLAUFVERMÖGEN		3.533.777	3.466.435
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	(3.6)	150.790	130.168
II. Vorräte	(3.7)	4.829	6.555
III. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	(3.8)	2.051.431	1.744.816
1. Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	(3.8)	613.857	622.992
2. Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(3.8)	401.606	300.118
3. Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	(3.8)	542.814	549.563
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(3.8)	493.154	272.143
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(3.9)	1.326.727	1.584.896
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(3.10)	277.839	320.975
BILANZSUMME		49.643.545	47.631.412

Bilanz

zum 31. Dezember 2008

PASSIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	(3.11)	2.389.501	57.707
I. Nettoposition	(3.11)	2.854.076	2.854.076
II. Ergebnisvortrag	(3.11)	-566.760	-464.575
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	(3.11)	102.185	-2.331.794
B. SONDERPOSTEN	(3.12)	1.773.656	1.639.356
I. Sonderposten für Investitionszuwendungen	(3.12)	1.542.514	1.420.376
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	(3.12)	229.836	216.916
III. Sonstige Sonderposten	(3.12)	1.306	2.064
C. RÜCKSTELLUNGEN	(3.13)	20.151.224	20.729.488
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(3.13)	18.067.170	18.334.157
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	(3.13)	10.896	30.590
III. Sonstige Rückstellungen	(3.13)	2.073.158	2.364.741

PASSIVA	Anhang	31.12.2007 in Tsd. Euro	31.12.2008 in Tsd. Euro
D. VERBINDLICHKEITEN	(3.14)	25.325.464	25.200.337
I. Anleihen und Obligationen	(3.14)	7.342.529	7.898.664
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(3.14)	14.312.601	13.724.373
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	(3.14)	499.626	504.072
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	(3.14)	1.085.987	908.961
a) Öffentlicher Bereich	(3.14)	866.449	785.294
<i>davon aus Länderfinanzausgleich</i>		<i>88.204</i>	<i>27.202</i>
b) Privatrechtlicher Bereich	(3.14)	219.538	123.667
<i>davon Rückzahlung von Steuern und Abgaben</i>		<i>188.123</i>	<i>82.266</i>
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(3.14)	1.120.128	1.170.273
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	(3.14)	964.593	993.994
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(3.15)	3.700	4.524
BILANZSUMME		49.643.545	47.631.412

Ergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

	Anhang	2007 in Tsd. Euro	2008 in Tsd. Euro
1. Erträge aus Verwaltungstätigkeit	(4.1)	9.347.067	10.159.122
a) Steuererträge und steuerähnliche Erträge	(4.1)	8.474.139	9.274.774
<i>davon aus Gemeinschaftsteuern</i>	(4.1)	4.758.191	5.070.852
<i>davon aus Landessteuern</i>	(4.1)	830.532	934.811
<i>davon aus Gemeindesteuern</i>	(4.1)	2.799.457	3.232.576
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>	(4.1)	85.959	36.535
b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz	(4.1)	698.810	688.148
c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	(4.1)	55.982	50.584
d) Privatrechtliche Entgelte	(4.1)	118.136	145.616
2. Erträge aus Transferleistungen	(4.1)	812.433	640.670
<i>davon soziale Transferleistungen</i>	(4.1)	281.296	285.231
3. Sonstige Erträge *	(4.1)	3.421.957	894.368
4. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	(4.2)	1.064.516	1.127.645
a) Aufwendungen für Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung Grundstücke	(4.2)	438.853	434.877
b) Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Unterhaltung Infrastrukturvermögen	(4.2)	93.943	128.587
c) Aufwendungen für Verwaltungsbedarf	(4.2)	398.616	431.196
d) Aufwendungen für Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen	(4.2)	83.655	89.129
e) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel	(4.2)	49.449	43.856
5. Personalaufwendungen	(4.2)	4.242.398	3.740.398
a) Löhne und Gehälter	(4.2)	587.974	608.432
b) Beamtenbezüge	(4.2)	1.385.552	1.406.076
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(4.2)	2.268.872	1.725.890
<i>davon Zuführungen zu Pensionsrückstellungen</i>	(4.2)	907.400	335.251
6. Aufwendungen für Transferleistungen	(4.2)	4.259.409	4.017.046
a) an Dritte (ohne öffentlichen Bereich)	(4.2)	2.553.169	2.623.670
b) an Tochterorganisationen	(4.2)	1.024.336	764.474
c) an den sonstigen öffentlichen Bereich	(4.2)	681.904	628.902
7. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	(4.2)	367.249	381.197
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(4.2)	564.429	580.932
<i>davon Gebäude</i>	(4.2)	109.538	116.070
<i>davon Infrastrukturvermögen</i>	(4.2)	137.489	130.217
9. Sonstige Aufwendungen	(4.2)	2.152.177	982.629

* Inkl. kamerale Überleitung (2007: 11.789 Tsd. Euro; 2008: 338 Tsd. Euro).

	Anhang	2007 in Tsd. Euro	2008 in Tsd. Euro
10. VERWALTUNGSERGEBNIS	(4.3)	931.279	864.313
11. Erträge aus Beteiligungen	(4.4)	38.292	65.585
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	(4.4)	16.027	1
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>		<i>16.027</i>	<i>1</i>
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(4.4)	104.371	140.233
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>		<i>0</i>	<i>9.166</i>
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	(4.4)	0	2.351.955
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(4.4)	987.784	1.049.971
<i>davon an verbundene Organisationen</i>		<i>16.240</i>	<i>23.694</i>
16. FINANZERGEBNIS	(4.4)	-829.094	-3.196.107
17. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	(4.5)	102.185	-2.331.794
18. JAHRESÜBERSCHUSS / JAHRESFEHLBETRAG	(4.5)	102.185	-2.331.794

Anlagenpiegel

zum 31. Dezember 2008

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN

	Stand ¹⁾ 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang ²⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Geleistete Investitionszuwendungen	6.963.883	202.587	-10.284	114.950	7.271.137
2. Lizenzen, DV-Software	117.945	8.338	-131	463	126.615
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	1.903	46	-	785	2.734
4. Geleistete Anzahlungen	342.037	508.623	-185.326	144.434	809.769
	7.425.769	719.595	-195.741	260.632	8.210.255
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke für eigene Zwecke					
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	3.611.405	608.184	-615.139	-17.556	3.586.895
<i>davon Hochschulen</i>	606.333	5.075	-5.972	-	605.436
<i>davon Schulen</i>	1.997.554	7.406	-11.967	809	1.993.802
<i>davon Sportanlagen</i>	802.652	595.123	-595.098	-20.239	782.437
<i>davon kulturelle Einrichtungen</i>	204.867	580	-2.102	1.875	205.219
b) Innere Sicherheit	377.570	-	-14.251	-433	362.885
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	502.198	7.048	-36.339	10.611	483.518
<i>davon Sozialeinrichtungen</i>	427.696	6.612	-30.571	10.610	414.347
<i>davon Gesundheitseinrichtungen</i>	73.043	-	-5.333	1	67.711
<i>davon Jugendeinrichtungen</i>	1.459	435	-435	-	1.459
d) Sonstige Verwaltung	3.580.168	176.222	-226.810	26.990	3.556.569
	8.071.341	791.453	-892.539	19.612	7.989.867
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens					
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze	7.109.928	41.376	-45.791	8.429	7.113.943
<i>davon Straßen, Wege, Plätze</i>	6.337.811	15.519	-19.947	8.266	6.341.649
<i>davon Schienenwege</i>	152.383	928	-914	100	152.496
<i>davon Flugplätze</i>	619.735	24.929	-24.930	64	619.798
b) Hafенflächen und Gewässerschutzflächen	366.790	5.307	-6.428	-3.943	361.726
<i>davon Hafенflächen</i>	22.601	5.078	-6.377	-217	21.085
<i>davon Gewässerschutzflächen</i>	344.189	229	-52	-3.725	340.642
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	4.684.878	40.582	-47.079	20.620	4.699.002
<i>davon Parks, Spielplätze, Grünanlagen</i>	4.048.946	38.959	-43.818	16.371	4.060.458
<i>davon Land- und Forstwirtschaft</i>	635.932	1.623	-3.261	4.249	638.544
d) Wasserflächen	12.112	13.046	-1.231	3.509	27.436
	12.173.709	100.311	-100.529	28.616	12.202.107

¹⁾ Einschließlich der Umgliederungen ins Umlaufvermögen i. H. v. 151.306 Tsd. Euro.

²⁾ Die Spalte Anschaffungs- und Herstellungskosten Zugang enthält

- 2.751.316 Tsd. Euro Zugänge lfd. Jahr und
- 195.274 Tsd. Euro Nachaktivierungen.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN				RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang ³⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro	Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
-4.002.952	-264.815	405	-4.267.361	2.960.931	3.003.776
-95.204	-15.002	4	-110.201	22.742	16.414
-	-5	-	-5	1.903	2.729
-4	2	-	-1	342.034	809.767
-4.098.159	-279.819	410	-4.377.569	3.327.610	3.832.686
-81.709	-14	180	-81.543	3.529.697	3.505.352
-12.563	-	180	-12.383	593.770	593.053
-26.774	-	-	-26.774	1.970.780	1.967.028
-41.011	-2	-	-41.013	761.641	741.424
-1.361	-12	-	-1.373	203.506	203.846
-19.714	-	6.757	-12.958	357.856	349.928
-28.528	-2	-	-28.530	473.669	454.988
-11.915	-2	-	-11.916	415.781	402.431
-16.614	-	-	-16.614	56.430	51.098
-	-	-	-	1.459	1.459
-237.746	-18.093	20.047	-235.792	3.342.422	3.320.777
-367.697	-18.109	26.984	-358.822	7.703.644	7.631.045
-371.304	-93	736	-370.661	6.738.624	6.743.282
-173.147	-21	736	-172.433	6.164.663	6.169.216
-8.109	-7	-	-8.116	144.274	144.380
-190.048	-64	-	-190.112	429.687	429.686
-32.808	1.060	444	-31.305	333.982	330.422
-1.518	-265	444	-1.338	21.083	19.746
-31.290	1.324	-	-29.966	312.899	310.675
-131.381	-925	85	-132.221	4.553.498	4.566.781
-124.646	-613	85	-125.174	3.924.300	3.935.284
-6.735	-312	-	-7.047	629.197	631.497
-120	-14	-	-135	11.992	27.302
-535.613	28	1.264	-534.321	11.638.096	11.667.787

³⁾ Die Spalte Abschreibungen/Wertberichtigungen Zugang enthält

- -580.932 Tsd. Euro Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen,
- -2.351.955 Tsd. Euro Abschreibungen auf Finanzanlagen und
- -38.740 Tsd. Euro Abschreibungen auf Nachaktivierungen.

Anlagenpiegel (Fs.)

zum 31. Dezember 2008

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				
	Stand¹⁾ 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang²⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
3. Bauten für eigene Zwecke					
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	6.401.976	133.427	-145.887	55.400	6.444.917
<i>davon Hochschulen</i>	1.470.292	22.446	-22.992	-	1.469.746
<i>davon Schulen</i>	3.849.607	9.880	-20.283	37.918	3.877.122
<i>davon Sportanlagen</i>	751.535	98.721	-96.096	6.936	761.096
<i>davon kulturelle Einrichtungen</i>	330.542	2.380	-6.516	10.547	336.952
b) Innere Sicherheit	447.715	1.310	-32.352	-	416.673
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	302.689	4.043	-16.187	-6.932	283.613
<i>davon Sozialeinrichtungen</i>	89.050	2.890	-3.379	-7.947	80.616
<i>davon Gesundheitseinrichtungen</i>	37.901	-	-11.663	-	26.238
<i>davon Jugendeinrichtungen</i>	175.738	1.153	-1.146	1.015	176.759
d) Sonstige Verwaltung	1.323.583	5.686	-19.247	109	1.310.131
	8.475.963	144.467	-213.674	48.578	8.455.334
4. Bauten des Infrastrukturvermögens					
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel	4.937.109	4.158	-8.200	6.025	4.939.093
<i>davon Straßen, Wege, Plätze</i>	3.870.966	4.108	-8.200	5.775	3.872.649
<i>davon Brücken, Tunnel</i>	1.066.143	50	-	251	1.066.444
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten	2.966.564	45	-	720	2.967.328
<i>davon Hafenanlagen</i>	5.329	18	-	-	5.346
<i>davon Gewässerschutzbauten</i>	2.961.235	27	-	720	2.961.982
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	1.169.308	47.248	-60.778	2.410	1.158.187
<i>davon Parks, Grünflächen</i>	1.155.312	47.240	-59.103	2.410	1.145.859
<i>davon Land- und Forstwirtschaft</i>	13.996	8	-1.676	-	12.328
	9.072.981	51.451	-68.978	9.155	9.064.608

¹⁾ Einschließlich der Umgliederungen ins Umlaufvermögen i. H. v. 151.306 Tsd. Euro.

²⁾ Die Spalte Anschaffungs- und Herstellungskosten Zugang enthält

- 2.751.316 Tsd. Euro Zugänge lfd. Jahr und
- 195.274 Tsd. Euro Nachaktivierungen.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN				RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang ³⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro	Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
-3.057.150	-94.352	17.676	-3.133.825	3.344.826	3.311.092
-661.050	-18.617	522	-679.145	809.242	790.601
-1.863.577	-49.180	12.842	-1.899.915	1.986.030	1.977.207
-370.060	-15.224	1.042	-384.242	381.476	376.854
-162.462	-11.331	3.270	-170.523	168.079	166.429
-169.685	-5.285	18.648	-156.321	278.031	260.351
-171.136	365	8.709	-162.061	131.553	121.552
-52.051	3.077	1.018	-47.955	37.000	32.661
-24.873	-365	7.691	-17.547	13.028	8.691
-94.213	-2.347	-	-96.559	81.525	80.200
-789.769	-17.546	11.466	-795.848	533.814	514.283
-4.187.738	-116.817	56.499	-4.248.056	4.288.225	4.207.278
-2.876.852	-91.378	7.331	-2.960.898	2.060.258	1.978.195
-2.368.798	-79.042	7.331	-2.440.509	1.502.168	1.432.140
-508.054	-12.335	-	-520.389	558.090	546.055
-1.963.355	-20.069	-	-1.983.425	1.003.208	983.903
-3.618	-80	-	-3.698	1.710	1.648
-1.959.737	-19.989	-	-1.979.726	1.001.498	982.255
-510.859	-45.862	34.778	-521.943	658.449	636.245
-502.339	-45.674	33.663	-514.349	652.973	631.510
-8.520	-188	1.114	-7.593	5.476	4.735
-5.351.066	-157.309	42.109	-5.466.265	3.721.915	3.598.343

³⁾ Die Spalte Abschreibungen/Wertberichtigungen Zugang enthält

- -580.932 Tsd. Euro Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen,
- -2.351.955 Tsd. Euro Abschreibungen auf Finanzanlagen und
- -38.740 Tsd. Euro Abschreibungen auf Nachaktivierungen.

Anlagenspiegel (Fs.)

zum 31. Dezember 2008

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
	Stand ¹⁾ 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang ²⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	
5. Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung	270.512	260.138	-236.176	46	294.520
<i>davon Verkehrslenkung</i>	139.474	259.940	-233.958	122.500	287.956
<i>davon Ver- und Entsorgung</i>	131.038	198	-2.218	-122.455	6.563
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	872.610	59.428	-45.869	1.077	887.246
<i>davon Fahrzeuge</i>	170.674	11.162	-2.592	137	179.382
<i>davon Information und Kommunikationsausstattung</i>	138.637	13.672	-11.934	4.803	145.178
<i>davon Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	563.299	34.594	-31.344	-3.862	562.686
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.312.139	4.293	-68	14	3.316.378
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.000.322	449.906	-76.737	-347.106	1.026.385
	43.249.577	1.861.448	-1.634.570	-240.009	43.236.445
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Organisationen	9.806.939	298.473	-243.012	42.498	9.904.899
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	26.593	10.533	-	-	37.126
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	110.979	31.859	-26.935	-	115.903
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259.199	-	-	-	259.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	2.956.716	12.174	-43	-191	2.968.656
e) Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	6.453.453	243.907	-216.034	42.689	6.524.015
2. Beteiligungen	69.276	10.210	-61	-42.509	36.915
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	256.769	53.929	-	-	310.698
4. Ausleihungen	221.164	2.936	-61.436	11	162.675
	10.354.148	365.548	-304.509	-	10.415.187
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	61.029.494	2.946.590	-2.134.820	20.623	61.861.887

¹⁾ Einschließlich der Umgliederungen ins Umlaufvermögen i. H. v. 151.306 Tsd. Euro.

²⁾ Die Spalte Anschaffungs- und Herstellungskosten Zugang enthält

- 2.751.316 Tsd. Euro Zugänge lfd. Jahr und
- 195.274 Tsd. Euro Nachaktivierungen.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN				RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Zugang ³⁾ in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro	Stand 01.01.2008 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2008 in Tsd. Euro
-9.594	-1.236	1.843	-8.987	260.917	285.532
-5.870	-978	-	-6.847	133.604	281.109
-3.725	-258	1.843	-2.140	127.313	4.423
-647.619	-46.388	22.198	-671.810	224.991	215.436
-101.480	-12.239	1.819	-111.900	69.194	67.481
-102.814	-16.487	5.159	-114.142	35.823	31.036
-443.325	-17.662	15.220	-445.767	119.974	116.919
-76	-22	-	-98	3.312.063	3.316.280
-2	-	-	-2	1.000.320	1.026.383
-11.099.405	-339.853	150.897	-11.288.361	32.150.171	31.948.084
-	-2.351.955	-	-2.351.955	9.806.939	7.552.944
-	-	-	-	26.593	37.126
-	-2.212	-	-2.212	110.979	113.691
-	-	-	-	259.199	259.199
-	-582.558	-	-582.558	2.956.715	2.386.098
-	-1.767.184	-	-1.767.184	6.453.453	4.756.830
-	-	-	-	69.276	36.915
-	-	-	-	256.769	310.698
-	-	-	-	221.164	162.675
-	-2.351.955	-	-2.351.955	10.354.148	8.063.232
-15.197.565	-2.971.627	151.306	-18.017.885	45.831.929	43.844.002

³⁾ Die Spalte Abschreibungen/Wertberichtigungen Zugang enthält

- -580.932 Tsd. Euro Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen,
- -2.351.955 Tsd. Euro Abschreibungen auf Finanzanlagen und
- -38.740 Tsd. Euro Abschreibungen auf Nachaktivierungen.

Anhang zum Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2008

1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) legt hiermit zum 31.12.2008 die dritte Schlussbilanz und die dritte Ergebnisrechnung vor. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Ein verbindlicher Standard für das Rechnungswesen öffentlicher Gebietskörperschaften existiert derzeit noch nicht. Die Bilanzierung und Bewertung der FHH orientiert sich daher an den anerkannten Standards kaufmännischer Buchführung. Neben dem Handelsgesetzbuch (HGB) gehören hierzu die Stellungnahme des IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.) zur Rechnungslegung der öffentlichen Verwaltung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (IDW ERS ÖFA 1) und die zurzeit im Bund-Länder-Arbeitskreis »Kosten-Leistungsrechnung/Doppik« der Finanzministerkonferenz entwickelten Standards für die staatliche doppelte Buchführung (Standards Doppik). Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) finden Anwendung. Die Auslegung der GoB entspricht den Anforderungen, die an die Buchführung einer öffentlichen Gebietskörperschaft mit einem führenden kameralen Buchungssystem zu stellen sind.

Die FHH nimmt staatliche und gemeindliche Aufgaben durch Behörden, Ämter, juristische Personen des öffentlichen Rechts und durch privatrechtlich organisierte Tochterorganisationen wahr. Der Jahresabschluss wird für den Bilanzierungskreis der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis) aufgestellt. Dieser umfasst neben den Behörden und Ämtern auch Selbstbewirtschaftungsfonds nach § 15 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung (LHO), Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO und nettoveranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO, die zum Bilanzstichtag über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen verfügen (siehe Abschnitt 3.5 »Finanzanlagen«).

In ihren Aufgaben – z. B. Bildung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, soziale Transferleistungen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Polizei, Justiz und Feuerwehr – unterscheidet sich die FHH wesentlich von privatwirtschaftlichen Unternehmen. Hieraus leiten sich besondere Anforderungen an die anzuwendenden Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden ab.

Die FHH hat ihre Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden für die Einführung der Doppik sowie die Erstabibilanzierung im **Betriebswirtschaftlichen Fachkonzept** und für die Folgebilanzierung in der **Bilanzierungsrichtlinie** ausgehend von den zuvor genannten Standards Doppik und unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit definiert.

Für Sachverhalte, die für die Adressaten der Rechnungslegung der FHH von untergeordneter Bedeutung sind, gelten vereinfachte Verfahren und Wertgrenzen zur Ermittlung der Bilanzansätze. Abweichungen infolge dieser Vereinfachungen sind als wesentlich anzusehen, wenn

- dadurch das Jahresergebnis um mindestens 10% und außerdem um mindestens 0,25% der Bilanzsumme verändert wird oder
- die Bilanzsumme um mindestens 5% verändert wird oder
- besonders wichtige Einzelposten des Jahresabschlusses um mindestens 10% verändert werden.

Das Gliederungsschema der Bilanz nach § 266 HGB ist den Besonderheiten der Rechnungslegung des öffentlichen Bereichs entsprechend angepasst.

Das Vermögen ist nach Politikfeldern gegliedert, für die das Vermögen jeweils genutzt wird. Dies lässt Rückschlüsse auf den Grad der Bindung des Vermögens für öffentliche Zwecke bzw. auf die Verwertungsmöglichkeiten zu.

Die Ergebnisrechnung wird entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff **Ergebnisrechnung** anstatt des handelsrechtlichen Terminus **Gewinn- und Verlustrechnung** wird der Tatsache Rechnung getragen, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht. Auch in der Ergebnisrechnung ist die Gliederung (vor allem bei den Umsatzerlösen) so angepasst worden, dass die Inhalte des staatlichen Handelns erkennbar sind. Leerposten werden nicht ausgewiesen.

Da die Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und die FHH i. d. R. nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, werden Beträge grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen. Die Bilanz und die Ergebnisrechnung werden in Tsd. Euro aufgestellt.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 AKTIVA

Die FHH bewertet ihr Vermögen in der laufenden Bilanzierung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten. Von den handelsrechtlichen Ansatzwahlrechten nach § 255 Abs. 2 HGB zur Ermittlung der Herstellungskosten wird nur zum Teil Gebrauch gemacht. So werden der fertigungsbedingte Werteverzehr von Anlagevermögen und die Kosten der allgemeinen Verwaltung nicht einbezogen. Für bewegliche und immaterielle Vermögensgegenstände gilt eine Aktivierungsgrenze von 5.000 Euro brutto.

Die FHH stellt Dritten Mittel für investive Zwecke zur Verfügung, wenn an der Wahrnehmung von Aufgaben außerhalb der Verwaltung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Die Investitionszuwendungen, mit denen Dritte bilanzierungsfähiges Anlagevermögen schaffen, werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert, wenn der Geförderte zu einer Gegenleistung verpflichtet ist. In diesen Fällen bilanziert die FHH das ihr hieraus entstehende Recht als immateriellen Vermögensgegenstand. Die Zuwendungen werden grundsätzlich über die vertraglich vereinbarte Bindungszeit – i. d. R. 25 Jahre – abgeschrieben. In Einzelfällen können aus sachlichen Gründen abweichende Nutzungsdauern in Zuwendungsbescheiden vereinbart werden. Die Nutzungsdauer beträgt beispielsweise nur zehn Jahre bei Pauschalförderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und dem Hamburgischen Krankenhausgesetz (HmbKHG).

Grundstücke und darauf errichtete Bauten werden bilanziell getrennt ausgewiesen.

Die Straßen sind grundsätzlich in Sammelanlagen bilanziert. Gleiches gilt für Infrastrukturbauten in Parkanlagen und Grünflächen. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung nach § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit vertretbar.

Straßenbäume und Anlagen zur Verkehrslenkung (z. B. Lichtsignalanlagen und Parkscheinautomaten) werden aus Wesentlichkeitsgründen ebenso mit Festwerten bewertet wie Standardbüroausstattung, Sammlungen und Bibliotheken im Bereich des beweglichen Vermögens.

Die musealen Sammlungen werden zu aussagekräftigen Bewertungseinheiten zusammengefasst und mit Festwerten auf der Grundlage vorsichtig geschätzter Zeitwerte im Posten **Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen** erfasst. Bei den **Anlagen im Bau** werden nur Fremdleistungen aktiviert.

Technische Anlagen und Maschinen werden in der FHH vornehmlich im Bereich der Verkehrslenkung sowie der Ver- und Entsorgung eingesetzt. Deshalb ist der nach § 266 HGB vorgesehene Bilanzposten »Technische Anlagen und Maschinen« durch den Bilanzposten **Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung** ersetzt worden.

Standardbürosoftware ist wie IT-Hardware im Bilanzposten **Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung** enthalten.

Die Bewertung der verbundenen Organisationen und Beteiligungen wurde für die Eröffnungsbilanz grundsätzlich mithilfe der Eigenkapital-Spiegelbildmethode vorgenommen. Soweit diese Bewertung aufgrund wesentlicher stiller Reserven (über 250 Mio. Euro) zu bedeutenden Abweichungen zum Zeitwert führte, wurden die Unternehmenswerte durch Gutachten ermittelt. Die so ermittelten Wertansätze werden in den Folgebilanzen als (»fiktive«) Anschaffungskosten für das Finanzanlagevermögen fortgeführt. Sie unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Ihre Werthaltigkeit wird jährlich überprüft.

Wertpapiere des Anlagevermögens und **Ausleihungen** werden mit ihren Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Ausgründung von Vermögen bzw. von Organisationseinheiten der FHH orientiert sich am Umwandlungsgesetz vom 28.12.1999 (UmwG), wobei die ausgegliederte Organisation grundsätzlich das eingebrachte Vermögen mit dem Buchwert der FHH zum Zeitpunkt der Ausgründung bilanziert.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist, werden linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern sind in der Abschreibungstabelle der FHH festgelegt.

Aus Gründen der Wesentlichkeit gilt bei den **Vorräten** eine Aktivierungsgrenze für Lagerbestände von 50.000 Euro je Lager. Im Jahresverlauf wird ein vollständiger Verbrauch der bevorrateten Güter unterstellt. Die Lager werden vereinfachend zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu Durchschnittspreisen bewertet. Unfertige Erzeugnisse/Leistungen werden aus Gründen der Wesentlichkeit nicht ausgewiesen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennbetrag aktiviert. Die Werthaltigkeit bestehender Forderungen und Sonstiger Vermögensgegenstände wird im Zuge des Jahresabschlusses überprüft. Abweichend von den Vorgaben des § 266 HGB wird auf einen gesonderten Ausweis von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verzichtet, da den Forderungen im öffentlichen Bereich häufig kein Leistungsaustausch zugrunde liegt. Forderungen aus Steuern und ähnlichen Abgaben, aus privatrechtlichen Entgelten und aus Transferleistungen gegenüber Dritten werden zum Bilanzposten **Forderungen gegen Dritte (ohne öffentlichen Bereich)** zusammengefasst. In den Forderungen und Verbindlichkeiten sind auch die Geschäftskonten der verbundenen Organisationen saldiert enthalten. Diese Organisationen haben jeweils mehrere Geschäftskonten.

Ausstehende Gemeinschaftsteuern zeigen nur den Anteil der FHH als Forderung.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden aus Wesentlichkeitsgründen erst ab einer Wertgrenze von 10 Mio. Euro bilanziert. Auf die Abgrenzung von Mietaufwendungen und Steuervorauszahlungen wird verzichtet. Disagien werden nach § 250 Abs. 3 HGB stets periodengerecht abgegrenzt.

2.2 PASSIVA

Investive Zuwendungen von Dritten werden in der Bilanz nach dem Bruttoverfahren als **Sonderposten für Investitionszuwendungen** ausgewiesen und korrespondierend zur bezuschussten Anlage ratierlich aufgelöst.

Die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** beinhalten u. a. Beiträge für allgemeinen Wegebau, Sielbau, Sielanschluss und Straßenausbau. Eine exakte Kopplung der Sonderposten an die damit finanzierten Anlagen, z. B. Straßen, ist zurzeit nicht möglich. Daher werden vereinfachend Jahressummen gebildet, die ratierlich über eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 25 Jahren aufgelöst werden.

Das Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wird einheitlich dahingehend ausgeübt, dass auch Altzusagen hinsichtlich Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen (Ansprüche, die vor dem 01.01.1987 erworben wurden) passiviert werden.

Die Rückstellungsbedarfe sind durch ein versicherungsmathematisches Gutachten vom 31.03.2009 auf Basis anerkannter Generationensterbetafeln (Richttafeln 2005 G nach Heubeck) und eines Rechnungszinsfußes von 6% im Sinne des § 6a Abs. 3 Satz 3 Einkommensteuergesetz (EStG) berechnet worden.

Für den Bereich der aktiv Beschäftigten ist in Modifikation des steuer- und handelsrechtlich vorgesehenen Teilwertverfahrens der volle Barwert der Pensionsverpflichtungen für jede anspruchsberechtigte Person angesetzt worden. Die bis zum Pensionsalter zu zahlenden, diskontierten fiktiven jährlichen Versicherungsprämien sind nicht in Abzug gebracht worden. Damit entspricht die Berechnungsmethode dem Ausgaben-Umlageverfahren und trägt der Tatsache Rechnung, dass die Pensionsverpflichtungen aus Steuererträgen finanziert und in der FHH derzeit keine wesentlichen Reserven durch das Ansparen von Prämien gebildet werden. Im Bereich der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (passive Beschäftigte) erfolgt die gutachterliche Bewertung nach dem konventionellen Teilwertverfahren.

Potenzielle Karriereentwicklungen der Anspruchsberechtigten bis zum Eintritt des Versorgungsfalles werden durch geeignete versicherungsmathematische Faktoren berücksichtigt. Noch nicht wirksame Tarif- und Besoldungsanpassungen bleiben unberücksichtigt.

Die für die Jahre 2009 und 2010 beschlossenen Anpassungen im Tarif- und Beamtenbesoldungsbereich sind im Abschluss noch nicht enthalten, da sie erst nach dem 31.12.2008 wirksam geworden sind. Für die Kernverwaltung werden diese Anpassungen im Jahresabschluss 2009 voraussichtlich zu einem Zuführungsbedarf von rd. 526 Mio. Euro führen (siehe auch Drucksache 19/2856).

Die öffentliche Verwaltung ist verpflichtet, Beamten, Richterinnen und Richtern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Senatorinnen und Senatoren und den mit Sonderarbeitsvertrag nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Beschäftigten auch nach Eintritt in den Ruhestand Beihilfen im Krankheitsfall zu gewähren. Die entsprechenden Rückstellungen werden anhand von Vorjahreswerten als prozentualer Anteil an den Pensionsrückstellungen ermittelt.

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen werden für Steuererträge und vergleichbare Finanzbeziehungen, bspw. den Länderfinanzausgleich, gebildet. Unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit gilt bei Steuererträgen eine Wertgrenze von 50 Mio. Euro je Einzelfall.

Für Instandhaltung, Drohverluste und die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen werden keine Rückstellungen passiviert. Auf die Bildung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und geleistete Überstunden wird aus Wesentlichkeitsgründen bis zur Einführung eines zentralen Zeiterfassungssystems in der FHH verzichtet.

Für Altlastensanierung sowie Schadstoff- und Gefahrgutentsorgung werden nur für hinreichend konkretisierte Vorhaben Rückstellungen gebildet. Sie werden auf der Grundlage einer Barwertermittlung passiviert. Hierfür wird regelmäßig ein Zeitraum von 20 Jahren und – angelehnt an die steuerlichen Bewertungstabellen (§ 12 III Bewertungsgesetz) – ein Zinssatz von 5,5% zugrunde gelegt. Die Rückstellung wird im Zuge des Jahresabschlusses überprüft und angepasst.

Sonstige Rückstellungen (z. B. für Prozessrisiken und -kosten, Schadensersatz, Ausgleichsmaßnahmen sowie Allgemeine Aufwands- und Verbindlichkeitsrückstellungen) werden aus Gründen der Wesentlichkeit nur bei Überschreiten einer Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelfall gebildet. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelt.

Für Rückbauverpflichtungen werden Rückstellungen nur bilanziert, wenn eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der FHH besteht. Dies ist bei vielen Mietverträgen der FHH absehbar nicht gegeben. Die ausgewiesenen Rückstellungen für Rückbauten werden nicht ratierlich über die Nutzungsdauer, sondern direkt, in voller Höhe der zu erwartenden Aufwendungen berechnet. Auch hier gilt eine Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelfall.

Für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit im Blockmodell und von Sabbatjahren werden Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Diese Rückstellungen werden aus Wesentlichkeitsgründen nicht diskontiert. Rückstellungen für mögliche, aber noch nicht in Anspruch genommene Altersteilzeiten werden nicht angesetzt.

Im Zusammenhang mit langfristig aufgenommenen Krediten und Anleihen tätigt die FHH Zinsswapgeschäfte. Diese dienen der Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken. Grundsätzlich betreffen Zinsswapverträge beiderseitig noch nicht erfüllte Zinszahlungsverpflichtungen. Es handelt sich folglich um schwebende Geschäfte, die nicht zu bilanzieren sind. Gleichwohl werden die aus den Kreditgeschäften resultierenden Zinserträge und -aufwendungen in der Ergebnisrechnung zusammengefasst dargestellt. Derivate werden mit dem Nennwert ausgewiesen.

Bei den **Verbindlichkeiten** wird eine vom Handelsrecht abweichende Gliederung vorgenommen. Statt Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden allgemein **Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten** dargestellt. Bei den **Sonstigen Verbindlichkeiten** werden Davon-Vermerke (aus Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherung) aufgrund der öffentlichen Besonderheiten nicht ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden aus Wesentlichkeitsgründen erst ab einer Wertgrenze von 1 Mio. Euro bilanziert.

2.3 ERGEBNISRECHNUNG

Abweichend vom handelsrechtlichen Begriff der Umsatzerlöse zeigt die FHH **Erträge aus Verwaltungstätigkeit** (insbesondere Steuererträge) und **Erträge aus Transferleistungen**.

Zu den **Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen** zählen die Erträge aus Gemeinschaftsteuern sowie Landes- und Gemeindesteuern. Zu den Gemeinschaftsteuern gehören Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Diese Steuern werden in den Ländern vereinnahmt, stehen aber Bund und Ländern nach Art. 106 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz gemeinsam zu. Die Ergebnisrechnung weist nur den Anteil an den Gemeinschaftsteuern aus, der der FHH zusteht. Erstattungsverpflichtungen der FHH werden erlösmindernd gebucht. Bei Steuern, die ohne Zahlungsbescheide vereinnahmt werden (Quellensteuern), gilt der Zeitpunkt der Vereinnahmung als Realisierungszeitpunkt des Ertrags.

Anhand der Beitreibungsquoten der Kasse.Hamburg, der Steuerkasse und der Justizkasse werden bei den Forderungen gegen Dritte Pauschalwertberichtigungen vorgenommen und unter **Sonstige Aufwendungen** bzw. bei Auflösungen unter **Sonstige Erträge** gezeigt. Mit den Quoten wird den unterschiedlich hohen Forderungsausfällen in den verschiedenen Bereichen Rechnung getragen. Die Sonstigen Aufwendungen umfassen auch Aufwendungen für selbst erstellte materielle Vermögenswerte. Diese werden nur als Eigenleistungen aktiviert, wenn sie in einem EDV-gestützten Verfahren gebucht worden sind und nachgewiesen werden können.

2.4 KORREKTUREN DER ERÖFFNUNGSBILANZ UND DER NACHFOLGENDEN BILANZEN

Korrekturen der Eröffnungsbilanz und der nachfolgenden Bilanzen erfolgen grundsätzlich nach den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften ergebniswirksam im laufenden Jahr. Sofern Korrekturbedarfe zur Eröffnungsbilanz quantitativ von wesentlicher Bedeutung sind, werden die sich ergebenden Anpassungen ergebnisneutral mit der Nettoposition verrechnet. Diese Ausnahmeregelung gilt letztmalig für den Jahresabschluss zum 31.12.2009. Für den hier vorgelegten Jahresabschluss sind keine ergebnisneutralen Berichtigungen der Eröffnungsbilanz vorgenommen worden.

3 Erläuterungen zur Bilanz

3.1 ALLGEMEINE HINWEISE

Für den Ausweis einiger Bilanzposten (insbesondere für Rückstellungen) werden die Wertansätze durch Abfragen bei den Fachbehörden und Ämtern erhoben.

Systemimmanent treten Abweichungen zwischen dem Ergebnis laut Bilanz und dem der Ergebnisrechnung auf. Sie beruhen auf Unterschieden zwischen dem kameralen und dem kaufmännischen Rechnungswesen sowie den daraus resultierenden unterschiedlichen Buchungen. Die Ergebnisrechnung und die Bilanz sind daher um den Posten **Kamerale Überleitung** ergänzt worden. In der Ergebnisrechnung werden die Abweichungen unter **Sonstige Erträge** ausgewiesen; in der Bilanz unter der **Nettoposition**. Systembedingte Korrekturen aus Vorjahren haben im Berichtszeitraum zu Abweichungen von 1,4 Mio. Euro bei den Forderungen und Verbindlichkeiten geführt.

3.2 ALLGEMEINE HINWEISE ZUM ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Berichtsjahr ist im Anlagenspiegel dargestellt. Veränderungen der organisatorischen Zuständigkeiten haben zu Anlagentransfers zwischen Behörden und Ämtern geführt, die in den Zu- und Abgängen ausgewiesen sind.

3.3 IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Unter den immateriellen Vermögensgegenständen von 3.832,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.327,6 Mio. Euro) bilden die geleisteten Investitionszuwendungen mit 3.003,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.960,9 Mio. Euro) den größten Posten.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Geleistete Investitionszuwendungen	2.961	3.004
Lizenzen, DV-Software	23	16
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2	3
Geleistete Anzahlungen	342	810
GESAMT	3.328	3.833

Die zum Bilanzstichtag aktivierten Investitionszuwendungen umfassen Zuwendungen an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) i.H.v. 88,1 Mio. Euro und Fördermittel nach § 22 HmbKHG von 30,1 Mio. Euro.

Die wesentlichen Veränderungen bei den **Geleisteten Anzahlungen** betreffen

- den Bereich Verkehr (u. a. 118,9 Mio. Euro für den Bau der U-Bahn HafenCity),
- den Bau der Elbphilharmonie mit 53,2 Mio. Euro sowie
- den Bereich der Krankenhäuser mit 49,6 Mio. Euro. Darin enthalten sind u. a. 25,1 Mio. Euro für den Ausbau der ENDO-Klinik, 10,8 Mio. Euro für das Diakonie-Klinikum Hamburg und 6,0 Mio. Euro für die Asklepios Klinik Nord. Diese Anzahlungen sollen ab 2009 als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert werden.

3.4 SACHANLAGEN

Das Sachanlagevermögen beträgt 31.948,1 Mio. Euro (Vorjahr: 32.150,2 Mio. Euro). Weiterhin bilden die Grundstücke für eigene Zwecke mit 7.631,0 Mio. Euro (Vorjahr: 7.703,6 Mio. Euro) und die Grundstücke des Infrastrukturvermögens mit 11.667,8 Mio. Euro (Vorjahr: 11.638,1 Mio. Euro) die größten Posten.

Die auf Grundstücke vorgenommenen Abschreibungen für Altlasten sind im Anlagenspiegel berücksichtigt.

SACHANLAGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Grundstücke für eigene Zwecke	7.704	7.631
Grundstücke des Infrastrukturvermögens	11.638	11.668
Bauten für eigene Zwecke	4.288	4.207
Bauten des Infrastrukturvermögens	3.722	3.598
Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung	261	286
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	225	216
Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.312	3.316
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.000	1.026
GESAMT	32.150	31.948

Bei den **Bauten für eigene Zwecke** werden auch Vermögensgegenstände aus Finanzierungsleasing bilanziert, deren wirtschaftliche Eigentümerin die FHH ist. Der gesamte Buchwert dieser Vermögensgegenstände beträgt 184,8 Mio. Euro. Hierzu zählen

- das Polizeipräsidium (92,7 Mio. Euro),
- die Fachhochschule Berliner Tor (31,9 Mio. Euro) sowie
- drei Dienstgebäude (60,2 Mio. Euro).

Die aus Leasingverträgen resultierenden Verbindlichkeiten werden unter Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Schulbauten sind derzeit in der Bilanz mit einem Wert von 1.967,0 Mio. Euro eingestellt. Die zuständige Fachbehörde geht von erheblichen Sanierungs- und Investitionsbedarfen aus, die mithilfe einer Kostenprognose geschätzt wurden. Eine Aufteilung in investive Vorhaben und reine Sanierungsmaßnahmen erfolgte nicht. Ebenfalls sind die Aufwendungen je Objekt bislang nicht abschließend konkretisiert und quantifiziert. Eine bilanzielle Berücksichtigung im laufenden Geschäftsjahr scheidet daher aus. Im Zuge der Ausgründung des Sondervermögens Schulbau sind die Wertansätze zu überprüfen und ggf. zu korrigieren.

Die Zugänge bei den Anlagen im Bau beinhalten

- 127,7 Mio. Euro für Baumaßnahmen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), u. a. 11,1 Mio. Euro Landungsbrücken, 9,0 Mio. Euro Hochwasserschutz,
- 62,1 Mio. Euro für angekaufte, bisher noch nicht umgeschriebene Grundstücke,
- 76,6 Mio. Euro für Schulbaumaßnahmen sowie
- kleinere Maßnahmen, wie z. B. den Umbau der Computeranlage für das Deutsche Klimarechenzentrum (DKRZ).

Die übrigen Investitionen verteilen sich auf verschiedene Hochbaumaßnahmen, wie z. B. den Erweiterungsbau des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNI) und die Baumaßnahmen der Universität Hamburg (UHH), sowie auf Straßenbaumaßnahmen.

3.5 FINANZANLAGEN

Die Finanzanlagen werden in der Beteiligungsübersicht, die alle direkt und indirekt verbundenen Organisationen und Beteiligungen der FHH zeigt, einzeln aufgeführt. Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO sind grundsätzlich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit als Finanzanlagen der FHH klassifiziert. Sofern ihr Rechnungswesen noch in den Haushalt der FHH integriert ist, sind das Vermögen und die Schulden dieser Einrichtungen Bestandteil des Kernbilanzierungskreises.

Zu diesem zählen folgende Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

- Zentrum für Aus- und Fortbildung,
- Staatlicher Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- Wassergütestelle Elbe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- Landesfeuerwehrschule und
- Hochschule der Polizei

sowie folgende Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO:

- Zusatzversorgung der FHH,
- Zusätzlicher Versorgungsfonds der FHH,
- Versorgungsrücklage der FHH,
- Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft,
- Schuldendienstrücklage,
- Ausgleichsrücklage nach dem Schwerbehindertengesetz,
- Allgemeine Rücklage,
- Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- Grundstock für Grunderwerb,
- Tierseuchenkasse der FHH und
- Vermächtnis Borsteler Jäger.

Die vier erstgenannten Sondervermögen sind »Kamerale Versorgungsrücklagen«, die die FHH zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen führt. Diese Sondervermögen gehen über die daraus getätigten Wertpapierkäufe und den Geschäftskontenbestand in die Bilanz ein. Der Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft investiert ausschließlich in Landesobligationen der FHH. Es erfolgt daher kein Bilanzausweis.

Die Finanzanlagen betragen insgesamt 8.063,2 Mio. Euro (Vorjahr: 10.354,1 Mio. Euro) und setzen sich wie folgt zusammen:

FINANZANLAGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Anteile an verbundenen Organisationen	9.807	7.553
Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	27	37
Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	111	114
Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259	259
Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	2.957	2.386
Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	6.453	4.757
Beteiligungen	69	37
Wertpapiere des Anlagevermögens	257	311
Zusatzversorgung der FHH	52	63
Zusätzlicher Versorgungsfonds	71	83
Versorgungsrücklage der FHH	134	163
Sonstige	0	2
Ausleihungen	221	162
GESAMT	10.354	8.063

Die **Anteile an Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO** umfassen im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich die Anteile für das Institut für Hygiene und Umwelt von 10,4 Mio. Euro. Die FHH hat zum 01.01.2008 das Verwaltungsvermögen des Instituts aus dem Kernbilanzierungskreis ausgliedert. Es wird jetzt als verbundene Organisation im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

In den Zugängen der **Anteile an Landesbetrieben nach § 26 Abs. 1 LHO** ist die Ausgliederung des Hamburger Instituts für berufliche Bildung (HIBB) aus dem Verwaltungsvermögen i. H. v. 16,0 Mio. Euro enthalten.

Demgegenüber stehen Abgänge im Zuge der Übertragung der FHH-Anteile an der Winterhuder Werkstätten GmbH (WW GmbH) i. H. v. 11,0 Mio. Euro an die Pier Holding GmbH und der Wertberichtigung der Anteile am Landesbetrieb Hamburgische Münze von 2,2 Mio. Euro.

Die Ausgliederung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNI) aus dem Verwaltungsvermögen i. H. v. 2,1 Mio. Euro spiegelt sich ebenso wie die Zuführung des Stiftungskapitals zur Stiftung Elbefonds in den Zugängen bei **Körperschaften, Anstalten und Stiftungen** wider. Die Anteile an der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR sind im Zusammenhang mit dem Wertverlust der HSH Nordbank AG um 546,4 Mio. Euro wertberichtigt worden.

Die **Anteile an Verbundenen Unternehmen in privater Rechtsform** weisen Zugänge von insgesamt 232,6 Mio. Euro für die Gründung der FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG und bei der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG aus. Abgänge i. H. v. 216,0 Mio. Euro resultieren aus der Veräußerung von Anteilen an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg. Die Anteile an der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH sind um 1.707,9 Mio. Euro im Wert berichtet worden, da einige von der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH gehaltene Beteiligungen (HSH Nordbank AG, Dedalus GmbH & Co. KGaA) und Wandelschuldverschreibungen hohe Wertverluste zu verzeichnen hatten.

Die Beteiligungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 32,4 Mio. Euro auf 36,9 Mio. Euro verringert. Zurückzuführen ist dies auf den veränderten Ausweis der Anteile der FHH an der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG i. H. v. 42,5 Mio. Euro, die nunmehr als Anteile an verbundenen Unternehmen geführt werden. Demgegenüber hat die Gründung der Pier Holding GmbH bei den Beteiligungen zu Zugängen von 10,1 Mio. Euro geführt. Im Zuge der Gründung sind 91,78% der FHH-Anteile an der Winterhuder Werkstätten GmbH (WW GmbH) an die Pier Holding GmbH übertragen worden.

Die Zugänge bei den **Wertpapieren des Anlagevermögens** stehen im Zusammenhang mit den Sondervermögen, die die FHH zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen führt.

Die Abgänge bei den **Ausleihungen** sind im Wesentlichen auf erlassene Trägerdarlehen und Darlehenstilgungen zurückzuführen.

Für Verbundene Organisationen und Beteiligungen, mit denen ein Gewährleistungsverhältnis besteht, sind Rückstellungen gebildet worden (siehe Abschnitt 3.13 »Rückstellungen«).

3.6 ZUM VERKAUF BESTIMMTE GRUNDSTÜCKE

Dieser Posten umfasst mit 130,2 Mio. Euro (Vorjahr: 150,8 Mio. Euro) im Wesentlichen geplante Verkäufe von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen sowie von Grundstücken zur Vermögensmobilisierung.

3.7 VORRÄTE

Zu den Vorräten von 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) zählen:

- die Lager von Polizei und Feuerwehr mit 3,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro),
- das Medikamentenlager der Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz (BSG) mit 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro)

sowie die neu hinzugekommenen Warenlager:

- der Justizbehörde mit 0,2 Mio. Euro und
- der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) mit einem Wert von 0,1 Mio. Euro.

3.8 FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der Forderungsspiegel zeigt, wie die **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände** zusammengesetzt sind und welche Restlaufzeiten (RLZ) zum 31.12.2008 bestanden haben.

Forderungsspiegel

ART DER FORDERUNG	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2008 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 1 Jahr in Mio. Euro
Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	1.155	1.142	1.142	
Wertberichtigungen auf Forderungen gegen Dritte	-541	-519	-519	
Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	401	300	258	42
Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	543	550	189	361
Sonstige Vermögensgegenstände	493	272	272	
GESAMT	2.051	1.745	1.342	403

Bei den **Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)** sind u. a. 763,8 Mio. Euro Steuerforderungen und 96,7 Mio. Euro Forderungen aus Sozialhilfedarlehen ausgewiesen.

Von den auf Forderungen vorgenommenen **Wertberichtigungen auf Forderungen gegen Dritte** von insgesamt 519,2 Mio. Euro beruht der überwiegende Teil mit 447,3 Mio. Euro auf einer vorsichtigen Bewertung der ausstehenden Steuerforderungen gegen Dritte.

Die **Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich u. a. zusammen aus:

- Salden der Geschäftskonten der öffentlichen Einrichtungen in einer Gesamthöhe von 44,5 Mio. Euro,
- Forderungen gegen die Universitäten und Hochschulen von 42,3 Mio. Euro sowie
- Forderungen gegen die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR nach dem Wohnungsbaugesetz zur Förderung neuer Projekte im Altenwohn- und Pflegebereich (HmbIPG) von 44,6 Mio. Euro.

Zu den **Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich** gehören u. a. Forderungen nach § 107b BeamVG von 360,3 Mio. Euro, der Umsatzsteuer-Landesanteil für das vierte Quartal 2008 von 20,3 Mio. Euro und Forderungen gegen ausgegründete Bereiche von 23,8 Mio. Euro.

Unter **Sonstige Vermögensgegenstände** sind 5,8 Mio. Euro bewilligte, jedoch noch nicht ausgezahlte Zuwendungen ausgewiesen. Die Differenz zum Vorjahr ergibt sich insbesondere durch die Umgliederung der aktivierungsfähigen investiven Zuwendungen von 126,8 Mio. Euro ins Anlagevermögen.

3.9 KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Die Bestände von 1.584,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.326,7 Mio. Euro) setzen sich wie folgt zusammen:

ART DER GUTHABEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Termin- und Tagesgelder	1.322	1.578
Giroguthaben	2	6
Bargeldbestände (Kasse.Hamburg und Zahlstellen)	3	1
GESAMT	1.327	1.585

3.10 AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 321,0 Mio. Euro (Vorjahr: 277,8 Mio. Euro) enthalten im Einzelnen:

- Beamten- und Abgeordnetenbezüge von 182,4 Mio. Euro, die bereits im Dezember 2008 für den Monat Januar bezahlt worden sind,
- Vorauszahlungen für Sozialhilfe, Kindertagesstätten, Schüler-BAföG und BAFöG von 122,7 Mio. Euro sowie
- Disagien aus Kreditaufnahmen von 15,8 Mio. Euro.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Beamtenbezüge Januar Folgejahr (inkl. Abgeordnete)	182	182
Sozialhilfe Januar Folgejahr	50	82
Kindertagesheime und Tagespflege Januar Folgejahr	29	34
Schüler-BAföG Januar Folgejahr	–	1
BAföG Januar Folgejahr	–	6
Disagien aus Kreditaufnahmen	17	16
GESAMT	278	321

3.11 EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital der FHH hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Eigenkapitalspiegel

EIGENKAPITAL	Nettoposition	Ergebnisvortrag		Jahresergebnis	Eigenkapital
	in Mio. Euro	Jahres- fehlbetrag 2006 in Mio. Euro	Jahres- überschuss 2007 in Mio. Euro	Jahres- fehlbetrag 2008 in Mio. Euro	in Mio. Euro
Stand am 01.01.2008	2.854	-566	102	-	2.390
Veränderungen	-	-	-	-2.332	-2.332
Stand am 31.12.2008	2.854	-566	102	-2.332	58

Der Jahresüberschuss des Abschlusses 2007 von 102,2 Mio. Euro ist als Ergebnis vorgetragen worden. Durch das negative Jahresergebnis 2008 von 2.331,8 Mio. Euro (siehe Abschnitt 4.5 »Jahresergebnis«) ist das Eigenkapital auf 57,7 Mio. Euro gesunken.

3.12 SONDERPOSTEN

Der Gesamtbetrag der Sonderposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1.639,4 Mio. Euro leicht verringert. Weiterhin bilden die Sonderposten für Investitionszuwendungen den Hauptbestandteil.

SONDERPOSTEN	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Sonderposten für Investitionszuwendungen	1.543	1.420
Sonderposten für Beiträge und Gebühren	230	217
Sonstige Sonderposten	1	2
GESAMT	1.774	1.639

Die Sonderposten für erhaltene Investitionszuwendungen bis 2005 sowie die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** werden über 25 Jahre linear aufgelöst. Die Auflösung der neu gebildeten **Sonderposten für Investitionszuwendungen** orientiert sich seit 2006 an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes. Unter den Sonstigen Sonderposten sind u. a. Sachschenkungen ausgewiesen.

3.13 RÜCKSTELLUNGEN

Insgesamt betragen die Rückstellungen zum 31.12.2008 für die nachstehend aufgeführten Verpflichtungen 20.729,5 Mio. Euro (Vorjahr: 20.151,2 Mio. Euro).

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2008 in Mio. Euro	Verbrauch in Mio. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Mio. Euro	Auflösung in Mio. Euro	Zuführung in Mio. Euro	Stand 31.12.2008 in Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.067	0	0	161	428	18.334
Pensionsrückstellungen	16.202	0	0	154	336	16.384
Beihilferückstellungen	1.865	0	0	7	92	1.950
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	11	11	0	0	31	31
Rückstellungen für Steuerrückzahlungsverpflichtungen	0	0	0	0	25	25
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen LFA	11	11	0	0	6	6
Sonstige Rückstellungen	2.073	14	0	275	580	2.364
Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	98	1	0	1	13	109
Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen	179	0	0	47	0	132
Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	244	1	0	112	412	543
Rückstellungen für Altlastensanierungen	125	0	0	0	29	154
Rückstellungen für Ausgleichsmaßnahmen	14	1	0	2	26	37
Rückstellungen für Altersteilzeit und Sabbatjahre	113	0	0	9	10	114
Allgemeine Aufwandsrückstellungen	10	1	0	0	2	11
Allgemeine Verbindlichkeitsrückstellungen	1.290	10	101*	3	88	1.264
GESAMT	20.151	25	101	335	1.039	20.729

* Es wurden 100,5 Mio. Euro erfolgsneutral umgegliedert und sind nunmehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Zusagen für Pensionen und ähnliche Versorgungsleistungen bestehen für folgende Personengruppen:

- Hamburgische Beamte sowie mit Sonderarbeitsvertrag Beschäftigte bei Erreichen der Altersgrenze bzw. im Falle der Invalidität (§§ 4 ff. BeamtVG),
- Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen) der hamburgischen Beamten und zusätzlich für die Gewährung von Sterbegeld (§§ 16 ff. BeamtVG),
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Hamburgisches Zusatzversorgungsgesetz),
- Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Senatorinnen und Senatoren sowie deren Hinterbliebene (Altersruhe- und Übergangsgeld nach §§ 13 ff. SenatsG) sowie
- Abgeordnete der Bürgerschaft (Altersruhe- und Übergangsgeld gem. §§ 9 ff. Hamburgisches Abgeordnetengesetz).

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN

	Aktiv Beschäftigte		Versorgungsempfängerinnen und -empfänger	
	in Mio. Euro	Anzahl	in Mio. Euro	Anzahl
Beamte	6.633	36.766	8.404	31.244
Tarifbeschäftigte	324	21.801	1.023	28.979
GESAMT	6.957	58.567	9.427	60.223

Die Rückstellungsbedarfe sind durch ein versicherungsmathematisches Gutachten vom 31.03.2009 ermittelt worden (siehe Abschnitt 2.2 »Passiva«). Es berücksichtigt Rückstellungsbedarfe für die Kernverwaltung der FHH (inkl. Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO), für die Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO, für den Altbestand der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) sowie erstmalig für die Versorgungsansprüche der Waisen und der ehemaligen Angestellten des Landesbetriebs Krankenhäuser/Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, die ihr Rückkehrrecht zur FHH wahrgenommen haben.

Nicht in die Gutachtenberechnung einbezogen sind u. a. die Rückstellungsbedarfe für die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, da sich diese Rückstellungen aufgrund der spezifischen rechtlichen Ausgestaltung einer standardisierten versicherungsmathematischen Berechnungsmethode entziehen. Der Rückstellungsbedarf von 2,6 Mio. Euro ist deshalb aus den durchschnittlichen Aufwendungen der letzten drei Jahre abgeleitet worden. Weitere Bereiche von finanziell untergeordneter Bedeutung und Sonderregelungsfälle sind ebenfalls in Anlehnung an die gutachterlichen Bewertungen ermittelt worden.

Gruppirt nach Bewertungsbereichen setzen sich die Pensionsrückstellungen wie folgt zusammen:

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN NACH BEWERTUNGSBEREICHEN	Aktiv Beschäftigte		Versorgungsempfänger	
	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Beamte der Kernverwaltung	6.282	6.342	8.083	8.278
Tarifbeschäftigte der Kernverwaltung	354	318	1.020	1.011
Abgeordnete der Bürgerschaft	–	–	2	3
Altbestand der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	–	–	49	46
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Senatorinnen und Senatoren	29	29	60	59
Waisen	–	–	14	30
Unverfallbare Anwartschaften der Tarifbeschäftigten	13	6	–	–
Ehemalige Tarifbeschäftigte des Landesbetriebs Krankenhäuser/ Asklepios Kliniken Hamburg GmbH *	28	–	–	–
Verpflichtungen nach § 107b BeamtVG	268	262	–	–
GESAMT	6.974	6.957	9.228	9.427

* Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von einem Rückkehrrecht zur FHH Gebrauch gemacht haben (»Asklepios-Rückkehrer«), werden ab 2008 im Bewertungsbereich Tarifangestellte der Kernverwaltung ausgewiesen.

Die **Rückstellungen für Pensionen** sind aufgrund einer leicht gestiegenen Anzahl von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern um 181,7 Mio. Euro auf 16.383,9 Mio. Euro angewachsen.

Die **Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen** beziehen sich auf die Pendlerpauschale mit 24,8 Mio. Euro und den Länderfinanzausgleich 2008 mit 5,8 Mio. Euro. Die Höhe der letztgenannten Rückstellung ist durch eine qualifizierte Schätzung anhand der Abrechnungen der vorangegangenen drei Jahre ermittelt worden.

Die Zuführungen zu den **Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten** von 12,7 Mio. Euro beruhen auf der Einschätzung der Prozessrisiken hinsichtlich diverser anhängiger Gerichtsverfahren mit Streitwerten von über 100.000 Euro pro Einzelfall.

Die **Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen** haben sich um 46,9 Mio. Euro aufgrund einer Anpassung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Tochterorganisationen verringert.

Unter **Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** sind 21,9 Mio. Euro für die eventuelle Inanspruchnahme aus Bürgschaften und 520,6 Mio. Euro für negative Eigenkapitalwerte von Tochterorganisationen bilanziert. Darin enthalten ist eine Rückstellung für die Gefährdung der noch ausstehenden Einlagen der FHH von 44,5 Mio. Euro für die Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG. Die Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte sind um 297,1 Mio. Euro angestiegen. Zurückzuführen ist dies auf Zuführungen wegen des negativen Eigenkapitals bei der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR i. H. v. 256,9 Mio. Euro und bei der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG i. H. v. 149,3 Mio. Euro. Von der 2007 gebildeten Rückstellung für zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht vorliegende Abschlüsse von Tochterorganisationen i. H. v. 200,0 Mio. Euro sind 100,0 Mio. Euro ertragswirksam aufgelöst worden. Für weitere Gewährleistungsrisiken aus Beteiligungsverhältnissen sind insgesamt 55,5 Mio. Euro zurückgestellt worden.

Für künftige Kosten der **Sicherung und Sanierung von Altlasten** ist eine Rückstellung auf der Grundlage einer Barwertermittlung in Höhe von 154,3 Mio. Euro gebildet worden. Die Rückstellung wird jährlich überprüft und angepasst.

Die **Rückstellungen für Ausgleichsmaßnahmen** enthalten im Wesentlichen Beträge für Ausgleichsabgaben von 37,8 Mio. Euro, die durch das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege bereits vereinnahmt worden sind. Hierunter fallen 20,4 Mio. Euro für den Ausgleich von Eingriffen in die Natur und Landschaft Altenwerders infolge der Hafenerweiterung.

Für die Inanspruchnahme von **Altersteilzeit und Sabbatjahren** sind Rückstellungen i. H. v. 101,2 Mio. Euro und 13,2 Mio. Euro gebildet worden. Die Beträge werden jährlich angepasst.

Unter den **Allgemeinen Aufwandsrückstellungen** von 11,1 Mio. Euro werden im Wesentlichen Rückbauverpflichtungen ausgewiesen, davon 8,2 Mio. Euro für den Rückbau von Pavillondörfern.

Bei den **Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen** sind u. a. Rückstellungen für Beihilfe- und Pensionsverpflichtungen an § 26 Abs. 1 LHO-Betriebe i. H. v. 967,2 Mio. Euro ausgewiesen. Der Rückstellungsbedarf für die Landesbetriebe und -einrichtungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 56,6 Mio. Euro erhöht. Hiervon entfallen 12,3 Mio. Euro auf das ausgegliederte Institut für Hygiene und Umwelt. Die Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen haben sich andererseits um den FHH-Anteil am Krankenhausneubau Barmbek i. H. v. 100,5 Mio. Euro gemindert. Dieser ist ergebnisneutral in die Sonstigen Verbindlichkeiten übertragen worden.

3.14 VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2008 betragen 25.200,3 Mio. Euro (Vorjahr: 25.325,5 Mio. Euro) und sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert worden. Langfristige Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen, die noch über mehrere Jahre laufen, sind mit einem Zinssatz von 4,25% bzw. dem vertraglich vereinbarten Prozentsatz abgezinst worden.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2008 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	7.342	7.899	891	5.455	1.553
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.313	13.724	1.161	4.585	7.978
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	500	504	504		
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	1.086	909	654		255
<i>davon öffentlicher Bereich</i>	866	785	530		255
<i>davon privatrechtlicher Bereich</i>	220	124	111	4	9
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.120	1.170	671	58	441
Sonstige Verbindlichkeiten	964	994	807	66	121
GESAMT	25.325	25.200	4.688	10.164	10.348

Bei den **Anleihen und Obligationen** von 7.898,7 Mio. Euro (Vorjahr: 7.342,5 Mio. Euro) handelt es sich fast ausschließlich um Landesobligationen i. H. v. 7.897,5 Mio. Euro.

Unter den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** von 13.724,4 Mio. Euro (Vorjahr: 14.312,6 Mio. Euro) sind diverse Kredite und ein Girokonto mit einem negativen Kontostand zum 31.12.2008 von 3,9 Mio. Euro passiviert worden.

Den größten Teil der **Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen** bilden mit 364,2 Mio. Euro erhaltene Investitionszuwendungen, wovon wiederum 59,3 Mio. Euro auf Bundeseinnahmen nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) entfallen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten** zeigen hauptsächlich Steuerverbindlichkeiten für das vierte Quartal 2008 aus der Zerlegung der Steueranteile zwischen Bund und Ländern i. H. v. 507,6 Mio. Euro. Außerdem sind 255,0 Mio. Euro Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund für Wohnungsbaumaßnahmen enthalten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, beinhalten hauptsächlich:

- Salden der Geschäftskonten von öffentlichen Einrichtungen in einer Gesamthöhe von 411,1 Mio. Euro,
- Verpflichtungen von 441,2 Mio. Euro zur Erfüllung der Versorgungsansprüche von Landesbetrieben und anderer ausgegründeter Tochterorganisationen und
- bereits verbindlich zugesagte Zuwendungen von 234,3 Mio. Euro. Hierunter fallen u. a. Zuwendungen
 - an die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft von 68,9 Mio. Euro,
 - an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) von 36,0 Mio. Euro sowie
 - für den Bau der Elbphilharmonie von 22,3 Mio. Euro.

Zu den **Sonstigen Verbindlichkeiten** von 994,0 Mio. Euro (Vorjahr: 964,6 Mio. Euro) zählen u. a.

- Zinsverpflichtungen von 457,8 Mio. Euro aus 2008, die erst im Folgejahr fällig sind,
- Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden von 145,1 Mio. Euro,
- Verbindlichkeiten aus dem Fördermittelbescheid (Mietkauf) für den Anteil der FHH am Krankenhausneubau der Asklepios Klinik Barmbek von 97,1 Mio. Euro und
- Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing von 79,1 Mio. Euro (siehe nachfolgende Tabelle).

LEASINGVERBINDLICHKEITEN	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2008 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Leasingverbindlichkeit Feuerwehr Betriebsgebäude Groß Borstel und Winterhude	1	1			
Leasingverbindlichkeit Neubau Polizeipräsidium	35	28	2	6	20
Leasingverbindlichkeit Fachhochschule Berliner Tor	11	7	4	3	
Leasingverbindlichkeit Verwaltungszentrum Billstraße	47	43	4	17	22
GESAMT	94	79	10	26	42

3.15 PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betragen 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro). Hiervon entfallen:

- 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro) auf BAföG-Darlehensanteile bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und
- 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) auf Agien aus Darlehensaufnahmen.

3.16 HAFTUNGSVERHÄLTNISS E UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Unter den Haftungsverhältnissen sind sämtliche Verbindlichkeiten aufgrund von Rechtsverhältnissen subsumiert, aus denen die FHH nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt nicht zu rechnen ist, in Anspruch genommen werden kann. Die FHH hat **Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** gebildet, sofern mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist (siehe Abschnitt 3.13 »Rückstellungen«).

Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Aufwendungen in künftigen Haushaltsjahren führen können, bedarf nach § 39 der LHO einer der Höhe nach bestimmten Ermächtigung durch einen Haushaltsbeschluss oder durch ein Gesetz. Die Gesamtsumme der Bürgschaften und Garantieverpflichtungen beträgt abzüglich gebildeter Rückstellungen 8.915,6 Mio. Euro (Vorjahr: 9.669,0 Mio. Euro). Hierunter fallen u. a. selbstschuldnerische Bürgschaften für die Erfüllung von Zusagen aus der betrieblichen Altersversorgung, die im Zuge von Ausgliederungen für Tochterorganisationen übernommen wurden.

HAFTUNGSVERHÄLTNISS E	31.12.2007* in Mio. Euro	Zugänge 2008 in Mio. Euro	Abgänge 2008 in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Bürgschaften	8.209	352	995	7.566
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	<i>7.836</i>	<i>344</i>	<i>916</i>	<i>7.264</i>
<i>davon für Dritte</i>	<i>373</i>	<i>8</i>	<i>79</i>	<i>302</i>
Garantien	1.480	3	111	1.372
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	<i>1.201</i>	<i>3</i>	<i>104</i>	<i>1.100</i>
<i>davon für Dritte</i>	<i>279</i>	<i>0</i>	<i>7</i>	<i>272</i>
Gesamt	9.689	355	1.106	8.938
abzüglich gebildeter Rückstellungen	20	5	3	22
GESAMT SUMME HAFTUNGSVERHÄLTNISS E	9.669	350	1.103	8.916

* Korrigierte Werte.

Anstalten öffentlichen Rechts (AÖR) sind nach hamburgischem Recht nicht insolvenzfähig. Die jeweiligen Errichtungsgesetze sehen eine »Gewährträgerhaftung« vor, nach der die FHH für die Verbindlichkeiten der Anstalten unbeschränkt haftet, soweit die Ansprüche nicht aus dem Vermögen der AÖR gedeckt werden können. Eine Inanspruchnahme der FHH aus Gewährträgerhaftung, Patronatzusagen oder Garantiezusagen gegenüber Landesbetrieben ist im laufenden Geschäftsjahr nicht gegeben.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

	Gesamt	Davon für verbundene Organisationen
Verpflichtungen aus Gewährträgerhaftung	unbegrenzt	vollständig
Patronatszusagen	–	–
Garantiezusagen gegenüber Landesbetrieben nach § 26 Abs. 1 LHO	unbegrenzt	vollständig

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Freihalte- und Garantieerklärungen. Hierzu wird auf die jeweiligen Haushaltsbeschlüsse verwiesen.

Weitere langfristige finanzielle Verpflichtungen der FHH resultieren aus gesellschaftsrechtlichen Vertragsbeziehungen. Beim Abschluss dieser Verträge sind die haushaltsrechtlichen Vorgaben einzuhalten. So sind Nutzungsverträge aus Miete, Pacht und Leasing, aus denen jährliche zusätzliche Belastungen von über 50.000 Euro entstehen, nach der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 38 LHO nicht als Verpflichtungen aus laufenden Geschäften zu klassifizieren und bedürfen daher einer haushalterischen Verpflichtungsermächtigung.

Im Rahmen des »Projekts Immobilienmodernisierung« (PRIMO) ist der Verkauf von insgesamt 187 städtischen Immobilien beschlossen worden (Drucksachen 18/3678 und 18/5494). Zwischen den Behörden und der SpriAG – Sprinkenhof AG oder der Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co. bestehende Mietverträge sind dabei durch neue Mietverträge der FHH ersetzt worden. Hierbei sind feste Rückmietzeiten zwischen drei und dreißig Jahren mit Verlängerungsoptionen zugunsten der FHH vereinbart worden. Insgesamt beträgt der Anteil der Nettokaltmieten der PRIMO-Objekte im laufenden Geschäftsjahr rd. 30 % der gesamten Aufwendungen für Nettokaltmieten der FHH.

Im Rahmen des Modells Hamburg-Süd ist die Verantwortung für Bau- und Bewirtschaftungsmaßnahmen von 32 Schulen im Süden Hamburgs auf die GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH für 25 Jahre übertragen worden. Zu diesem Zweck sind mit der GWG Gewerbe für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH ein Bau- und Sanierungsvertrag, der eine vollständige Sanierung der Schulstandorte innerhalb von 5 Jahren vorsieht, sowie ein Facility-Management-Vertrag mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen worden (Drucksache 18/5799).

Weitere finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus von der FHH zugesicherten Zuwendungen für die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR i.H.v. 1.520,9 Mio. Euro. Für weitergehende Informationen wird auf den Anhang zum Konzernabschluss (Abschnitt 4.13) verwiesen.

3.17 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Seit 1994 dürfen zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen bestimmte derivative Instrumente am Geld- und Kapitalmarkt (z. B. Zinsswaps, Zinsbegrenzungsgeschäfte) eingesetzt werden. Derivate werden ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken genutzt.

Zum 31.12.2008 beträgt das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte 4.108,0 Mio. Euro (Vorjahr: 3.538,7 Mio. Euro).

Übersicht über das Derivatgeschäft

ZINSDERIVATE	31.12.2007 in Mio. Euro	Abgänge in Mio. Euro	Zugänge in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
FHH zahlt fest / erhält variabel	1.446	-491	1.050	2.005
<i>davon ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>1.006</i>	<i>-76</i>	<i>675</i>	<i>1.605</i>
<i>davon mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>440</i>	<i>-415</i>	<i>375</i>	<i>400</i>
FHH zahlt fest / erhält fest	250	0	61	311
<i>davon ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>250</i>	<i>0</i>	<i>61</i>	<i>311</i>
FHH zahlt variabel / erhält fest	1.492	-50	50	1.492
<i>davon ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>867</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>867</i>
<i>davon mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>625</i>	<i>-50</i>	<i>50</i>	<i>625</i>
FHH zahlt variabel / erhält variabel	300	0	0	300
<i>davon ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>150</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>150</i>
<i>davon mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>150</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>150</i>
Summe Swaps	3.488	-541	1.161	4.108
<i>davon ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>2.023</i>	<i>-76</i>	<i>675</i>	<i>2.622</i>
<i>davon mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen</i>	<i>1.465</i>	<i>-465</i>	<i>486</i>	<i>1.486</i>
Swaptions (Zinsbegrenzungsgeschäfte)	51	-51	0	0
SUMME	3.539	-592	1.161	4.108

Die Verbindlichkeiten aus derivativ beeinflussten Kreditgeschäften betragen 2.064,8 Mio. Euro. Ein Teil der Kreditvereinbarungen wurde mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen abgeschlossen.

STRUKTURIERTE FINANZIERUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro	Abgänge in Mio. Euro	Zugänge in Mio. Euro	31.12.2008 in Mio. Euro
Strukturierte Anleihen	228	0	0	228
Strukturierte Darlehen				
Festsatzdarlehen mit Wandlungsrecht des Gläubigers	100	0	0	100
Festsatzdarlehen mit Kündigungsrecht des Gläubigers	666	-228	315	753
Festsatzdarlehen mit Kündigungsrecht des Schuldners	0	0	61	61
Zinsphase variabel/variabel	475	-25	0	450
Zinsphase fest/variabel	198	0	0	198
<i>davon variabel verzinslich</i>	75	0	0	75
<i>davon fest verzinslich</i>	123	0	0	123
Variabel/Fest mit Wandlungsrecht des Gläubigers	100	0	0	100
Variabel mit Kündigungsrecht des Schuldners	75	0	0	75
Variabel/Fest mit Kündigungsrecht des Gläubigers	100	0	0	100
Summe Strukturierte Darlehen	1.714	-253	376	1.837
SUMME STRUKTURIERTE FINANZIERUNGEN	1.942	-253	376	2.065

4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

4.1 ERTRÄGE

Die **Erträge aus Verwaltungstätigkeit** von 10.159,1 Mio. Euro (Vorjahr: 9.347,1 Mio. Euro) resultieren im Wesentlichen aus Steuererträgen. Des Weiteren zählen Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz, aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern sowie Geldstrafen und aus privatrechtlichen Entgelten zu den Erträgen aus Verwaltungstätigkeit.

ERTRÄGE AUS VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.474	9.275
<i>davon Gemeinschaftsteuern</i>	4.758	5.071
<i>davon Landessteuern</i>	831	935
<i>davon Gemeindesteuern</i>	2.799	3.233
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>	86	36
Gebühren, Beiträge und Aufwendungsersatz	699	688
Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder, Geldstrafen	56	50
Privatrechtliche Entgelte	118	146
GESAMT	9.347	10.159

Die **Steuererträge und steuerähnlichen Erträge** gliedern sich nach Steuerarten wie folgt:

STEUERERTRÄGE UND STEUERÄHNLICHE ERTRÄGE	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer	3.218	3.731
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	734	748
Gewerbsteuer	1.719	1.875
Umsatzsteuer	1.447	1.507
Körperschaftsteuer	323	210
Grunderwerbsteuer	331	259
Grundsteuer	332	464
Sonstige Steuern und steuerähnliche Erträge	370	481
GESAMT	8.474	9.275

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Steuererträgen Hamburgs ein deutliches Plus zu verzeichnen. Hervorzuheben sind deutliche Mehrerträge bei der Lohnsteuer, die auf die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und vergleichsweise hohe Lohnabschlüsse der Tarifpartner zurückzuführen sind. Da die Anpassung der Beschäftigungssituation der konjunkturellen Entwicklung immer erst zeitverzögert folgt, hat sich der konjunkturelle Einbruch im zweiten Halbjahr 2008 nur geringfügig auf die Lohnsteuererträge ausgewirkt. Trotz allgemein rückläufiger Unternehmensgewinne ist auch bei der Gewerbesteuer abermals ein Aufkommenszuwachs zu verzeichnen, weil die zu leistenden Vorauszahlungen durch die Unternehmen meist ebenfalls erst mit Zeitverzug an die veränderte Ertragslage angepasst werden.

Eine Ausnahme bei der Entwicklung der Gemeinschaftsteuern bildet dagegen die Aufkommensentwicklung der Körperschaftsteuer. Ursächlich für das historisch niedrige Ertragsniveau sind bundesweite Ertragseinbußen. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die Unternehmenssteuerreform. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Anrechenbarkeit der Kapitalertragsteuer auf die Körperschaftsteuer.

Bei den Landessteuern steht einer spürbaren Ertragsverbesserung bei der Erbschaftsteuer, die aus betragsmäßig hohen Einmaleffekten resultiert, ein Ertragsrückgang bei der Grunderwerbsteuer gegenüber. Diese Ertragsverschlechterung von knapp einem Drittel im Vergleich zum Vorjahr fällt nach zwei Jahren sehr hoher Aufkommenszuwächse, die auf die dynamische Situation des Immobilienmarktes zurückzuführen waren, erwartungsgemäß aus und stellt insofern eine Normalisierung dar.

Die **Erträge aus Transferleistungen** betragen 640,7 Mio. Euro (Vorjahr: 812,4 Mio. Euro). Hierbei handelt es sich vorwiegend um Zuwendungen aus dem öffentlichen Bereich. Die größten Posten sind:

- zweckgebundene Zuwendungen des Bundes i. H. v. 292,7 Mio. Euro (Vorjahr: 394,0 Mio. Euro) und
- Transferleistungen für Soziales i. H. v. 285,2 Mio. Euro (Vorjahr: 281,3 Mio. Euro).

Die Erträge aus Transferleistungen waren 2007 aufgrund von Einmaleffekten aus der Periodisierung der zweckgebundenen Zuwendungen vom Bund höher ausgefallen.

Die **Sonstigen Erträge** von 894,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3.422,0 Mio. Euro) beinhalten:

SONSTIGE ERTRÄGE	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.731	335
Erträge aus Versorgungsbezügen nach § 107b BeamtVG *	87	0
Veränderungen aus Anlageninventur	0	18
Erträge aus Nachaktivierungen	85	157
Erträge aus Anlagenabgängen	27	92
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	167	159
Kamerale Überleitung	12	0
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	260	43
Übrige sonstige Erträge	53	90
GESAMT	3.422	894

* Die Erträge aus Versorgungsbezügen nach § 107b BeamtVG sind mit 6,1 Mio. Euro in den Erträgen aus Transferleistungen enthalten. Sie wurden 2007 erstmals erfasst.

Die außergewöhnlich hohen **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** im Vorjahr beruhten überwiegend auf der mit dem Abschluss zum 31.12.2007 vorgenommenen Änderung, die Versorgungsverpflichtungen gegenüber Landesbetrieben nicht mehr unter den Pensionsrückstellungen, sondern unter den Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen auszuweisen.

Die betreffenden Rückstellungsposten, aus denen sich die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zum 31.12.2008 ergeben, sind der Spalte »Auflösung« des Rückstellungsspiegels (siehe Abschnitt 3.13 »Rückstellungen«) zu entnehmen. Den größten Posten bilden hier die Auflösungen von Pensionsrückstellungen mit 153,5 Mio. Euro. Grund für diese Auflösungen sind u. a. Schwankungen in der Altersfluktuation, die sich aus wechselnden Übergangsfallzahlen vom aktiven Dienst in die Versorgung ergeben.

Anteilige Auflösungen von **Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen** gegenüber verbundenen Organisationen betragen 46,9 Mio. Euro. Bei den **Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** sind diverse Einzelrückstellungen für negatives Eigenkapital, z. B. für die Stiftung Museum für Kunst und Gewerbe, die Stiftung Museum für Völkerkunde sowie weitere Organisationen, anteilig aufgelöst worden.

Die **Veränderungen aus Anlageninventur** (u. a. aus der Umstellung von Pauschal- oder Festwerten auf Einzelnachweis) resultieren vornehmlich aus den im Zuge einer durchgeführten Anlageninventur vorzunehmenden Anpassungen in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Diese beziffern sich auf 17,8 Mio. Euro.

Die **Erträge aus Nachaktivierungen** von insgesamt 156,5 Mio. Euro sind durch Aktivierung diverser Grundstücke erzielt worden, die zuvor nicht im Bilanzvermögen der FHH erfasst waren.

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen **Erträge aus Anlagenabgängen** resultieren hauptsächlich aus zusätzlichen Grundstücksverkäufen.

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten** ergeben sich aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge i. H. v. 22,9 Mio. Euro (Vorjahr: 23,8 Mio. Euro) und für Investitionszuwendungen i. H. v. 135,1 Mio. Euro (Vorjahr: 142,2 Mio. Euro).

Die **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen** von insgesamt 42,6 Mio. Euro betreffen vorwiegend

- Regressforderungen von 24,4 Mio. Euro,
- Steuerforderungen von 8,7 Mio. Euro und
- Sozialhilfedarlehen von 8,6 Mio. Euro.

Der hohe Vorjahreswert resultierte aus Einmaleffekten im Zuge von Wertberichtigungen auf Steuerforderungen.

Aus kameraler Überleitung ergeben sich systemimmanent bedingt Erträge von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 11,8 Mio. Euro), die unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen werden.

Die **Übrigen sonstigen Erträge** enthalten im Wesentlichen periodenfremde Erträge i. H. v. 63,8 Mio. Euro, die vornehmlich auf Korrekturen zurückzuführen sind, die das Vorjahr betreffen.

4.2 AUFWENDUNGEN

Die **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** betragen im Berichtsjahr 1.127,6 Mio. Euro gegenüber 1.064,5 Mio. Euro im Vorjahr.

AUFWENDUNGEN AUS VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken	439	435
Bewirtschaftung und Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	94	129
Verwaltungsbedarf	399	431
Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen	84	89
Lehr- und Lernmittel	49	44
GESAMT	1.065	1.128

Im Geschäftsjahr 2008 betragen die **Personalaufwendungen** 3.740,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4.242,4 Mio. Euro).

PERSONALAUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Löhne und Gehälter	588	608
Beamtenbezüge	1.385	1.406
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.269	1.726
<i>davon Zuführungen zu Pensionsrückstellungen</i>	<i>907</i>	<i>335</i>
GESAMT	4.242	3.740

Die **Löhne und Gehälter** sind im Vergleich zum Vorjahr leicht um 20,4 Mio. Euro angestiegen. Dieser Betrag ergibt sich im Wesentlichen aus:

- – 9,2 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Instituts für Hygiene und Umwelt,
- – 5,8 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNI),
- – 2,0 Mio. Euro aufgrund geringerer sonstiger Aufwendungen für Löhne und Gehälter,
- + 18,4 Mio. Euro aufgrund gestiegener Aufwendungen für die »Asklepios-Rückkehrer«
(siehe Abschnitt 3.13 »Rückstellungen«),
- + 13,0 Mio. Euro aufgrund der linearen Tarifierung zum 01.01.2008,
- + 6,0 Mio. Euro aufgrund zusätzlich geleisteter Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige im Zuge der Bürgerschaftswahl.

Durch die lineare Besoldungsanpassung zum 01.01.2008 und die Einmalzahlung im November 2008 haben sich auch die **Beamtenbezüge** erhöht. Die **Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung** sind hauptsächlich wegen geringerer Zuführungen zu Pensionsrückstellungen um 543,0 Mio. Euro gesunken. Bei den Pensionsrückstellungen sind die linearen Anpassungen bereits im Vorjahr berücksichtigt worden.

Die **Aufwendungen für Transferleistungen** betragen im Berichtsjahr 4.017,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4.259,4 Mio. Euro).

AUFWENDUNGEN FÜR TRANSFERLEISTUNGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
an Dritte (ohne öffentlicher Bereich)	2.553	2.624
an Tochterorganisationen	1.024	764
an den sonstigen öffentlichen Bereich	682	629
GESAMT	4.259	4.017

Der Rückgang dieser Aufwendungen ist u. a. auf die einmalige Umgliederung der Versorgungsverpflichtungen gegenüber Landesbetrieben nach § 26 Abs. 2 LHO und anderen ausgegliederten Tochterorganisationen 2007 zurückzuführen (siehe Abschnitt 3.13 »Rückstellungen«).

Die Aufwendungen für Transferleistungen an Dritte beinhalten u. a.:

- Hilfen zum Lebensunterhalt sowie Leistungen der Grundsicherung i. H. v. 672,7 Mio. Euro,
- Aufwendungen für Kindertagesbetreuung i. H. v. 401,2 Mio. Euro,
- Eingliederungshilfen i. H. v. 330,6 Mio. Euro,
- Hilfen zur Pflege (ambulant und stationär) i. H. v. 159,4 Mio. Euro sowie
- Hilfen zur Erziehung i. H. v. 143,3 Mio. Euro.

Die FHH zählt zu den Geberländern im **Länderfinanzausgleich**. Dafür sind Aufwendungen i. H. v. 381,2 Mio. Euro (Vorjahr: 367,2 Mio. Euro) entstanden. Diese enthalten Zuführungen zu den **Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen** i. H. v. 5,8 Mio. Euro für 2008.

Die planmäßigen linearen **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** betragen 580,9 Mio. Euro (Vorjahr: 564,4 Mio. Euro).

ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Handelsrechtliche außerplanmäßige Abschreibungen	0	18
Handelsrechtliche Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	277	280
Handelsrechtliche Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	40	37
Handelsrechtliche Abschreibungen auf Gebäude	110	116
Handelsrechtliche Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	137	130
GESAMT	564	581

Eine außerplanmäßige Abschreibung von 18,1 Mio. Euro ist im Zusammenhang mit der Übertragung von Grundstücken auf die FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH vorgenommen worden.

Die **Sonstigen Aufwendungen** betragen im Berichtsjahr 982,6 Mio. Euro und setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen:

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen	431	16
Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	55	13
Zuführungen zu Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen	57	0
Zuführungen zu Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	212	412
Zuführungen zu Rückstellungen für Altlastensanierung	0	30
Zuführungen zu Rückstellungen für Ausgleichsmaßnahmen	0	26
Zuführungen zu Allgemeinen Aufwandsrückstellungen	2	2
Zuführungen zu Verbindlichkeitsrückstellungen *	1.158	85
Verluste aus Anlagenabgang ohne Erlös	161	72
Nicht zu aktivierende Kostenanteile aus der Aktivierung von Anlagevermögen	0	215
Weitere Aufwendungen	69	91
Periodenfremde Aufwendungen	7	21
GESAMT	2.152	983

* Weitere 2,1 Mio. Euro sind in den Aufwendungen für Transferleistungen und 1,1 Mio. Euro in den Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit enthalten.

Bei den Wertberichtigungen auf Forderungen ist die Differenz zum Vorjahr auf die Anpassung der Berechnungsmethode im Abschluss 2007 zurückzuführen. Diese Umstellung führte im Vorjahr zu erhöhten Aufwendungen.

Die **Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen** gegen Dritte betragen 16,4 Mio. Euro. Hiervon entfallen 7,4 Mio. Euro auf eine Wertberichtigung von Forderungen der Justizkasse.

Die **Zuführungen zu Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** haben sich gegenüber 2007 von 211,5 Mio. Euro auf 412,2 Mio. Euro erhöht. Die Zuführungen beruhen im Wesentlichen auf neu gebildeten Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG von 149,3 Mio. Euro und der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR von 256,9 Mio. Euro.

Die **Zuführungen zu den Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen** betragen 88,0 Mio. Euro. Von diesen werden 84,5 Mio. unter den Sonstigen Aufwendungen ausgewiesen. Der größte Posten entfällt mit 74,8 Mio. Euro auf Versorgungsverpflichtungen gegenüber Landesbetrieben. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zuführungen um 1.092,2 Mio. Euro niedriger ausgefallen. Dies beruht vornehmlich auf der 2007 vorgenommenen Umgliederung von Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den Landesbetrieben i. H. v. 1.127,8 Mio. Euro. Dieser Einmaleffekt entfällt 2008.

Aus der Überprüfung von Anlagen im Bau sind **Nicht zu aktivierende Kostenanteile** i. H. v. 215,3 Mio. Euro festgestellt und als Aufwand gebucht worden. Dieser Betrag umfasst Aufwendungen von 32,4 Mio. Euro der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und von 184,8 Mio. Euro der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA), die im Rahmen von Bestandsaufnahmen festgestellt worden sind.

4.3 VERWALTUNGSERGEBNIS

Die FHH hat – trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr um 67,0 Mio. Euro – das Geschäftsjahr mit einem positiven Verwaltungsergebnis von 864,3 Mio. Euro abgeschlossen (Vorjahr: 931,3 Mio. Euro).

4.4 FINANZERGEBNIS

Das Finanzergebnis beträgt im Berichtsjahr –3.196,1 Mio. Euro (Vorjahr: –829,1 Mio. Euro).

FINANZERGEBNIS	Gesamt 2007 in Mio. Euro	Gesamt 2008 in Mio. Euro
Erträge aus Beteiligungen	38	66
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	105	140
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	–2.352
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–988	–1.050
GESAMT	–829	–3.196

Die **Erträge aus Beteiligungen** beinhalten Erträge aus der Gewinnabführung für das Wirtschaftsjahr 2007 i. H. v. 25,7 Mio. Euro. Der Anstieg dieses Postens wird durch den Wegfall von **Erträgen aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** kompensiert, bei denen die Gewinnabführung für 2006 im Vorjahr (11,8 Mio. Euro) ausgewiesen wurde.

Der Anstieg des Postens **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** um 35,8 Mio. Euro hat zwei unterschiedliche Ursachen: Zum einen sind die Zinserträge auf Tages- und Termingeldguthaben (inkl. der Zinserträge aus Darlehen mit verbundenen Organisationen) um 28,9 Mio. Euro auf 78,2 Mio. Euro gestiegen. Dies ist auf die in den Vorjahren aufgebauten Liquiditätsreserven zurückzuführen, die zum 31.12.2008 1.584,9 Mio. Euro betragen haben und die überwiegend zu Tagesgeldkonditionen kurzfristig bei Banken angelegt worden sind. Bei einer bis zum vierten Quartal unveränderten Zinsstrukturkurve sind mit diesen Anlagen erhebliche Zinserträge erzielt worden. Zum anderen sind höhere Erträge aus Zinssicherungsgeschäften, die mit 61,7 Mio. Euro den Vorjahreswert (54,7 Mio. Euro) um 7,0 Mio. Euro übersteigen, realisiert worden.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** sind 2008 um 62,2 Mio. Euro auf 1.050,0 Mio. Euro (Vorjahr: 987,8 Mio. Euro) gestiegen. Nach dem allgemeinen Zinsanstieg im Jahr 2007 haben 2008 die Zinssätze bis zum Ausbruch der weltweiten Finanzmarktkrise im September 2008 ein hohes Niveau erreicht, so dass für Umschuldungen auslaufender Kapitalmarktgeschäfte entsprechend höhere Zinsaufwendungen angefallen sind. Ein weiterer Grund des Anstiegs sind die höheren Zinsaufwendungen für langfristige Kredite mit variablen Zinskonditionen, bei denen die Zinssätze in zumeist halbjährlichem Rhythmus der Geldmarktentwicklung folgen. Dieser Anstieg wird bei wirtschaftlicher Betrachtung jedoch teilweise durch den Anstieg der Zinserträge kompensiert, soweit entsprechende Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden.

Um der Finanzmarktkrise entgegenzuwirken, haben die Notenbanken im vierten Quartal 2008 ihre Leitzätze in mehreren Schritten reduziert, so dass zum Jahresende das Zinsniveau deutlich hinter dem des Jahresanfangs zurückgefallen ist. Dies hat im Zinsergebnis des Jahres 2008 zu keiner nennenswerten Entlastung geführt.

Größter Posten bei den **Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** ist die Wertberichtigung der Anteile an der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH von 1.707,9 Mio. Euro. Die hohen Wertverluste einiger Beteiligungen (HSH Nordbank AG, Dedalus GmbH & Co. KGaA) und Schuldverschreibungen der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH machten diese anteiligen Abschreibungen notwendig.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte verteilen sich wie folgt:

- HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH mit 1.707,9 Mio. Euro,
- »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR mit 546,4 Mio. Euro,
- Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG mit 54,0 Mio. Euro,
- Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) mit 36,2 Mio. Euro,
- Berufsförderungswerk Hamburg GmbH (BFW) mit 4,4 Mio. Euro,
- Landesbetrieb Hamburgische Münze mit 2,2 Mio. Euro,
- Neue Schauspielhaus GmbH mit 0,5 Mio. Euro und
- Hamburgische Staatsoper GmbH mit 0,4 Mio. Euro.

4.5 JAHRESERGEBNIS

Das negative Finanzergebnis von 3.196,1 Mio Euro ist für das negative **Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit** von –2.331,8 Mio. Euro (Vorjahr: +102,2 Mio. Euro) im Wesentlichen ursächlich.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind im Geschäftsjahr 2008 nicht angefallen, so dass der Jahresfehlbetrag ebenfalls 2.331,8 Mio. Euro beträgt.

5 Sonstige Pflichtangaben

5.1 SENAT ZUM 31.12.2008

In der FHH bilden der Erste Bürgermeister und die Senatorinnen und Senatoren den Senat. Der Senat ist die Landesregierung. Er führt und beaufsichtigt die Verwaltung.

Senatsmitglieder:

- Ole von Beust (CDU), Präsident des Senats und Erster Bürgermeister
- Christa Goetsch (GAL), Behörde für Schule und Berufsbildung und Zweite Bürgermeisterin
bis 07.05.2008: Birgit Schnieber-Jastram (CDU), Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz und Zweite Bürgermeisterin
bis 07.05.2008: Alexandra Dinges-Dierig (CDU), Behörde für Schule und Berufsbildung
- Axel Gedaschko (CDU), Behörde für Wirtschaft und Arbeit
bis 07.05.2008: Gunnar Uldall (CDU), Behörde für Wirtschaft und Arbeit
- Dr. Herlind Gundelach (CDU), Behörde für Wissenschaft und Forschung
bis 07.05.2008: Jörg Dräger, Ph. D. (parteilos), Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Prof. Dr. Karin v. Welck (parteilos), Behörde für Kultur, Sport und Medien
- Christoph Ahlhaus (CDU), Behörde für Inneres
bis 07.05.2008: Udo Nagel (parteilos), Behörde für Inneres
- Dr. Michael Freytag (CDU), Finanzbehörde
- Dr. Till Steffen (GAL), Justizbehörde
bis 07.05.2008: Carsten-Ludwig Lüdemann (CDU), Justizbehörde
- Anja Hajduk (GAL), Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
bis 07.05.2008: Axel Gedaschko (CDU), Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Dietrich Wersich (CDU), Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz

Die Summe der Amtsbezüge der Mitglieder des Senats beträgt für das Jahr 2008 1,86 Mio. Euro.

5.2 BÜRGERSCHAFT ZUM 31.12.2008

Die Bürgerschaft umfasst 121 Mitglieder aus vier Fraktionen.

CDU-Fraktion (56 Mitglieder):

Ahrons, Barbara; Beuß, Wolfgang; Bliebenich, Bettina (bis 12.03.2008); Böttcher, Niels (bis 12.03.2008); Böttger, Olaf; Capeletti, Bernd; Claußen, Bruno (bis 12.03.2008); Dietrich, Lars (bis 12.03.2008); Dinges-Dierig, Alexandra (seit 07.05.2008); Dreyer, Dieter (seit 12.03.2008); Eggers, Karin (bis 12.03.2008); Ehlers, Inge (bis 12.03.2008); Engels, Hartmut; Erkalp, David (seit 12.03.2008); Felskowsky, Thomas (seit 12.03.2008); Finck, Henning (bis 12.03.2008); Fischer, Lydia; Föcking, Dr. Friederike (seit 12.03.2008); Frankenberg, Egbert von; Freistedt, Marino; Frommann, Jörn; Fuchs, Michael (bis 12.03.2008); Gienow, Hanna; Goldberg, Thies G. J.; Grapengeter, Jens; Hamann, Jörg; Harlinghausen, Rolf; Hecht, Heiko; Heinemann, Robert; Heintze, Roland; Hesse, Klaus-Peter; Hochheim, Dr. Natalie; Hoth, Dietrich (bis 12.03.2008); Jäger, Dr. Manfred (bis 09.05.2008); Jensen, Hans Heinrich (bis 12.03.2008); Jürs, Vera (bis 12.03.2008); Kempfert, Dr. Angelika (bis 09.05.2008); Kleibauer, Thilo; Koop, Karen; Kreuzmann, Thomas (seit 12.03.2008); Krüger, Harald; Kruse, Rüdiger; Lafrenz, Hans; Langhein, Dr. A. W. Heinrich; Lemke, Dittmar; Machaczek, Bettina; Martens, Brigitta; Mattner, Dr. Andreas (bis 12.03.2008); Meyer-Kainer, Marita (bis 12.03.2008); Mohaupt, Dr. Lutz (seit 12.03.2008); Müller, Stephan (seit 14.05.2008); Müller-Kallweit, Wolfgang; Niedmers, Ralf; Ohlsen, Olaf; Özkan, Aygül (seit 12.03.2008); Ploog, Wolfhard; Reinert, Bernd (bis 09.05.2008); Röder, Berndt; Roock, Hans-Detlef; Rusche, Dietrich (bis 12.03.2008); Sardina, Alexander-Martin (bis 12.03.2008); Schira, Frank; Schnieber-Jastram, Birgit (seit 07.05.2008); Seelmaecker, Richard (seit 12.03.2008); Spethmann, Viviane; Stehr, Dr. Diethelm (bis 12.03.2008); Stemmann, Hjalmar (seit 12.03.2008); Stöver, Birgit (seit 12.03.2008); Strasburger, Stefanie (bis 12.03.2008); Thomas, Elke; Trepoll, André; Voet van Vormizeele, Kai; Wankum, Andreas C.; Warnholz, Karl-Heinz; Wersich, Ekkehart; Westinner, Monika (seit 12.03.2008); Winter, Herbert (bis 12.03.2008)

SPD-Fraktion (45 Mitglieder):

Badde, Elke (seit 12.03.2008); Balcke, Jan (seit 12.03.2008); Bekeris, Ksenija Milda (seit 12.03.2008); Bestmann, Tanja (bis 12.03.2008); Böddinghaus, Sabine (bis 12.03.2008); Böwer, Thomas; Brinkmann, Petra (bis 12.03.2008); Brüning, Prof. Dr. Barbara (bis 12.03.2008); Buschhüter, Ole Thorben (seit 12.03.2008); Buss, Wilfried; Ciftlik, Bülent (seit 12.03.2008); Cords, Ingrid (bis 12.03.2008); Dees, Hans-Christoff (bis 12.03.2008); Dobritz, Werner (bis 12.03.2008); Dobusch, Gabi (seit 12.03.2008); Domres, Anja (seit 12.03.2008); Dräger, Gesine (bis 12.03.2008); Dressel, Dr. Andreas; Duden, Barbara; Egloff, Ingo; Eisold, Gunnar (seit 12.03.2008); Ernst, Britta; Fiedler, Luisa (bis 12.03.2008); Frank, Günter; Grote, Andy (seit 12.03.2008); Grund, Uwe; Hakverdi, Metin (seit 12.03.2008); Kienscherf, Dirk; Klooß, Rolf-Dieter; Koeppen, Martina (seit 12.03.2008); Kretschmann, Lutz (bis 12.03.2008); Krischok, Annegret (seit 12.03.2008); Kühn, Philipp-Sebastian (seit 12.03.2008); Lein, Gerhard; Mandel, Doris (bis 12.03.2008); Marx, Wolfgang (bis 12.03.2008); Münster, Arno (seit 12.03.2008); Naumann, Dr. Michael (vom 12.03.2008 bis 15.06.2008); Neumann, Michael; Oldenburg, Dr. Christel (seit 12.03.2008); Özoğuz, Aydan (bis 12.03.2008); Petersen, Dr. Mathias; Pumm, Erhard (bis 12.03.2008); Quast, Jan (bis 12.03.2008 und wieder seit 16.06.2008); Rabe, Ties (seit 12.03.2008); Riecken, Jan-Peter (12.03.2008); Rogalski-Beeck, Karin (bis 12.03.2008); Rose, Wolfgang (seit 12.03.2008); Rosenfeldt, Jenspeter (bis 12.03.2008); Rugbarth, Andrea (seit 12.03.2008); Schaal, Dr. Monika; Schäfer, Dr. Martin; Schiedek, Jana (seit 12.03.2008); Schmidt, Jürgen (bis 12.03.2008); Schmitt, Stefan (seit 12.03.2008); Schulz, Rüdiger (bis 12.03.2008); Schumacher, Sören (seit 12.03.2008); Schüssler, Jürgen (bis 12.03.2008); Schwinke, Karl (seit 12.03.2008); Stapelfeldt, Dr. Dorothee; Thimm, Carola (seit 12.03.2008); Timmermann, Juliane (seit 12.03.2008); Timmermann, Karin; Tschentscher, Dr. Peter (seit 12.03.2008); Veit, Carola; Vogt-Deppe, Silke (bis 12.03.2008); Völsch, Thomas (seit 12.03.2008); Zuckerer, Walter (bis 12.03.2008)

GAL-Fraktion (12 Mitglieder):

Becker, Horst (seit 12.03.2008); Blömeke, Christiane; Goetsch, Christa (bis 07.05.2008); Gregersen, Martina; Güçlü, Nebahat; Gümbel, Dr. Eva (seit 12.03.2008); Gwosdz, Michael (seit 28.05.2008); Heitmann, Linda (seit 07.05.2008); Husen, Katja (bis 12.03.2008); Kerstan, Jens; Köncke, Gudrun (bis 12.03.2008); Lappe, Dr. Verena (bis 12.03.2008); Lieven, Claudius (bis 12.03.2008); Lühmann, Jörg (bis 12.03.2008); Maaß, Christian (bis 09.05.2008); Maier, Dr. Willfried (bis 12.03.2008); Möller, Antje; Müller, Farid; Opitz, Dr. Heike (bis 12.03.2008); Sarrazin, Manuel (bis 12.03.2008); Steffen, Dr. Till (bis 07.05.2008); Waldowsky, Andreas (seit 12.03.2008); Weggen, Jenny (seit 07.05.2008)

DIE LINKE-Fraktion (8 Mitglieder):

Artus, Kersten (seit 12.03.2008); Baum, Elisabeth (seit 12.03.2008); Bischoff, Dr. Joachim (seit 12.03.2008); Hackbusch, Norbert (seit 12.03.2008); Heyenn, Dora (seit 12.03.2008); Joithe-von Krosigk, Wolfgang (seit 12.03.2008); Schneider, Christiane (seit 12.03.2008); Yildiz, Mehmet (seit 12.03.2008)

5.3 BESCHÄFTIGTE

	Beamte		Arbeitnehmer		Gesamt	
	Stichtag 31.12.2008	Jahres- durchschnitt 2008	Stichtag 31.12.2008	Jahres- durchschnitt 2008	Stichtag 31.12.2008	Jahres- durchschnitt 2008
Kernverwaltung (inkl. Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO ohne eigenes Rechnungswesen)						
Anzahl aller Beschäftigungsverhältnisse	37.695	37.534	20.872	20.446	58.567	57.981
abzüglich Auszubildende	-1.579	-1.459	-908	-855	-2.487	-2.314
abzüglich Beurlaubte	-1.722	-1.721	-874	-855	-2.596	-2.576
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase Altersteilzeit	-103	-129	-522	-512	-625	-641
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase des Sabbatmodells	-143	-117	-9	-8	-152	-125
GESAMT	34.148	34.108	18.559	18.216	52.707	52.325

Aufgrund von unterschiedlichen Abgrenzungen des Personenkreises weichen die Beschäftigtenzahlen von den im Abschnitt 3.13 »Rückstellungen« genannten aktiv Beschäftigten ab.

Weitere Angaben zur Anzahl und Struktur der Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung enthält der jährlich erscheinende Personalbericht des Senats.  <http://www.hamburg.de/publikationen-formulare-start/30112>

Weitere Informationen

2000



144 **Beteiligungsübersicht 2008**

157 **Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses**

158 **Glossar**

161 **Impressum**

Beteiligungsübersicht 2008

Aufstellung des Anteilsbesitzes der Freien und Hansestadt Hamburg zum 31.12.2008 (§§ 287, 313 Abs. 4 HGB)

ORGANISATION	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen						
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	14.074	2.124	3), 5)
Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	20.039	-183	3)
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	13.790	0	3)
Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	32.961	715	3)
Landesbetrieb Hamburgische Münze	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	13.678	762	2), 3)
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	-9.012	275	3)
Landesbetrieb Verkehr	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	11.009	2.351	2), 3)
Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	78.026	0	3)
f & w fördern und wohnen AöR	AöR	Hamburg	100,00	28.488	-10.958	3)
Hamburg Port Authority (HPA)	AöR	Hamburg	100,00	570.338	5.125	3)
Hamburger Friedhöfe AöR	AöR	Hamburg	100,00	9.286	196	3)
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	AöR	Hamburg	100,00	752.766	0	3)
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	AöR	Hamburg	100,00	-256.906	-770.257	3)
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	AöR	Hamburg	100,00	992.270	31.476	3)
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	AöR	Hamburg	100,00	70.591	5.564	3)
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	KöR	Hamburg	100,00	37.136	-5.717	3)
Innovationsstiftung Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	53.692	335	3)
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH	GmbH	Hamburg	94,00	607	206	
Bäderland Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	38.093	0	1)
Berufsbildungswerk Hamburg GmbH (BBW)	GmbH	Hamburg	90,00	21.228	189	5)
Berufsförderungswerk Hamburg GmbH (BFW)	GmbH	Hamburg	100,00	8.171	-317	3), 5)
BNM Baugesellschaft Neue Messe mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	
combisped Hanseatische Spedition GmbH	GmbH	Lübeck	69,65	12.600	0	1)
ctd Container-Transport-Dienst GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	256	0	1)
CTL Container Terminal Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	69,65	4.755	0	1)
FFG Fahrzeugwerkstätten Falkenried GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.100	0	1)
Fischmarkt Hamburg-Altona GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	3.491	0	1)
Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	GmbH	Hamburg	51,00	63.760	0	1)
Friedr. Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.163	0	1)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Bei St. Annen GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	7.868	897	
Grundstücksgesellschaft Polizeipräsidium GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	28	0	1)
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	279.213	27.949	
GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH	GmbH	Hamburg	100,00	992	0	1)
GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	274.622	0	1)
Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	GmbH	Hamburg	100,00	11.679	0	1)
Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH (HaGG-Vermögen)	GmbH	Hamburg	60,00	4.536	1.011	3)
Hamburger Wasserwerke GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	141.679	0	1)
Hamburgische Staatsoper GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-63	-388	3), 7)
HCCR Hamburger Container- und Chassis-Reparatur-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,65	1.909	0	1)
HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	985	0	1)
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Teilnehmungsmanagement mbH	GmbH	Hamburg	100,00	2.459.836	-859.824	3)
HHLA Container Terminal Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	74.938	0	1)
HHLA Container Terminal Tollerort GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	32.669	0	1)
HHLA Container Terminals Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HHCT)	GmbH	Hamburg	69,65	111.410	0	1)
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	52,17	151.394	77.370	
HHLA CTA Besitzgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	52,17	565	409	
HHLA Frucht- und Kühl-Zentrum GmbH	GmbH	Hamburg	35,51	13.747	1.614	4)
HHLA Intermodal GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	29.039	0	1)
HHLA Rosshafen Terminal GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	16.417	1.459	
HHLA-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	133.805	0	1)
HSG Hanseatische Siedlungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	8.891	0	1)
HWW-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	613.828	0	1)
IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	1)
KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	100	0	1)
KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	50	0	1)

ORGANISATION (Fs.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG)	GmbH	Schenefeld	97,06	10.939	0	1)
Reisering Hamburg RRH GmbH	GmbH	Hamburg	89,15	2.064	0	1)
RMH Real Estate Maintenance Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	100	0	1)
SAGA Erste Immobiliengesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	7.200	0	1)
SCA Service Center Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	52,17	600	0	1)
Service Center Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	26	0	1)
sprig-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	17.370	0	1)
SRH Verwaltungsgesellschaft mbH (SRHV)	GmbH	Hamburg	100,00	8.323	-674	
TEREG Gebäudedienste GmbH	GmbH	Hamburg	56,00	1.731	0	1)
UNIKAI Lagerei- und Speditionsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	35,52	5.248	3.045	4)
Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ)	GmbH	Hamburg	100,00	96	0	1)
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	89.910	10.819	3)
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	AG	Hamburg	69,65	361.170	108.907	
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	AG	Hamburg	100,00	142.434	0	1)
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	AG	Hamburg	100,00	547.291	65.829	3)
SprIG – Sprinkenhof AG	AG	Hamburg	100,00	6.486	0	1)
Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein Aktiengesellschaft (VHH)	AG	Hamburg	96,90	17.122	0	1)
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	-149.313	-187.386	3)
GroundSTARS GmbH & Co. KG (GroundSTARS KG)	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	795	0	1)
HOCHBAHN Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	56.038	0	1)
HOCHBAHN Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	39.572	0	1)
Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co.	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	77.348	5.485	3)
Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	539.745	-2.627	3)
FHK Flughafen Hamburg Konsortial und Service GmbH & Co. oHG	oHG	Hamburg	51,00	0	14.781	

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At equity bewertete Organisationen						
Dataport	AöR	Altenholz	41,67	47.190	-6.846	3), 9)
Statistikamt Nord	AöR	Hamburg	47,50	2.850	-381	3), 9)
Asklepios Kliniken Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	151.758	1.207	9)
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	GmbH	Hamburg	50,00	13	-381	9)
Hansaport Hafendienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	34,13	5.113	0	1), 9)
HanseCom Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	26,00	1.644	-5	7), 9)
HHLA Logistics GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	-1.237	-1.327	9)
Pier Holding GmbH	GmbH	Hamburg	34,18	491	31	3), 5), 9)
Polzug Intermodal GmbH	GmbH	Hamburg	23,19	6.021	359	9)
AKN Eisenbahn AG	AG	Kaltenkirchen	50,00	9.979	0	1), 3), 9)
HSH Nordbank AG	AG	Kiel und Hamburg	30,41	5.024.244	-3.093.020	9)
Transfracht Internationale Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	34,83	3.900	105	9)

ORGANISATION (FS.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige direkte Beteiligungen der FHH						
HafenCity Universität (HCU)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	10.166	4.375	3), 5), 8)
Hochschule für bildende Künste (HfbK)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	1.580	203	3), 5), 8)
Hochschule für Musik und Theater (HfMT)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	3.650	-996	3), 5), 8)
Institut für Hygiene und Umwelt	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	8.172	1.180	3), 5), 13)
Kasse.Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	987	0	3), 5), 8)
Staats- und Universitätsbibliothek (SUB)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	4.704	496	3), 11)
Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	22.300	4.953	3), 11)
Universität Hamburg (UHH)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	69.122	26.373	3), 5), 6), 11)
Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB)	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	19.783	2.894	3), 5), 8), 11)
Hamburger Volkshochschule	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	2.203	-4.864	3), 5), 8)
Laeiszhalle Musikhalle Hamburg	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	453	272	3), 8)
Landesbetrieb Philharmonisches Staatsorchester	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	376	-5.066	3), 5), 7), 8)
Landesbetrieb Planetarium	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	9.744	-399	3), 8)
Landesbetrieb Rathaus-Service	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.217	4	3), 8)
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.382	19	3), 7), 8)
Zentrum für Personaldienste (ZPD)	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.700	211	3), 5), 8)
Claus-Ramm-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	18	0	3), 5), 8)
Ebba-Wittke-Nachlass	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	23	0	3), 5), 8)
Israel Samuel Bonn – Legat	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	30	0	3), 8)
Ludwig-Peters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	69	0	3), 8)
Luise-Gothmann-Fonds	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	8	0	3), 8)
Maria-Wolters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	2	0	3), 5), 8)
Richard-Bruns-Vermächtnis	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	5	0	3), 5), 6), 8)
Sondervermögen »Stadt und Hafen«	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	k. A.	-7.566	3), 11)
Stiftung Harburg	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	72	0	3), 8)
Eichdirektion Nord	AöR	Kiel	30,00	3.401	-504	2), 3), 5), 6), 9), 14)
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI)	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	534	284	3), 8)
Stiftung Elbefonds	Stiftung des öR	Grünendeich	100,00	10.000	0	3), 5), 6), 8)
Stiftung Hamburger Kunsthalle	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-1.317	-246	3), 8)
Stiftung Historische Museen Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-2.320	-846	3), 8)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige direkte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Stiftung Museum für Kunst und Gewerbe	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-6	44	3), 8)
Stiftung Museum für Völkerkunde	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-155	-109	3), 8)
Bewerungskomitee UNIVERSIADE HAMBURG 2015 Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	44,80	40	-1.352	3), 9), 14)
Centrum für Angewandte Nanotechnologie GmbH (CAN)	GmbH	Hamburg	34,80	27	1	3), 8)
Deichtorhallen Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-19	-38	3), 8)
Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)	GmbH	Hamburg	27,38	4.199	669	3), 9), 14) 3), 5), 6), 7), 8)
Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	3), 9), 14)
European ScreeningPort GmbH	GmbH	Hamburg	40,85	-193	-204	3), 9), 14)
FilmFörderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH (FFHSH)	GmbH	Hamburg	74,80	26	0	3), 8)
HAB Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	10.943	350	3), 8)
Hamburg Marketing GmbH (HMG)	GmbH	Hamburg	55,00	100	0	3), 8)
Hamburg Media School GmbH (HMS)	GmbH	Hamburg	50,00	303	-81	3), 9), 14)
Hamburg Tourismus GmbH (HHT)	GmbH	Hamburg	48,75	87	7	3), 9), 13)
hamburg.de Beteiligungs GmbH	GmbH	Hamburg	24,87	67	4	3), 9), 14)
Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)	GmbH	Hamburg	85,50	60	0	3), 8)
Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF)	GmbH	Hamburg	42,00	151	100	3), 9), 14)
HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft	GmbH	Hamburg	95,20	199	146	3), 8), 13)
IBA Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	3), 8)
IGS Internationale Gartenschau Hamburg 2013 Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	66,60	-3.731	-2.159	3), 8)
LOTTO Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.787	3.757	3), 13)
MAZ level one GmbH	GmbH	Hamburg	22,00	170	-122	3), 9), 14)
Neue Schauspielhaus GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-533	-328	3), 7), 8)
Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	50	0	3), 9), 14)
ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.004	229	3), 6), 8)
Thalia-Theater GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.119	206	3), 7), 8)
TuTech Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.069	404	3), 5), 11)
Winterhuder Werkstätten GmbH (WW GmbH)	GmbH	Hamburg	37,68	17.192	-457	3), 5), 8), 15)
FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	39.546	-3.836	3), 13), 14)
hamburg.de GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	24,87	-2.632	-468	3), 9), 14)

ORGANISATION (FS.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH						
1. HaGG Hamburger Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	60,00	–	–	8)
ABG Ahrensburger Busbetriebsgesellschaft mbH	GmbH	Ahrensburg	56,20	–	–	8)
Aerotronic – Aviation Electronic Service GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
AHS Hamburg Aviation Handling Services GmbH	GmbH	Hamburg	33,38	–	–	9), 14)
AIRSYS Airport Business Information Systems GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Ambulanzzentrum des UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Analytical Services North GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Arbeitsstiftung Hamburg Gesellschaft für Mobilität im Arbeitsmarkt mbH	GmbH	Hamburg	45,00	–	–	9), 14)
ATG Alster-Touristik GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
BCH Baucontrol Hamburg Gesellschaft für Qualitätssicherung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
BeNEX GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	9)
Berufliches Trainingszentrum Hamburg GmbH – BTZ	GmbH	Hamburg	90,89	–	–	8)
BFW Vermittlungskontor GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Biotex GmbH	GmbH	Hamburg	20,00	–	–	9), 14)
Biowerk GmbH	GmbH	Hamburg	47,50	–	–	9), 14)
BTI Blohm und TEREK Industriedienstleistungen GmbH	GmbH	Hamburg	28,00	–	–	13)
C.A.T.S. Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Kassel	25,50	–	–	9), 14)
Chance Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
CONSULAQUA Hamburg Beratungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
CSP Commercial Services Partner GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
CTT Besitzgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
Cuxcargo Hafenbetrieb Verwaltungs-GmbH	GmbH	Cuxhaven	34,83	–	–	9), 14)
DHU Gesellschaft für Datenverarbeitung Hamburger Umschlagsbetriebe mbH	GmbH	Hamburg	24,83	–	–	9), 14)
Diagnostic and Science GmbH (DAS)	GmbH	Schwerin	50,00	–	–	9), 14)
EVG Elmshorner Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Elmshorn	97,06	–	–	8)
FBG Fulda Bus GmbH	GmbH	Fulda	51,00	–	–	8)
FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Filmfest Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	74,80	–	–	8)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
ForEx Gutachten GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
GAC German Airport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
GGAB Gemeinnützige Gesellschaft für Alten- und Behindertenhilfe mbH	GmbH	Hamburg	50,00	–	–	9), 14)
GHL Erste Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Block D mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Block T mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
GHL Zweite Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
Globus 24 Gesellschaft für Leistungen zur Omimobilität mit Bus und Schiene mbH	GmbH	Schenefeld	97,06	–	–	8)
GroundSTARS Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Grundstücksgesellschaft Billstr. 82–84 mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Grundstücksgesellschaft Kaltenkirchen Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
HAB Service Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HADAG Verkehrsdienste GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HafenCity Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HaGG Hamburger Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und Projektplanung mbH (HaGG-Projekt)	GmbH	Hamburg	60,00	–	–	8)
Hamburg Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	90,00	–	–	8)
Hamburg Travel GmbH	GmbH	Hamburg	49,50	–	–	9)
HAMBURG WASSER Service und Technik Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Hamburger Krematoriums-Transport-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	80,00	–	–	8)
Hamburger Verkehrsmittel-Werbung GmbH	GmbH	Hamburg	24,90	–	–	9), 14)
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gGmbH – HWWI	GmbH	Hamburg	50,00	–	–	9), 14)
Hanseatisches Schlackenkantor GmbH (HSK)	GmbH	Hamburg	20,84	–	–	9), 14)
HanseGM Gebäudemanagement GmbH	GmbH	Hamburg	28,00	–	–	9), 14)
HC Hamburg Consult Gesellschaft für Verkehrsberatung und Verkehrsmanagement mbH	GmbH	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)
HCCR Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)

ORGANISATION (FS.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
HEG Hamburger Entsorgungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	50,40	–	–	8)
HGL Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HHB Hamburg-Holstein-Bus GmbH	GmbH	Hamburg	96,90	–	–	8)
HHLA Intermodal Verwaltung GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
HHLA Logistics Altenwerder GmbH & Co. KG	GmbH	Hamburg	34,16	–	–	9), 14)
HHLA Logistics Altenwerder Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
HHLA Personal-Service GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
HHW Hamburger Hochbahn-Wache GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HMC International GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HNB Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
HOCHBAHN-Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Holsteiner Wasser GmbH	GmbH	Neumünster	50,00	–	–	9), 14)
HPC Hamburger Port Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
HPTI Hamburger Port Training Institute GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
HSE Hamburger Stadtentwässerung Verwaltungsgesellschaft	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HWC Hamburger Wohn Consult Gesellschaft für wohnungswirts. Beratung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
hySOLUTIONS GmbH	GmbH	Hamburg	61,00	–	–	8)
International Center for Graduate Studies der Universität Hamburg GmbH (ICGS)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	7), 8)
Junge Werkstatt – bbw Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	90,00	–	–	8)
KFE Energie GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
KLIFF Zentrum für Klimafolgenforschung GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)
Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Kombi-Transeuropa Terminal Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	26,09	–	–	9), 14)
komm.pass.arbeit gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
KSE Klinik Service Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
KTE Klinik Textil Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Kühne School of Logistics and Management GmbH	GmbH	Hamburg	26,00	–	–	9), 11)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
KViP Kreisverkehrsgesellschaft in Pinneberg mit beschränkter Haftung	GmbH	Pinneberg	46,55	–	–	9), 14)
Leipziger Institut für Energie GmbH (IE Leipzig)	GmbH	Leipzig	100,00	–	–	8)
Logisyst GmbH	GmbH	Hamburg	83,60	–	–	8)
LZU Leercontainer Zentrum Unikai GmbH	GmbH	Hamburg	45,27	–	–	9)
Martini-Klinik am UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Media Desk Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH	GmbH	Hamburg	74,80	–	–	8)
MediGate GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
METRANS Internat. Spedition und Transporte (Deutschland) GmbH	GmbH	Hamburg	35,87	–	–	9), 14)
Mobilitätszentrale Nord	GmbH	Uetersen	45,00	–	–	9), 14)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg Verwaltungs GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)
Multimedia Kontor Hamburg GmbH (MMKH)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH (MVZ AKK)	GmbH	Hamburg	94,00	–	–	8)
NBB Norddeutsche Bus-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	38,20	–	–	9), 14)
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Kalten- kirchen	50,50	–	–	8)
NOZ Norddeutsches Zyklotron GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	GmbH	Parchim	25,50	–	–	9), 14)
ODIG Ostdeutsche Instandhaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Parchim	25,50	–	–	9), 14)
Orthmann's Reisedienst >ORD< GmbH	GmbH	Hamburg	92,06	–	–	8)
P+R-Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	95,00	–	–	8)
PGF Planungsgesellschaft Finkenwerder mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Polder – Seehäfen – Harburg GmbH	GmbH	Hamburg	31,27	–	–	9), 14)
Polzug Intermodal Polska sp.zo.o., Warschau/Polen	GmbH	Polen	23,19	–	–	9), 14)
Pro Quartier Hamburg Gesell. für Sozialmanagement und Projekte mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
RMVB Ratzeburg-Möllner Verkehrsbetriebe GmbH	GmbH	Ratzeburg	73,64	–	–	8)
S.A.E.M.S. Verwaltungs-GmbH (SAEM Verwaltung)	GmbH	Hamburg	30,60	–	–	9), 14)
SAGA IT Services GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)

ORGANISATION (FS.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
SBG Süderelbe Bus GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Schleswig-Holstein-Bahn GmbH	GmbH	Kalten- kirchen	50,00	–	–	9), 14)
School of Life Science Hamburg gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Schulservice Hamburg Gesellschaft für Facility Management mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SecuServe Aviation Security and Services Hamburg GmbH (SecuServe Hamburg)	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
SecuServe Aviation Security and Services Holding International GmbH (SecuServe Holding)	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
ServCount Abrechnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SIM Sprinkenhof Immobilien Management GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SRH Beteiligungsgesellschaft mbH (SRHB)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SRH Wertstoff – Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Stadtverkehr Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	25,45	–	–	9), 14)
STARS Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	26,01	–	–	9), 14)
Stilbruch Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
STR Stadtteilreinigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
TFG Verwaltungs GmbH	GmbH	Frankfurt am Main	34,83	–	–	9), 14)
UKE Consult und Management GmbH	GmbH	Hamburg	40,00	–	–	9), 14)
Ulrich Stein GmbH	GmbH	Hamburg	35,52	–	–	9), 14)
Uniconsult Universal Transport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
Unikai Hafенbetrieb GmbH	GmbH	Hamburg	69,65	–	–	8)
Universitäres Herz- und Gefäßzentrum Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Universität Hamburg Marketing GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
UTZ, Universitäres Transplantationszentrum Hamburg gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
VBR-Verkehrsbetriebe- und Servicegesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	48,40	–	–	9), 14)
Vereinigung KITA Servicegesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Vereinigung Kitas Nord gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Verwaltung Hamburgischer Gebäude VHG GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Verwaltungsgesellschaft Finkenwerder mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Verwaltungsgesellschaft MVR Müllverwertung Rugenberger Damm mbH	GmbH	Hamburg	25,00	–	–	9), 14)
VHH Neumünster GmbH	GmbH	Neumünster	96,90	–	–	8)
VHS Verwaltung Hamburgische Seefahrtsbeteiligung GmbH	GmbH	Hamburg	20,00	–	–	9), 14)
VKN Vertriebsgesellschaft Kompostprodukte Nord mbH	GmbH	Hamburg	48,85	–	–	9), 14)
WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
WSH Wohnservice Hamburg Gesellschaft für wohnungswirtschaftl. Dienste mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Zentral-Omnibus-Bahnhof »ZOB« Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	83,29	–	–	8)
HADAG Seetouristik und Fährdienst AG	AG	Hamburg	100,00	–	–	13)
METRANS AG, Prag/Tschechien	AG	Tschechien	35,87	–	–	9), 10)
1. HaGG Hamburger Immobilien Beteiligung GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	60,00	–	–	12)
Biowerk Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	47,50	–	–	9), 14)
CATS Cleaning and Aircraft Technical Services GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	–	–	8)
Grundstücksgesellschaft Kaltenkirchen mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	–	–	8)
Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	42,84	–	–	13)
HNB Hamburger Nahverkehrs-Beteiligungsges. mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	–	–	8)
HSE Hamburger Stadtentwässerung Immobilien-gesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	–	–	8)
Molita Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Messe Hamburg KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	–	–	12)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)
MVR Müllverwertung Rugenberger Damm GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	25,00	–	–	9), 14)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Kalten- kirchen	50,50	–	–	8)
SAEMS Special Airport Equipment and Maintenance Service GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	30,60	–	–	9), 14)
SRH Wertstoff GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	–	–	8)
STARS Special Transport and Ramp Services GmbH & Co. KG (STARS KG)	GmbH & Co. KG	Hamburg	26,01	–	–	9), 14)


ORGANISATION (FS.)

	Rechtsform	Sitz	Durchg. BetQuote 31.12.2008 in %	EK gesamt 31.12.2008 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2008 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
At cost bewertete sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
WoWi Media GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	29,35	–	–	9), 14)
Cuxcargo Hafenbetrieb GmbH & Co. KG	KG	Cuxhaven	34,83	–	–	9), 14)
Rechenzentrum der Hamburger Staatstheater Gesellschaft bürgerlichen Rechts	GbR	Hamburg	100,00	–	–	7), 8)
HPC Ukraina Ltd., Odessa/Ukraine	Ldt.	Ukraine	69,65	–	–	8), 10)
IBZ Pankrac a.s., Nyrany/Tschechien	a.s.	Tschechien	35,87	–	–	9), 14)
METRANS Danube a.s., Danube/Slowakei	a.s.	Slowakei	35,87	–	–	9), 10)
METRANS Plzen, a.s., Prag/Tschechien	a.s.	Tschechien	35,87	–	–	9), 14)
METRANS UMSP Property a.s., Prag/Tschechien	a.s.	Tschechien	35,87	–	–	9), 14)
METRANS Danubia Kft., Gyor/Ungarn	Kft.	Ungarn	35,87	–	–	9), 14)
METRANS Adria D.O.O., Koper/Slowenien	d.o.o.	Slowenien	35,87	–	–	9), 14)
DYKO, s.r.o., Kolin/Tschechien	s.r.o.	Tschechien	35,87	–	–	9), 14)

Bei den sonstigen indirekten Beteiligungen wird auf die Angabe des Eigenkapitals und des Jahresergebnisses verzichtet.

- ¹⁾ Mit Ergebnisabführungs- bzw. Verlustübernahmevertrag, daher wird kein Jahresergebnis ausgewiesen.
- ²⁾ Das Jahresergebnis wird vor Abführung an den Haushalt dargestellt.
- ³⁾ Direkte Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg, im Jahresabschluss für die Kernverwaltung unter den Finanzanlagen bilanziert.
- ⁴⁾ Vollkonsolidiert trotz durchgerechneter Beteiligungsquote \leq 50 %, da weiterhin wesentlicher Einfluss.
- ⁵⁾ Der Abschluss ist vorläufig.
- ⁶⁾ Der Abschluss einer direkten Beteiligung liegt nicht vor.
- ⁷⁾ Die Organisation hat ein abweichendes Wirtschaftsjahr.
- ⁸⁾ Nicht vollkonsolidiert, da unwesentlich.
- ⁹⁾ Nicht vollkonsolidiert, da durchgerechnete Beteiligungsquote \leq 50 % bzw. kein wesentlicher Einfluss.
- ¹⁰⁾ Nicht vollkonsolidiert bzw. at equity, da ausländische Tochter.
- ¹¹⁾ Nicht vollkonsolidiert bzw. at equity, da die für die Aufstellung des Konzernabschlusses erforderlichen Angaben nicht ohne unverhältnismäßige Kosten oder Verzögerungen zu erhalten sind.
- ¹²⁾ Nicht vollkonsolidiert, da direkte Mutter aufgrund von Unwesentlichkeit nicht vollkonsolidiert wurde.
- ¹³⁾ Nicht vollkonsolidiert, da Voraussetzungen 2007 noch nicht erfüllt waren.
- ¹⁴⁾ Nicht at equity einbezogen, da unwesentlich.
- ¹⁵⁾ Nicht at equity einbezogen, da kein maßgeblicher Einfluss.

k. A.: Ein Wert liegt nicht vor.

Weitere Informationen zu den Tochterorganisationen und Beteiligungen der FHH enthält der Beteiligungsbericht der Stadt.  <http://www.beteiligungsbericht.fb.hamburg.de>

Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses

Der Jahres- und Konzernabschluss sowie der vorliegende Geschäftsbericht wurden von der Finanzbehörde erstellt.

Die Arbeiten zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses wurden unterstützt von:

- PricewaterhouseCoopers AG (Konzernabschluss der FHH)
- IDS Scheer AG (Jahresabschluss der FHH)

Der Rechnungshof prüft neben der kameralen Buchführung und Rechnungslegung auch die kaufmännischen Jahres- und Konzernabschlüsse der Stadt. Diese Prüfungen erfolgen im Sinne einer Qualitätssicherung und sollen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Bilanzierung sicherstellen. Eines gesonderten Bestätigungsvermerks zum Jahres- und Konzernabschluss bedarf es nicht, solange die Rechnungslegung nach kaufmännischen Grundsätzen haushaltsrechtlich nicht zwingend vorgeschrieben ist.

Der Rechnungshof wird über das Ergebnis der Prüfung des hier vorgelegten Jahres- und Konzernabschlusses 2008 in seinem Jahresbericht 2010 berichten.

Mit der Ergänzung zum Jahresbericht 2009 hat der Rechnungshof über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 berichtet (Rechnungshof der FHH, 20. April 2009). Die Prüfung hat sich unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit, der Wirtschaftlichkeit der Prüfung und des Fehlerrisikos auf Stichproben beschränkt. Gleichzeitig hat der Rechnungshof geprüft, ob die Konzernrichtlinie dem übergeordneten Transparenzziel entspricht und für die künftige Konzernrechnungslegung geeignet ist. Er ist zusammenfassend zu dem Ergebnis gelangt, dass der vom Senat vorgelegte Jahres- und Konzernabschluss die Transparenz über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt erhöht und dies einen wichtigen Schritt zu einer verbesserten Steuerung des Verwaltungshandelns darstellt.

Die Anmerkungen des Rechnungshofs wurden im Wesentlichen umgesetzt.

Glossar

Ausgewählte Begriffe auf einen Blick

Abschreibungen Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden im Rechnungswesen die für diese Güter anfallenden Anschaffungsbeziehungsweise Herstellungskosten erfolgswirksam auf die Jahre ihrer Nutzung aufgeteilt.

Anhang Der Anhang ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Er hat vor allem die Aufgabe, das Zahlenwerk der Bilanz und Ergebnisrechnung zu erläutern und zu ergänzen. Entsprechend der Ergänzungsfunktion des Anhangs sind dem Jahresabschlussadressaten im Rahmen des Anhangs Informationen, die sich nicht auf die Bilanz oder Ergebnisrechnung beziehen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unerlässlich sind, bereitzustellen.

Anlagenspiegel Beim Anlagenspiegel handelt es sich um eine Übersicht über die Entwicklung einzelner Gegenstände des Anlagevermögens innerhalb eines Geschäftsjahres.

Aufwendungen Aufwendungen stellen den Verbrauch an Mitteln oder den in Geld bewerteten Ressourcenverbrauch (Werteverzehr) eines Geschäftsjahres dar.

Bilanz In der Bilanz werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt somit Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals und des Eigenkapitals Auskunft über Schulden und Mittelherkunft.

Derivate Derivate sind Finanzinstrumente, deren Bewertung vom Preis sowie von den Preisschwankungen und -erwartungen eines zugrunde liegenden Finanzinstruments abgeleitet wird. Zu den bekanntesten Derivaten zählen Swaps, Optionen und Futures. Die FHH nutzt Derivate ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken. Spekulationsgeschäfte sind grundsätzlich verboten. (Siehe auch Zinsswapgeschäfte.)

Diskontierung Die Diskontierung (auch Abzinsung) ist eine Methode aus der Zinseszinsrechnung. Sie ermöglicht die Berechnung des Barwertes aus zeitlich späteren Zahlungen, indem diese Zahlungen auf einen Stichtag abgezinst werden.

Doppelte Buchführung (»Doppik«) Bei der doppelten Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der sogenannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Ergebnisrechnung). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort »Doppik« (= Doppelte Buchführung in Konten) etabliert.

Eigenkapital Das Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. In der Doppik wird darunter die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) einer Organisation und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den Sonderposten verstanden. Jahresüberschüsse erhöhen, Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Da bei der FHH keine Rücklagen gebildet werden, entspricht das Eigenkapital abzüglich der Jahresergebnisse gerade der Nettosition.

Eigenkapital-Spiegelbildmethode (auch Equity-Methode) Bei dieser Methode wird eine verbundene Organisation beziehungsweise Beteiligung mit dem Wert zu einem Stichtag angesetzt, der dem anteiligen Eigenkapital der FHH an dieser Organisation entspricht. Die Eigenkapital-Spiegelbildmethode wurde für die Erstbewertung von Finanzanlagen in der Eröffnungsbilanz der FHH herangezogen. Sie ist überdies eine Konsolidierungsmethode im Konzernabschluss.

Ergebnisrechnung Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge eines Geschäftsjahres die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.

Erträge Als Ertrag bezeichnet man den in Geld ausgedrückten Wertezuwachs in einem Geschäftsjahr.

Finanzrechnung Die Finanzrechnung beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen einer Periode. Solange die Kameralistik in der Freien und Hansestadt Hamburg das führende System darstellt, erfolgt die Rechenschaftslegung über die Finanzströme im Rahmen der kamerale Haushaltsrechnung als Finanzrechnung.

Forderungen Werden Waren oder Dienstleistungen gegen spätere Zahlung geliefert beziehungsweise erbracht («auf Ziel»), so hat der Verkäufer eine Forderung (Anspruch auf Erfüllung) gegen den Käufer in Höhe des Rechnungsbetrages zum Fälligkeitsdatum.

Fremdkapital Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relation zum Eigenkapital den Anteil der Fremdfinanzierung des Vermögens an.

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) Unter den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) versteht man allgemein anerkannte Regeln über die Führung der Bücher (Dokumentation) sowie die Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses. Die GoB stellen zwingend zu beachtende Rechtssätze dar, die das Gesetz ergänzen und überall dort greifen, wo Regelungslücken auftreten beziehungsweise wo spezifische Vorschriften einer Auslegung bedürfen.

Handelsgesetzbuch (HGB) Das Handelsgesetzbuch bildet den Kern des deutschen Handelsrechts. Es regelt die Rechtsverhältnisse der Kaufleute.

Immaterielle Vermögensgegenstände Immaterielle Vermögensgegenstände bezeichnen unkörperliche Gegenstände des Anlagevermögens. Sie können nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Beispiele sind geleistete Investitionszuwendungen, Konzessionen und Lizenzen.

Jahresabschluss Ein Jahresabschluss besteht aus einer Bilanz, einer Ergebnisrechnung und einem Anhang. Ein Lagebericht wird ergänzend zum Jahresabschluss erstellt. Durch die Einführung der Doppik wird in Hamburg die kamerale Rechnungslegung (Haushaltsrechnung) durch einen doppelischen Jahresabschluss erweitert.

Kameralistik Die Kameralistik ist die klassische Form der Buchführung im öffentlichen Sektor. Im Gegensatz zur Doppik betrachtet das kamerale Rechnungswesen lediglich die realen Zahlungsströme, jedoch nicht Erträge und Aufwendungen sowie Veränderungen von Vermögens- oder Schuldposten.

Kernbilanzierungskreis (KBK) Der Kernbilanzierungskreis ist der Bilanzierungskreis der Kernverwaltung. Neben Behörden und Ämtern werden ihm diejenigen Organisationsbereiche zugeordnet, die zwar mit der FHH verbunden, aber wirtschaftlich unselbstständig sind oder über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen oder keine selbstständig entscheidungsbefugte Leitung verfügen.

Konsolidierung Als Konsolidierung wird die Zusammenfassung von Einzelabschlüssen zum Konzernabschluss bezeichnet. Dies erfolgt im Rahmen einer Kapital-, Schulden- und Zwischenerfolgskonsolidierung. Auch sind in der Ergebnisrechnung konzerninterne Aufwendungen und Erträge sowie Umsätze zu bereinigen.

Lagebericht Der Lagebericht hat die Aufgabe, den durch den Jahresabschluss vermittelten Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FHH durch zusätzliche Angaben zu ergänzen. Er enthält zukunftsorientierte Informationen über die FHH und ihr Umfeld.

Minderheitenanteile Minderheitenanteile sind die Anteile des Eigenkapitals, die weiteren Gesellschaftern einer vollkonsolidierten Tochterorganisation der FHH zustehen. Minderheitenanteile werden im Zuge der Kapitalkonsolidierung berechnet und auf separaten Posten im Konzernabschluss ausgewiesen.

Nachtragsbericht Der Nachtragsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. In den Nachtragsbericht sind nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB und § 315 Abs. 2 Nr. 1 HGB Informationen über Tatbestände von besonderer Bedeutung aufzunehmen, die dem Jahresabschlusssteller zwischen Bilanzstichtag und Aufstellungsdatum bekannt geworden sind und die Einfluss auf die dargestellte wirtschaftliche Lage haben.

Rechnungsabgrenzungsposten Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Ergebnisermittlung und stellen keine Vermögensgegenstände dar. Dabei wird zwischen aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten unterschieden. Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Analog dazu werden als passive Rechnungsabgrenzungsposten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag bilanziert, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen Rückstellungen sind Passivposten, die solche finanziellen Verpflichtungen der Berichtsperiode als Aufwand zurechnen, die durch zukünftige Handlungen bedingt werden und deshalb bezüglich ihres Eintretens oder ihrer Höhe nicht völlig, aber dennoch ausreichend sicher sind. Beispiele sind Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen oder Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten.

Sonderposten Sonderposten werden als Gegenposition für aktivierte Vermögensgegenstände eingestellt, die aus Zuwendungsbeträgen von anderen öffentlichen Gebietskörperschaften oder privaten Dritten finanziert wurden. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Teilkonzernabschluss In einem mehrstufigen Konzern sind Tochterorganisationen, die gleichzeitig im Verhältnis zu nachgeordneten Organisationen Mutterorganisationen darstellen, für die ihnen nachgeordneten Teile grundsätzlich verpflichtet, einen Teilkonzernabschluss aufzustellen, sofern kein befreiender Konzernabschluss nach § 291 HGB vorliegt.

Transferleistungen Eine Transferleistung ist eine Geld- oder Sachleistung, die eine Person erhält, ohne dafür eine direkte Gegenleistung erbringen zu müssen. Der Begriff wird vor allem auf staatlich organisierte oder gesetzliche Leistungen angewandt. Zu den staatlichen Transferleistungen in Deutschland zählen unter anderem Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, BAföG, Elterngeld und Kindergeld.

Verbindlichkeiten Eine Verbindlichkeit stellt eine Verpflichtung zur Leistung dar. Sie steht am Bilanzstichtag ihrer Höhe und Fälligkeit nach fest.

Zinsswapgeschäfte Zinsswapgeschäfte werden zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken genutzt und betreffen beidseitig noch nicht erfüllte Zinszahlungsverpflichtungen. Dabei vereinbaren zwei Vertragspartner, zu bestimmten zukünftigen Zeitpunkten Zinszahlungen auf festgelegte Nennbeträge auszutauschen.

Impressum

Geschäftsberichtsteam

Hans Hinrich Coorssen (Amtsleiter Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde) dankt

- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fachbehörden und Ämtern, die bei der Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses und des Geschäftsberichts mitgewirkt haben; im Besonderen den Anlagenbuchhalterinnen und Anlagenbuchhaltern, den Inventurbeauftragten, den IC-Verantwortlichen und Konzernansprechpartnern sowie den Kolleginnen und Kollegen der Ämter Haushalt und Aufgabenplanung sowie Vermögens- und Beteiligungsmanagement;
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verbundenen Organisationen der Freien und Hansestadt Hamburg, die bei der Erstellung des Konzernabschlusses 2008 maßgeblich mitgewirkt haben;
- Ulrike Lempert (Leiterin Präsidialabteilung) und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Christoph Klamp, Caroline Klawitter, Daniel Stricker;
- Claus Rüter (Abteilungsleiter Haushalt und Grundsatz) und vor allem dem Team des Referats Jahres- und Konzernabschluss: Christian Heine, Karin Seeger, Lars Pohl, Monika Heitmann, Klaus Riebau, Olga Afanaseva, Christa Bossow, Tanja Ehrlich, Elisabeth Gay, Leena Graeger, Matthias Guckel, Maren Hess, Ralf Liesberg, Werner Lux, Wolfgang Marx, Birgit Mincke, Pamela Müller-Gerber, Petra Nickel, Olga Ott, Stefanie Scholz, Daniel Schwab, Arne Trost, Holger Voß, Susanne Wintersohl.

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg
www.hamburg.de/doppik

Rückfragen

Pressesprecher der Finanzbehörde
040/42823-1662

Fotos

www.fotolia.com (Sven Hoppe, thegnome)
www.hafencity.de (Elbe & Flut)
www.mediaserver.hamburg.de (M. Brinckmann,
Bucerius Law School, Elbe & Flut, C. Spahrbier)

Konzept und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte
GmbH & Co. KG, Hamburg

Druck

LangebartelsDruck, Hamburg

Klimaneutral gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier
Zertifikat Nr.:
167-53249-1109-1005



klimaneutral
www.climatepartner.com



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern und anderen
kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. SGS-COC-003573
© 1996 Forest Stewardship Council



www.hamburg.de

Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde

Gänsemarkt 36

20354 Hamburg

Telefon: 040/42823-1662